Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 4. November 2006 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Weißbuch zur Bundeswehr

Neue Bedrohungen fordern eine neue Armee. Das ist die Essenz des soeben erschienenen sicherheitspolitischen „Weißbuch" der Bundesregierung. Bedroht wird Deutschland nicht mehr durch aus dem Osten heranrasselnde sowjetische Panzer, sondern durch den internationalen Terrorismus. Der agiert mit seinen kleinen Zellen überall, auch im Inland. Um dem etwas entgegensetzen zu können, bedarf es einer völlig neuen Konzeption der Streitkräfte. Mehr dazu auf **Seite 4**

Unvermeidbare Rentenkürzung

Daran, daß die Rente von Vater Staat sicher sei, glaubt heute kaum noch jemand. Inzwischen haben auch die Regierenden eingesehen, daß sie handeln müssen. Doch anstatt mit offenen, aber unangenehmen Karten zu spielen, wird jetzt eine Rentenkürzung als „Rente mit 67" getarnt. **Seite 2**

Invasion der Hoffnungsvollen

Zu den Meldungen des Jahres 2006, die aufgrund ihrer Häufigkeit kaum noch wahrgenommen werden, gehören jene, die an den Küsten Spaniens und Italiens aufgebrachte Flüchtlingsboote mit illegalen Einwanderern aus Afrika hinweisen. Zehntausende Menschen, vor allem junge Männer, gingen an Land, um hier ein besseres Leben zu führen. Inzwischen geben selbst die einwanderungsfreundlichen Spanier zu, daß der Menschenstrom sie überfordert. Doch je weniger Spanien die Flüchtlinge unterbringen kann, desto mehr ziehen weiter gen Norden – zu uns. Einen Blick auf die Lage vor Ort, die Folgeprobleme und Lösungswege finden Sie auf **Seite 7**



Haben von ihrem Auftraggeber keine Rückendeckung zu erwarten: Vom Afghanistaneinsatz heimkehrende Soldaten Foto: pa

Im Stich gelassen

Politik fällt Bundeswehr in den Rücken: Unklare Aufträge, pauschale Vorwürfe

Von HANS HECKEL

Die deutschen Soldaten in Afghanistan haben sich verhalten, wie Soldaten aller Armeen es bisweilen tun. Deren derber, manchmal geschmackloser Humor mag uns nicht gefallen. Die Kämpfer aber sind enormen Anspannungen ausgesetzt und lassen gelegentlich Dampf ab. Wer das nicht erträgt oder gar in die Nähe wahrer Skandale wie den Folterungen von Abu Ghraib rückt, verweigert sich der rauhen Realität eines Kriegsgebiets.

Wenn es sich dabei um einen Politiker, gar um einen Kanzler, einen Verteidigungsminister oder einen Generalinspekteur handelt, heißt dies: Er versagt. Die Bundesregierung tut derzeit sogar Schlimmeres: Sie fällt den eigenen Soldaten feige in den Rücken, besorgt allein um ihr eigenes Ansehen in den Medien statt um das der Soldaten.

„Rücksichtslos", „schonungslos" will Generalinspekteur Schneiderhan gegen die jungen Uniformierten vorgehen und die Bundeskanzlerin möchte „mit aller Härte durchgreifen".

Die Bekundungen von Abscheu gegenüber den Bundeswehrangehörigen, die auf Fotos mit Totenschädeln ihren frivolen Spaß treiben, haben sich überschlagen. Politik und Medien schütteten ihre ganze moralische Untadeligkeit aus über einige junge Leute, die unser Staat aus der Geborgenheit eines Landes, in dem nur die Ältesten noch wissen, was Krieg bedeutet, in eine explosive Wüste geschickt hat. Es sind Anfang 20jährige, die sich über Nacht in die Lage katapultiert sehen, womöglich töten zu müssen oder getötet zu werden.

Die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Führung wäre es gewesen, sich vor die Soldaten zu stellen, um Verständnis zu werben für die jungen Männer, die man in eine heikle Operation geschickt hat, über deren eigentliche Ziele unterschiedliche, teils sogar hanebüchene Begründungen durchs Land wabern wie jene, die Streitkräfte verteidigten am Hindukusch die deutsche Demokratie.

Politiker aller Bundestagsparteien aber wetteifern um die lauteste Empörung, die tiefste Verdammung. Statt die vielbeschworene „gewachsene Verantwortung" selbst zu übernehmen, werfen Kanzlerin Merkel und ihr Verteidigungsminister Jung einfache Soldaten öffentlichkeitswirksam ins Feuer, um sich selbst aus der Schußlinie möglicher Kritik zu stehlen. Eifernd bemüht, einen maximalen „Empörungsabstand" zur eigenen Truppe herzustellen, scheuen Politiker nicht einmal davor zurück, die Vorgänge zum Straftatbestand der „Leichenschändung" aufzublasen.

Im häßlichen Kontrast zu der moralisierenden Schärfe der Verurteilungen steht die Leichtfertigkeit, mit der deutsche Soldaten mit unzureichender Ausrüstung und unklarem Auftrag in alle Welt verschickt werden. Die daraus resultierenden Belastungen liegen schwer genug auf den Bundeswehrangehörigen. Nun erlebt die Truppe auch noch, daß sie aus der Etappe nicht die geringste Rückendeckung erhoffen darf, wenn etwas schiefgeht – eine in höchstem Maße demoralisierende Erfahrung. Eigentlich sollten es die Soldaten sein, um deren Wohl und Wehe sich die Politik sorgt, hinter deren Erfolg sie ihre eigenen Ambitionen zurückstellt.

KLAUS D. VOSS:

Wir leben

Nun hat auch Tony Blair sein „Klima-Denkmal". Gerade noch rechtzeitig vor seinem erzwungenen Rückzug vom Amt des Briten-Premiers kann er die Gefahren eines weltweiten Wirtschaftszusammenbruchs heraufbeschwören, ausgelöst durch Klimawandel. Er stützt sich dabei auf eine von ihm initiierte Studie, die einen drohenden Klimaschaden auf die sagenhafte Summe von 5500 Milliarden Euro schätzt.

Klima-Warner finden schnell Gehör, aber sie irren sich regelmäßig. Schon der „Club of Rome", der 1972 die „Grenzen des Wachstums" beschwor und den Niedergang der Zivilisation ziemlich genau auf das Jahr 2000 festlegte, lag voll daneben. Auch nach „Global 2000" aus dem Jahr 1980, der Umwelt-Prophezeiung des damaligen US-Präsidenten Carter, wäre unsere Zeit schon vorbei.

In beiden Fällen mußten sich die beteiligten Wissenschaftler sagen lassen, daß lineare Modelle zur Wettervorhersage, also schlichte Hochrechnungen, der Realität nicht entsprechen. Die Klimaauswertung zu diesen Prognosen hat überdies bewiesen, daß sich die Wetterentwicklung nicht beeinflussen läßt. Die Blair-Studie hat den selben methodischen Fehler.

Umweltschutz ist das eine, Klima-Kampagnen sind etwas ganz anderes: eine moderne Form von Ideologie, mit der politischer Machtanspruch begründet wird. Die Klima-Partei agiert nicht ohne Erfolg, weil die Menschen an ihrer schwachen Seite angefaßt werden: der Angst vor der Zukunft.

Mit Umweltschutz hat das wenig zu tun. Hier zum Beispiel verlangen die Bürger Abhilfe gegen Lärm, Feinstaub und Dieselruß. Aufgaben, die Umweltminister Gabriel längst aus den Augen verloren hat.

Merkel bleibt hart

Berlin lehnt Verzichtsabkommen mit Polen ab

Von KLAUS D. VOSS

Konstruktiv" nannten beide Seiten die Gespräche, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski in Berlin geführt haben, was bedeutet, daß sich in der Sache nichts bewegt hat. Fortschritte in dem belasteten deutsch-polnischen Verhältnis darf auch niemand erwarten, solange die Regierung Kaczynski an ihrem betont national gestimmten Isolationismus festhält.

Bei diesem Besuch zeigte es sich, daß die Warschauer Regierung noch nicht wirklich in der Europäischen Union angekommen ist und auch der Bündnishilfe durch die Nato nicht traut. Die größte Fehlleistung aber ist, daß Polen davor zurückschreckt, sein Verhältnis zu Deutschland dauerhaft gerecht zu ordnen.

Warschau hält an seinen alten Bedrohungsmustern fest. Dazu gehört inzwischen auch der Dauerprotest gegen die geplante deutsch-russische Gasleitung durch die Ostsee. Nach der europäischen Aufgabenverteilung müßte Polen seine Energieversorgung im Zusammenspiel mit der EU sichern; dies ist schließlich eine Kernaufgabe der Gemeinschaft und wird auf den EU-Gipfeln wie zuletzt in Helsinki vorangetrieben.

Noch deutlicher gegen die Regeln der europäischen Gemeinschaft verstößt die Warschauer Regierung mit ihrer Forderung nach einem Vertrag, der gegenseitige Entschädigungsansprüche ausschließen soll. Kein demokratisches Land kann seinen Bürgern untersagen, individuelle Forderungen – wie die der Heimatvertriebenen – geltend zu machen. Bundeskanzlerin Merkel schließlich hatte die Vorstöße Kaczynskis konsequent abgelehnt; denn sollte sich Berlin auf ein Abkommen nach internationalem Recht einlassen, müßte die Bundesregierung die Rechtsfolgen übernehmen und die Enteignungen der Vertriebenen ausgleichen.

Zugleich hat Merkel auch erkennen lassen, daß in Berlin nun ein anderer Wind weht als zu rotgrünen Zeiten unter Gerhard Schröder. Politisch-moralische Begründungen werden nicht mehr in jedem Fall als übergeordnetes Argument akzeptiert.

Schröder hatte Angst

Aus Sorge um sein Ansehen deutsche Positionen aufgegeben

Von KLAUS APFELBAUM

Zeitgleich zum Besuch des polnischen Premiers Jaroslaw Kaczynski in Berlin hat Alt-Kanzler Gerhard Schröder jetzt offenbart, warum er sich vor zwei Jahren in Warschau strikt gegen das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" ausgesprochen und außerdem – im Gegensatz zu seinen Vorgängern – alle privaten Entschädigungsansprüche Vertriebener grundsätzlich abgelehnt hatte. Schröder hatte damals erklärt, seine Regierung werde solchen Forderungen mit allen juristischen Mitteln entgegentreten.

Was trieb den Kanzler dazu? In seinen Erinnerungen an die Regierungsjahre („Entscheidungen") – steht die Antwort: Er hatte Angst – Angst in der polnischen Hauptstadt ausgepfiffen zu werden.

2004 wollte Schröder sein schlechtes außenpolitisches Ansehen aufbessern – er hatte zuvor nicht nur brüsk gegen die USA und Großbritannien agiert, sondern auch Österreich düpiert und nach Entgleisungen auf seinen Italien-Urlaub verzichten müssen.

Nach Auftritten in Caen zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten und seiner Teilnahme an den russischen Siegesfeiern zum 8. Mai sollte nun die Polenreise sein staatsmännisches Bild abrunden. Schröder wollte auf der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands sprechen. Nach Schröders Lagebeurteilung war das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland aufgeheizt durch, wie er schreibt, „unverantwortliche Vorstöße von Vertriebenenverbänden". Er reiste „mit den schlimmsten Befürchtungen" an die Weichsel.

Ohne besonderes Gespür, wie die „Berliner Zeitung" später urteilte, für Polen und die Beziehungen zu Deutschland gab Schröder bisher beachtete deutsche Positionen auf und setzte alles daran, den Tag in Harmonie mit seinen Gastgebern zu überstehen. Am Abend im Hotelzimmer, schreibt Schröder in seinen Memoiren weiter, „hatte ich das Gefühl, unser Land – im Geiste unserer Geschichte – angemessen repräsentiert zu haben". Auch hier korrigiert die „Berliner Zeitung" sein Geschichtsbild: „Substanzloses Versöhnungsgerede."

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Rente wird ein Stück sicherer

Erster Schritt gegen Finanzierungspleite – Noch schwere Mängel beim Entwurf der Regierung

Von Klaus D. Voss

Die Rente mit 67 ist auf dem Weg – überdeckt vom Dauerstreit um die Gesundheitsreform hat die Bundesregierung jetzt eine wichtige Entscheidung zur Sicherung der Altersversorgung getroffen: Das Kabinett beauftragte Sozialminister Franz Müntefering, den Gesetzentwurf zur „Rente mit 67“ im Detail ausarbeiten zu lassen. Ein Schritt zu mehr Ehrlichkeit beim Thema Rente – damit stellt sich die Regierung der drohenden Finanzierungskatastrophe bei der Alterssicherung.

„Das ist die zentrale rentenpolitische Maßnahme dieser Legislaturperiode“, meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Vorstellung der zwischen Union und SPD verabredeten Eckpunkte. Die Beitragslasten sollen bis zum Jahr 2020 unter der 20-Prozent-Marke gehalten werden, „um Betriebe und Arbeitnehmer nicht zu überfordern“. Das Gesetz soll im Frühjahr 2007 in Kraft treten; die Länderkammer muß diesem Vorhaben nicht zustimmen. Angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen und steigender Lebenserwartung läßt sich das System in dem bisherigen Rahmen nicht mehr finanzieren, die „Rente mit 67“ ist ein ehrlicher Eingriff.

Noch ehrlicher wäre es allerdings gewesen, statt des eher fiktiven „Rentenalters 67“ von einer notwendigen, aber heftigen generellen Kürzung der Altersbezüge für die künftige Rentnergeneration zu sprechen – um bis zu 7,2 Prozent. Die heutige Altersgrenze mit 65 Jahren erreichen nur 44 Prozent der Arbeitnehmer, alle anderen gehen mit Abschlägen von 0,3 Prozent auf den Rentenanspruch je vorgezogenen Monat in den Ruhestand. Ein Jahr vorgezogene Rente summiert sich da zu einem Rentenabschlag von 3,6 Prozent. An eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit will die Bundesregierung nicht so recht glauben: Die volle „Rente mit 67“ werden ihrer Einschätzung nach nur noch 40 Prozent der Senioren erhalten. Aber es gibt eine Reihe von Ausnahmen. Die geplanten Regelungen im einzelnen:

Neue Altersgrenze: Das Regelalter für Rentner wird von 2012 an (Geburtsjahrgang 1947) schrittweise jedes Jahr von 65 um einen Monat angehoben (siehe Tabelle), ab Geburtsjahrgang 1959 wird die Altersgrenze Jahr um Jahr um zwei Monate angehoben.

Garantie für Langzeitversicherte: Wer mindestens 45 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt hat, kann auch in Zukunft mit 65 ohne Abschläge in Rente gehen.

Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen sollen berücksichtigt werden – eine Regelung, die vor allem Frauen helfen wird. Allerdings werden in Zukunft nur noch wenige Versicherte ein so volles Rentenkonto zur Verfügung haben.

Abschlagsregelung: Weiterhin werden Arbeitnehmer mit 63 in Rente gehen können, sofern sie mindestens 35 Versicherungsjahre nachweisen können. Allerdings wird die Rente dann um 0,3 Prozent je Monat, den man früher aufhört zu arbeiten, gekürzt – gerechnet bis zu dem für den jeweiligen Geburtsjahrgang inzwischen angehobenen Rentenregelbeginn.

Rente bei Erwerbsminderung: Altersbezüge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit können ohne Abschläge weiter ab 63 beantragt werden, wenn mindestens 35 Versicherungsjahre erfüllt sind. Ab dem Jahr 2023 müssen Beiträge für 40 Jahre nachgewiesen werden. Es gelten die gleichen Anrechnungszeiten für Kindererziehung und Pflege wie bei der normalen Altersrente.

Schwerbehinderte: Die Altersgrenze für Schwerbehinderte wird ab 2029 auf 62 Jahre angehoben, zwei Jahre später als heute. Der volle Rentenbezug steht ihnen erst bei einem Renteneintritt mit 65 zu, sonst werden je vorgezogenen Monat 0,3 Prozent abgezogen.

Hinterbliebenenrente: Die Altersgrenze für die sogenannte große Witwenrente soll zum Stichjahr 2029 von 45 auf 47 Jahre angehoben werden.

Knappschaftsrenten: Für Bergleute mit Verwendung unter Tage erhöht sich das Renteneintrittsalter von 60 auf 62 Jahre.

Beamte: Die neuen Altersgrenzen sollen gleichlautend auch für Beamte gelten.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll der Gesetzentwurf noch vor Weihnachten in den Bundestag eingebracht werden – dann wäre auch Zeit genug, zwei schwere Konstruktionsmängel zu beheben.

Die Große Koalition will sicherstellen, daß das Rentenniveau bis zum Jahr 2020 nicht unter 46 Prozent des früheren Erwerbseinkommens absinken wird, bis 2030 sollen noch wenigstens 43 Prozent gesichert werden. Noch ist offen, wie die Bundesbürger zu einer ausreichenden privaten Vorsorge angehalten werden können – und nicht einfach darauf vertrauen, zu schmale Renten über Zusatzleistungen aus den Sozialkassen aufstocken zu können. Ungeklärt ist auch, zu welcher Altersvorsorge die heutigen Bezieher von Niedriglöhnen in der Lage sind.

Der zweite wichtige Punkt betrifft drohende Arbeitslosigkeit kurz vor Rentenbeginn. In vielen Arbeitsverträgen finden sich noch Formulierungen wie diese: „Das Arbeitsverhältnis endet mit dem Jahr, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird, ohne daß es einer besonderen Kündigung bedarf.“ Noch hat der Gesetzgeber keine Antwort gefunden, wie hier der Übergang zur Rente mit 67 geregelt werden kann.



Arbeiten bis zum Umfallen? Die Erhöhung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre ist de facto eine Rentenkürzung. Foto: BilderBox

Die Übergangsfristen

Jahrgang	Vollrente ab:
1947	65 Jahre, 1 Monat
1948	65 Jahre, 2 Monate
1949	65 Jahre, 3 Monate
1950	65 Jahre, 4 Monate
1951	65 Jahre, 5 Monate
1952	65 Jahre, 6 Monate
1953	65 Jahre, 7 Monate
1954	65 Jahre, 8 Monate
1955	65 Jahre, 9 Monate
1956	65 Jahre, 10 Monate
1957	65 Jahre, 11 Monate
1958	66 Jahre
1959	66 Jahre, 2 Monate
1960	66 Jahre, 4 Monate
1961	66 Jahre, 6 Monate
1962	66 Jahre, 8 Monate
1963	66 Jahre, 10 Monate
1964	67 Jahre

Alle nach 1964 folgenden Jahrgänge arbeiten nach den jetzigen Plänen ebenfalls bis zum 67. Lebensjahr.

Die Schulden-Uhr:

Faß ohne Boden

Der Bund der Steuerzahler fordert die Bundestagsabgeordneten auf, dem Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform nicht zuzustimmen. Verbandspräsident Karl Heinz Däke sagte: „Das Vorhaben ist ein bürokratisches Monstrum, das hohe Kosten für Versicherte, Arbeitgeber und alle Steuerzahler nach sich ziehen wird.“ Däke kritisiert insbesondere die Finanzierung des Vorhabens: „Die Reform droht zu einem Faß ohne Boden zu werden.“

1.532.738.662.689 €

(eine Billion fünfhundertzweiunddreißig Milliarden siebenhundertachtunddreißig Millionen sechshundertzweiundsechzigtausend und sechshundertneunundachtzig)

Vorwoche: 1.531.461.377.000 €
Verschuldung pro Kopf: 18.578 €
Vorwoche: 18.563 €

(Stand: Dienstag, 31. Oktober 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schon mit 40 zum alten Eisen gezählt

Jugendwahn in vielen Unternehmen widerspricht der geplanten Rente mit 67

Von Ansgar Lange

Die Bundesregierung hat sich auf Einzelheiten der angekündigten Rente mit 67 verständigt. So soll die Regelaltersgrenze von 2012 an beginnend mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden. Der Gesetzentwurf der Großen Koalition soll am 29. November im Kabinett beschlossen und bis zum 12. Dezember von den Fraktionen des Bundestages abschließend beraten werden. Durch die schrittweise Anhebung des Rentenalters wird der demographische Rückgang des Angebots an Arbeitskräften nach einer aktuellen Analyse des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) der Nürnberger „Bundesagentur für Arbeit“ (BA) deutlich verzögert. Im Jahr 2030 werden mindestens 1,2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt. Ansonsten drohe wegen der Rente mit 67 eine höhere offene oder verdeckte Arbeitslosigkeit.

Nach den Plänen der Regierung können Versicherte ab dem Jahrgang 1964 erst mit 67 Jahren eine abschlagfreie Rente beziehen. Laut IAB muß die Einführung der Rente mit 67 von Maßnahmen zur (Re-)Integration älterer Arbeitnehmer begleitet werden. „Gerade dann, wenn die Politik besonders erfolgreich ist und Frühverrentungen selten werden, könnte die Rente mit 67 den demographisch bedingten Rückgang des Erwerbslosenpotentials eine Zeit lang nahezu kompensieren“, so die IAB-Forscher. Zu den flankierenden Maßnahmen, um die Erwerbsbevölkerung fit zu machen für die Herausforderung längeren Arbeitens, zählen sie Qualifizierungsaktivitäten, Gesundheitsförderung und eine angemessene Arbeitsplatzgestaltung.

Eine ältere Erwerbsbevölkerung muß fit sein

Deutschland mangele es noch immer an einer „Alterskultur“, kritisierte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Otto Wulff: „Innerhalb weniger Jahrzehnte hat der Jugendkult das gesellschaftliche Gefüge und die arbeitsökonomische Werteordnung entscheidend verändert. In einer Arbeitswelt, in der den älteren Arbeitnehmern wenig oder nichts zugetraut wird, trauen sich die über 50jährigen bald selbst nichts mehr zu, so daß die Fremdwahrnehmung ihre Selbstwahrnehmung ersetzt.“ Deutlich werde die „Absurdität diskriminierender Anti-Altersmentalität am Verhalten mancher Manager großer Konzerne, die bereits 40jährige zu den nicht vermittelbaren Älteren zählen, selbst aber die 50 weit überschritten haben und in ihren eigenen Unternehmen gar nicht mehr aufgenommen würden.“

Wulff verweist auf eine Studie des Düsseldorfer Beratungsunternehmens „Harvey Nash“, wonach selbst in der Branche für Informationstechnik, die doch als Jugenddomäne gelte, die älteren Mitarbeiter den jüngeren bisweilen weit voraus seien. Ein junger Mitarbeiter komme beispielsweise überhaupt nicht in Frage, wenn Großrechner zu programmieren seien, weil ihm dieses Wissen im Gegensatz zu den Älteren im Studium nicht vermittelt worden sei. Der Chef der Senioren-Union plädiert für ein Miteinander der Generationen, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Die Arbeitswelt habe schon oft den

Gemischte Teams sind am erfolgreichsten

Beweis angetreten, daß gemischte Teams mit 15 Jahren Altersunterschied die effektivsten und flexibelsten Modelle seien.

Wulff attestiert den gängigen Talkshows im Fernsehen eine schädliche Wirkung, wenn sie stets das gleiche Lamento anstimmen: „Unser Sozialsystem ist unfinanzierbar, die Wirtschaft zerbricht unter den Kosten, das Vertrauensverhältnis zwischen Alt und Jung ist gleich Null!“ Allen Unkenrufen zum Trotz hätten sich in den vergangenen Jahren die Kontakte zwischen Enkeln und Großeltern erheblich verstärkt und nähmen weiterhin erfreulich zu. Die Pflegeversicherung wäre ohne den Einsatz älterer Menschen bereits heute zusammengebrochen, da rund 70 Prozent aller Pflegefälle im häuslichen Bereich vornehmlich von älteren Angehörigen erbracht würden. Statt zu jammern und zu klagen, so der Senioren-Lobbyist, sollten sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besser nach intelligenten Konzepten umschauen. Er verweist darauf, daß beispielsweise als Anreiz für Einsparungen von Kosten beim Zahnersatz das bekannte Bonusheft diene. Es diene der Prävention, weil der Patient durch freiwilligen jährlichen Besuch beim Zahnarzt weniger Kosten beim etwaigen Zahnersatz zu tragen habe. So sei es doch zumindest denkbar, die Krankenkassenbeiträge durch den Erwerb des Sportabzeichens zu senken. Wer sich fit und gesund hält, wird dafür durch niedrigere Beiträge belohnt. Wer selber einen ungesunden Lebensstil wählt und freiwillig auf gesunde Ernährung und Bewegung verzichtet, muß mehr zahlen. Mit ein wenig mehr Selbstverantwortung, Optimismus und Selbstvertrauen könne auch die so genannte demographische Krise gemeistert werden, so Wulff: „Allen Untergangspropheten zum Trotz: Die Welt geht nicht unter.“

Die neuen Reichen von Arm-Berlin

Von Harald Fourier

Berlins Wohnungsbaugesellschaften sind ein erstklassiges Beispiel für die Folgen staatlicher Unternehmertätigkeit. Immer wieder gab es Skandale, Mißwirtschaft und Postenschacherei. Zum Beispiel wechseln Berliner Politiker gerne nach ihrem Ausscheiden aus der Politik in das, was sie als „freie Wirtschaft“ bezeichnen.

Vor drei Jahren ging Frank Bielka zur städtischen Wohnungsbaugesellschaft „Degewo“. Vorher war Bielka SPD-Chef in Neukölln und Staatssekretär im Berliner Senat. Er diente erst den Senatoren Peter Strieder (Stadtentwicklung) und Thilo Sarrazin (Finanzen). Böse Zungen sagen: Er saß an der richtigen Stelle, um seine Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Nach elfjähriger Tätigkeit hörte er plötzlich auf, obwohl sein Name sogar im Zusammenhang mit einem Senatorenposten genannt worden war. Der Staatssekretär (Jahresgehalt etwa 90 000 Euro) hatte aber keine Lust mehr auf Politik.

„Endlich mal Ärmel aufkrempeln“, dachte er sich wohl und bewarb sich bei der besagten „Degewo“. Zufälligerweise war er in seiner Funktion als Staatssekretär vorher Aufsichtsratsvorsitzender eben dieser Firma.

Als im Aufsichtsrat ein Antrag gestellt wurde, die Vorstandsgehälter drastisch auf 180 000 bis 190 000 Euro zu erhöhen, da sorgte Bielka dafür, daß der Antrag durchkam. Um dann – wenig später – auf genau einen solchen Vorstandsposten zu wechseln. Zufälle gibt's im Leben …

Ein anderer Zufall hat sich jetzt im Märkischen Viertel ereignet. Dort sollte ein maroder Häuserblock der ebenfalls städtischen „Gesobau“ im Frühjahr an private Investoren verkauft werden. Die Mieter waren in Sorge. Kommen Mietsteigerungen? Werden wir von „Heuschrecken“ aus unseren Wohnungen verdrängt?

Doch der Senat verhinderte den Verkauf. SPD und Linkspartei versprachen im Wahlkampf: „Privatisierung? Nicht mit uns!“ Es sieht so aus, als würden sie ihr Versprechen auch halten.

Das hindert die „Gesobau“ aber nicht daran, jetzt die anstehende Sanierung auf die Mieter umzulegen. Die Bewohner erhielten gerade eine saftige Mieterhöhung – um rund 20 Prozent.

Fassen wir zusammen: Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind milliardenschwer verschuldet, zahlen aber fürstliche Gehälter. Sie dürfen nicht verkauft werden, angeblich weil der rot-rote Senat einen Verkauf nicht mit seinem „sozialen Gewissen“ vereinbaren kann. Sie benehmen sich aber trotzdem wie Profitgeier aus dem Wilden Westen. Kurz: Die Berliner werden von einem Hotzenplotz regiert, der frech behauptet, er sei Robin Hood.

Absturz mit Methode

Warum Wowereit und Linkspartei den Berliner Haushalt ab jetzt einfach abschmieren lassen



Glamour vor Bröckelputz: Berliner Künstler setzten die schon vielfach persiflierte Wowereit-Losung „arm, aber sexy“ auf Berlins Straßen in Szene, während Karlsruhe über die finanzielle Zukunft der Stadt entschied.

Foto: pa

Von Markus Schleusener

Diesen Job übernimmt der Regierende Bürgermeister sonst gerne selbst: das Eröffnen von Messen oder Großveranstaltungen wie der „Grünen Woche“, wo er einen traditionellen Presserundgang organisieren läßt. Nicht so auf der Jugendmesse „You“.

Dieses Mal schickte er als Stellvertreterin Karin Schubert. Die Leiterin des Justizressorts sprach bei der Eröffnung in ihrer kurzen Rede von den neuesten Trends im Sport- und Freizeitverhalten der Jugendlichen.

Sie ließ lieber unerwähnt, was die Senatskoalition über die Köpfe der jungen Leute hinweg gerade vorbereitet: noch mehr Schulden will Rot-Rot aufnehmen, Geld, für das die Jungen einmal aufkommen sollen.

Liegt die augenblickliche Pro-Kopf-Verschuldung noch bei knapp 17 000 Euro, so soll sie nach dem Willen der Regierenden weiter steigen – etwa bis auf 19 000 am Ende der Wahlperiode in fünf Jahren. Der Wowereit-Senat verabschiedet sich damit von seinen Sparbemühungen und setzt auf ein gemütliches „Weiter so“ bei der Staatsverschuldung.

Wie es scheint, wollen SPD und Linkspartei ihre Koalition auf Biegen und Brechen fortsetzen – im Sinne des Wortes: Koste es, was es wolle. Schon in drei Wochen soll das Abgeordnetenhaus Klaus Wowereit erneut zum Regierenden Bürgermeister wählen. Zum Beginn der letzten Legislaturperiode hatte das länger gedauert: Der Wahltermin lag im Oktober, aber erst im Januar wurde der Senat installiert.

Diesmal geht alles viel schneller. Man kennt sich, hat die letzten fünf Jahre zusammengearbeitet. Es ginge vielleicht noch zügiger, wenn Thilo Sarrazin (SPD) den eitlen Koalitionsfrieden von SPD und PDS nicht dauernd torpedierte. Der Finanzsenator hält nämlich als letztes Regierungsmitglied noch eisern an der konsequenten Sparpolitik der vergangenen Jahre fest. Alle anderen Akteure scheinen sich davon verabschiedet zu haben.

Sarrazin möchte wenigstens die Perspektive haben, bis 2011 (!) einen verfassungskonformen Haushalt zu bilden. Bislang scheitert dies stets an der gesetzlichen Regelung, wonach die Neuverschuldung die Investitionen nicht übersteigen darf. Das tut sie kräftig – schon seit Jahren.

Der Finanzsenator formulierte seine Forderung vor der entscheidenden Verhandlungsrunde vergangene Woche. Die Linkspartei lehnte derlei Vorgaben als „sinnlos“ ab. Es geht also um die Frage, ob das Ziel „verfassungsgemäßer Haushalt“ in den Koalitionsvertrag geschrieben werden soll oder nicht.

Linksaußen ist es bereits traurige Tradition, öffentliche Haushalte auf Kommunalebene aus dem Ruder laufen zu lassen, so zum Beispiel in Marzahn-Hellersdorf. Dort häufte der PDS-Bürgermeister Uwe Klett über die Jahre einen riesigen Schuldenberg an.

In Berlin wird gemutmaßt, ob die Schuldenpolitik der Dunkelroten womöglich einem perfiden Plan folgte. PDS-intern gelte der Weg in den finanzpolitischen Abgrund angeblich als der beste Weg, um das verhaßte „West-System“ lahmzulegen, heißt es. Die Linkspartei sei daher schlichtweg nicht an einem ausgeglichenen Staatshaushalt interessiert, sondern daran, die Lage bis zur völligen Handlungsunfähigkeit der staatlichen Institutionen zuzuspitzen.

Das Langzeitziel eines ausgeglichenen Haushalts, das angeblich auch die Linkspartei verfolgt, erscheint da wie ein reines Lippenbekenntnis. Der Berliner Vorsitzende der Linkspartei definierte die Lage so: Die Sanierung der Finanzen sei „anhand von konkreten Maßnahmen zu beschreiben und nicht anhand von abstrakten Zahlen.“

Klaus Wowereit will den Widerstand gegen derlei Verantwortungslosigkeit offenbar nicht länger mittragen. Überraschenderweise mußte Sarrazin, der auf weiteren Sparanstrengungen bestand, diesmal vergeblich auf ein unterstützendes Machtwort des Regierenden warten. Wowereit ließ seinen Finanzmann im Ringen mit SPD-Linken und PDS im Stich und fabulierte, Politik sei ein „Gemeinschaftswerk“. Der Finanzsenator bestimme trotz herausgehobener Rolle „nicht allein über die Politik“. Das saß. Sarrazin gab klein bei.

Die Signale verdichten sich, daß es der Senat im vorerst gescheiterten Ringen um Milliarden Euro Sonderhilfen drauf ankommen lassen will. Wenn Berlin erst richtig zahlungsunfähig ist, so die mögliche Rechnung, dann müßten die anderen Länder und der Bund nämlich doch aus der Krise helfen. Die Volkswirtin Beate Jochimsen gab schon mal die Richtung vor: „Wenn Berlin dann bitterarm und gar nicht mehr sexy ist, kann die Stadt wieder nach Karlsruhe ziehen.“ Dies sei beispielsweise der Fall, „wenn Lehrer und Polizisten nicht mehr bezahlt werden können“.

Und genau aus Angst vor dieser Situation geht das große Zittern weiter: Wen treffen die neuen Sparorgien?

Gerade die Berliner Kunstszene ist sich der Gefahr bewußt. Und so endete der Freitag ähnlich wie er begonnen hatte – mit einer feierlichen Eröffnung unter dem Damoklesschwert des finanziellen Zusammenbruchs.

Der Bettelstab geht um in der Hauptstadt. Jörn Merkert, der Direktor der „Berlinischen Galerie“, nutzte seine Rede zum Start des „Monats der Fotografie“, um die 200 Teilnehmer zu mehr Spenden aufzufordern, weil „die Kunst“ in diesen „Nach-Karlsruhe-Zeiten“ mehr denn je auf das Engagement der Bürger angewiesen sei.

Nach Merkert sollte Kultursenator Thomas Flierl (Linke) sprechen. Gerade dessen Ressort wird weitere Etatkürzungen hinnehmen müssen. Flierl aber verkniff sich in diesen schweren Tagen den Auftritt vor bürgerlichem Publikum. Er schickte einen Mitarbeiter, der das Grußwort an seiner Stelle halten mußte.

Modemesse kehrt der Hauptstadt den Rücken

Vorzeigeschau »Bread and Butter« zugunsten von Barcelona abgesagt – Böser Dämpfer für die »Metropole der Kreativen«

Von Patrick O'Brian

Vom 17. bis zum 19. Januar findet wieder die bekannte Modemesse „Bread and Butter“ (BB) statt. Aber nicht in Berlin, sondern in Barcelona. Die für die Folgewoche geplante „BB“ in Berlin wurde überraschend abgesagt.

Verläßt „Bread and Butter“ Berlin jetzt auf Nimmerwiedersehen? Es sieht so aus. Die Stadt verlöre damit einen weiteren ökonomischen Strohhalm, an den sich Senat und Wirtschaft hoffnungsvoll geklammert hatten.

Es ist wie mit „Verliebt in Berlin“. Diese „Sat-1“-Seifenoper, die in der Berliner Modewelt spielt, erlebt seit dem Ausscheiden der Serienheldin „Lisa Plenske“ (gespielt von Alexandra Neldel) einen erbärmlichen Absturz – der einst stolze Marktanteil sank auf jämmerliche 13,5 Prozent Anfang Oktober. TV-Kritiker nennen die Serie längst nur noch bissig und ironisch „Versiebt in Berlin“.

„Bread and Butter“ war seit 2003 das Aushängeschild der trendigen Modestadt Berlin. Die Spreemetropole ist alles andere als ein führender Standort für Modefirmen oder -messen. Die Großen der Branche sitzen in Mailand und Paris. Oder aber in Barcelona.

Daß ausgerechnet die Hauptstadt Kataloniens zum neuen Zentrum werden soll, ist besonders ärgerlich. Barcelona kam schließlich erst 2005 als zweiter Standort zum „Bread and Butter“-Konglomerat hinzu. Damals war die Messe in Berlin bereits fest etabliert und hatte sich einen schillernden Namen über die Stadtgrenzen hinaus gemacht.

„BB“ war eine einfache, schlichte Messe. Zu ihr wurden Händler und Modeschöpfer in ein ehemaliges Siemens-Kabelwerk eingeladen. So entstand eine „Kommt direkt aus der Garage“-Atmosphäre, die zum Markenzeichen für Berlin als junge, unkonventionelle, aber eben gerade deshalb besonders kreative Metropole geworden ist und zum Erfolg der Messe entscheidend beigetragen hat.

Große Geschäfte jedoch werden anders abgewickelt. Für den Gründer der Messe Karl-Heinz Müller steht jedenfalls fest: „Die BB Barcelona hat sich als führende Plattform für die jungen, zeitgenössischen Segmente durchgesetzt, und dieser Schritt setzt weitere Potentiale frei. Wir rechnen in Barcelona mit Aussteller- und Besucherzuwächsen, denn die Entscheidung kann jetzt klar für eine Veranstaltung getroffen werden.“

In Berlin sahen die Anmeldezahlen zuletzt mau aus. Müllers rigides Urteil: „Bread and Butter Berlin“ ist trotz großer Investitionen in Richtung Besucher und Aussteller sowie gezielter Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen nicht auf ausreichende Resonanz gestoßen. Der bisherige Anmeldestand in Berlin läßt eine qualitativ hochwertige Veranstaltung nicht zu.“

Tatsache ist, daß bei der letzten Messe in Berlin (Juli 2005) ein Rückgang der Besucherzahl um mehr als 50 Prozent auf 20 000 zu verkraften war. Die Zahl der Aussteller lag bei 500. Nach Barcelona strömten im selben Sommer doppelt so viele Aussteller, die sich über 53 000 Besucher freuen konnten. Für die in Berlin geplante Messe im kommenden Januar hatten sich weniger als 100 Aussteller angemeldet.

Diese Zahlen und die gestelzte Mitteilung im Managerchinesisch des „BB“-Chefs beleuchten aber nur die halbe Wahrheit. Kritiker werfen Müller vor, er habe es in Wirklichkeit bewußt darauf angelegt, die Berliner Messe absaufen zu lassen.

Auslöser des Verdachts ist die Terminvergabe: Berlin hätte nur ein paar Tage nach Barcelona stattfinden sollen. Welche Firma, welcher Vertreter, welcher Fachjournalist tut sich das an, fragen Kenner der Szene. Wer reist innerhalb von einer Woche von einer Messe zur nächsten, die vom gleichen Veranstalter und vermutlich auch mit großenteils den selben Ausstellern ausgerichtet wird? Antwort: Niemand.

Das sei so, als versuchte die Messe Leipzig eine Elektronikmesse in der Woche nach der Hannoveraner „Cebit“ zu etablieren, oder als würde Klagenfurt ein Filmfestival ins Leben rufen – einen Tag nach der Vergabe der Goldenen Bären bei der Berlinale, unken Beobachter. „Damit haben sich beide Messen kannibalisiert“, meint deswegen Jörg Wichmann, der Chef des Berliner Modehauses „Berlinomat“. Berlin sei bewußt benachteiligt worden.

Als Gewinner sieht sich dagegen Düsseldorf, weil sich die Modestadt von einem nationalen Konkurrenten befreit glaubt. Der Chef der Düsseldorfer „Igedo“-Messe teilte nach Bekanntgabe der Entscheidung für Barcelona herablassend mit: „Die Absage der Bread and Butter hat gezeigt, daß Berlin nicht über das wirtschaftliche Umfeld verfügt, um eine hochkarätige Modemesse nachhaltig durchzuführen.“

Das sieht wohl auch Karl-Heinz Müller so. Der Gründer und Chef von „BB“ gilt als Schlitzohr. Die letzte seiner Berliner Messen feierte er noch als „die schönste ‚Bread and Butter‘ aller Zeiten“. Für seine Verdienste erhielt er vor gerade mal vier Wochen den Verdienstorden des Landes Berlin. Und jetzt zieht es ihn nach Barcelona, wo die größeren Geschäfte gemacht werden.

Seine Firmenzentrale beläßt er trotzdem in Berlin (den Flug zwischen beiden Städten gibt es bei Airberlin schon ab 19 Euro). Die Lebenshaltungskosten sind schließlich nirgendwo geringer.

Zeitzeugen



Franz Josef Strauß war von 1956 bis 1962 Verteidigungsminister und steht für den Ausbau der jungen Bundeswehr. Er betrieb den Erwerb des „Starfighter", dem durch Abstürze 108 Piloten zum Opfer fielen und der deshalb auch „Witwenmacher" genannt wurde.

Wolf Graf von Baudissin gilt als Begründer der „Inneren Führung" der Bundeswehr. Baudissin (1907–1993) diente unter Rommel im Generalstab des Afrikakorps. 1950 wirkte er an der geheimen „Himmeroder Denkschrift" über die Wiederbewaffnung mit und baute 1955 bis 1967 als Oberst die Streitkräfte mit auf. Zuletzt diente er als Generalleutnant in der Führungsebene der Nato. Graf von Baudissin schloß sich 1981 der Friedensbewegung gegen die atomare Hochrüstung an.



Franz Josef Jung ist seit 2005 Bundesminister der Verteidigung im Kabinett Merkel. Der Sohn einer hessischen Winzerfamilie und promovierte Jurist ist zwar noch nicht lange im Amt, hat aber schon einige Duftmarken setzen können. Jung möchte ein Ehrenmal für die im Ausland gefallenen Soldaten der Bundeswehr errichten. Das Gedenken sei eine Frage der kulturellen Identität. Im Juni 2006 erklärte Jung, die Luftwaffe werde entgegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entführte Flugzeuge abschießen, wenn diese für Angriffe zweckentfremdet würden.

Wolfgang Schneiderhan ist seit Juli 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr. Der parteilose Heeresgeneral gilt als Idealbesetzung: Panzeroffizier, verheiratet, fünf Kinder und keine Affären. 2005 empfahl Schneiderhan das kritische Buch „Die geduldete Armee – 50 Jahre Bundeswehr".



Reinhard Günzel – Der ehemalige Brigadegeneral begann seine Karriere bei der Bundeswehr 1963 bei den Fallschirmjägern. 2003 versetzte Verteidigungsminister Peter Struck den General in den vorzeitigen Ruhestand, nachdem dieser unter dem Briefkopf der Bundeswehr und in Funktion als KSK-Kommandeur dem CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann für seine als antisemitisch kritisierte Rede „Mut zur Wahrheit" bescheinigt hatte.

Buch der hehren Ideale

Das neue sicherheitspolitische Weißbuch der Bundesregierung läßt Fragen offen

Von Bernhard Knapstein

Die Bundesregierung hat die sicherheitspolitischen Interessen und ihre Vorstellungen zur Zukunft der Bundeswehr in einem sogenannten Weißbuch neu definiert. Das letzte Weißbuch, das dem Bundestag vorgelegt wurde, ist vom April 1994. Seither hat sich das Bedrohungspotential grundlegend verändert. Deutschland erwartet heute keine aus dem Osten anrollenden Panzer mehr. Bedroht wird das Land durch schwer greifbare Terrorzellen. Und die, das wissen wir seit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York, „schlafen" und greifen im Zweifel im Inland an. Ihre Taktik heißt nicht Erobern und Besetzen, sondern Zerstören und Demoralisieren. Die Bundesregierung will der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen begegnen. Deshalb verteidigen unsere Soldaten keine deutschen Grenzen mehr, kämpfen dafür aber am Hindukusch und in anderen Konfliktzonen der Welt.

Es war also grundlegend Neues von dem Weißbuch zu erwarten. Um eines aber vorweg zu nehmen, die Wehrpflicht bleibt.

Erstmals werden in einem Weißbuch nationale Interessen definiert. So heißt es in der über 140 Seiten umfassenden Schrift „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an freien Transportwegen." Nur in diesem Kontext darf als weiteres Interesse der „Schutz der Demokratie und Freiheit, der Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes" gelesen werden.

Weil aber die Polizeibehörden mit der Bedrohung durch Terroristen im Innern überfordert sein könnten, hat Innenminister Wolfgang Schäuble gefordert, den Einsatz der Bundeswehr auch im Innern zuzulassen. Die SPD scheint allerdings die innere Sicherheit eher durch die Bundeswehr selbst gefährdet zu sehen. Sie lehnt nämlich den Inlandseinsatz der Streitkräfte ab.

Bedrohung im Innern für Bundeswehr ohne Konsequenz

Um den Einsatz der Bundeswehr im Innern dennoch zu sichern, greift die Regierung tief in die Kiste der juristischen Winkelzüge und nennt Terroranschläge „schwere Unglücksfälle". Bei Unglücksfällen – gemeint sind Naturkatastrophen – darf die Armee nämlich auch im Innern sogar dann eingesetzt werden, wenn sie nur unmittelbar bevorstehen. Aber, ein Hochwasser kündigt sich an, ein Terroranschlag in der Regel nicht.

Da die Verfassungsklage der Opposition bei derart gewagter Auslegung der Rechtslage schon in der Luft liegt, wird Wolfgang Schäuble hier wohl gesetzliche Nachbesserungen zugunsten des erlaubten Inlandseinsatzes fordern.

Konzeption der Streitkräfte könnte am Haushalt scheitern

Das Weißbuch spricht hinsichtlich des Personalbedarfs der Bundeswehr eine klare Sprache. Die Regierung geht von künftig bis zu fünf gleichzeitig verlaufenden Stabilisierungseinsätzen in der Welt mit insgesamt bis zu 14000 Soldaten aus. Um dies künftig garantieren zu können, benötigt die Bundeswehr 35000 Spezialkräfte, wie sie in Afghanistan stehen, 70000 Stabilisierungskräfte wie etwa für Bosnien und 150000 Unterstützungskräfte für Logistik, Technik und Verwaltung, ergänzt durch 75000 zivile Mitarbeiter. Diese Struktur will Verteidigungsminister Jung bis 2010 umgesetzt haben. Die Einsätze sollen eingebettet in die Bündnissysteme UN und Nato erfolgen.

Was das Weißbuch nicht beantwortet, ist die Frage nach der materiellen Fähigkeit, parallel fünf Einsätze in Krisengebieten dauerhaft zu bewältigen.

Eine gute Ausrüstung ist maßgeblich, denn wir Deutschen reagieren – so abgestumpft sind wir noch nicht – allergisch auf gefallene Soldaten, zumal deutsche.

Heer, Marine und Luftwaffe sollen zwar modern ausgestattet werden. Vier Fregatten der Klasse 125, U-Boote vom Typ 212a mit Hydraulikantrieb, fünf neue Korvetten, 180 „Eurofighter", 60 Transportflugzeuge vom Typ Airbus A 400M und leichte Schützenpanzer „Puma" stehen auf der Einkaufsliste der Bundesregierung. Die neue Technik soll auch geeignet sein, das Gelingen der Einsätze im Ausland zu gewährleisten.

Aber, das alles kostet Geld, viel Geld. Allein die „Eurofighter" kosten 15,4 Milliarden Euro. Der Transformationsprozeß der Streitkräfte ist aufgrund der neuen Bedrohung notwendig und damit auch Investitionen.

Die Höhe der tatsächlich benötigten Mittel ist aber nicht abschätzbar, denn niemand weiß, wie lange unsere Soldaten am Hindukusch, auf dem Balkan, am Horn von Afrika und an der Küste vor dem Libanon eingesetzt werden müssen. Allein der Einsatz in Afghanistan kostet den Fiskus jährlich eine halbe Milliarde Euro. Dem steht ein nie gekannter Schuldenberg des Staates gegenüber.

Das Problem ist nicht die einsatzbereite Bundeswehr, sondern das Parlament, das sie in Missionen mit unüberschaubaren Folgen und Kosten entsendet.



Neue Aufgaben: Bundeswehrsoldat sichert ein Flugfeld im Norden von Afghanistan. Foto: Star-Media

Die Herren der Streitkräfte

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Ihr Chef ist im Friedensfall nach Artikel 65 a des Grundgesetzes der Verteidigungsminister. Wird das Land mit Waffengewalt angegriffen, so entscheidet nach Artikel 115 a Grundgesetz der Bundestag – unter Zustimmung des Bundesrates – darüber, ob ein „Verteidigungsfall" vorliegt. Diesen nennt man schlicht auch V-Fall.

Bejahen beide Kammern den V-Fall, geht der Oberbefehl der Streitkräfte auf den Bundeskanzler über. Soweit zur Theorie.

Im Falle eines Angriffs ist das Verfahren aber zu umständlich und langwierig. Deshalb wird die Zustimmung aller Beteiligten einfach fingiert, der Bundeskanzler kann somit sofort handeln. Das formale Verfahren zur Feststellung des V-Falls muß natürlich nachgeholt werden.

Das Parlament beschließt Verteidigungsfall

Mit der Gefahr durch Terroristenanschläge bekommt der V-Fall eine neue Dimension.

Beispiel Flugzeug als Waffe: Das Bundesverfassungsgericht hat zwar das Luftsicherheitsgesetz (erlaubter Abschuß entführter Flugzeuge, die als Waffe eingesetzt werden) für nichtig erklärt.

Das Entführen eines Flugzeugs könnte aber selbst zum V-Fall erklärt werden, die Maschine mithin abgeschossen werden. Verteidigungsminister Jung hat auch bereits angekündigt, genau so vorgehen zu wollen.

Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland ist allerdings kein V-Fall. Die Entscheidungsverfahren müssen deshalb eingehalten werden, was durch die Einbeziehung der Bündnissysteme noch etwas länger dauert.

Das Verfahren: Die Bundesregierung wird von den Vereinten Nationen oder der Nato um eine militärische Beteiligung an einer Mission im Ausland gebeten. Das Kabinett entscheidet dann zunächst, ob es dazu grundsätzlich bereit ist.

Wird eine Beteiligung an einer internationalen Mission nicht ausgeschlossen, so prüfen Verteidigungs- und Außenminister die politischen, rechtlichen und militärischen Rahmenbedingungen. Die Regierung legt daraufhin das fertige Konzept dem Bundestag zur letzten Entscheidung vor. *B. Knapstein*

Von der Verteidigung zur Intervention

Der Anfang und das Ende des Kalten Krieges bewirkten in der Bundesrepublik Deutschland eine militärpolitische Zäsur

Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, unter dem die Deutschen wie kaum ein anderes Volk litten (und leiden), machte sich in Deutschland eine „Nie wieder Krieg"-Haltung breit. Unterstützt wurde dieser Pazifismus von der „Reeducation" der Alliierten, die den besiegten Feind demilitarisieren und auf Dauer wehrlos halten wollten.

Eine erste Kurskorrektur brachte der Kalte Krieg, in dem die westliche wie die östliche Supermacht nicht auf die militärische Unterstützung der in ihrem Machtbereich befindlichen Deutschen verzichten wollte. Pazifismus war nicht mehr angesagt. Erleichtert wurde dieser Paradigmenwechsel durch das gebetsmühlenhaft wiederholte Bekenntnis, daß diese Streitkräfte nur der Verteidigung dienen sowie abschrecken und nicht kämpfen sollten.

Konrad Adenauers Wunsch einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikpakt ist älter als die Republik selber. Bereits im März 1949 äußert er sich in dieser Weise. Entsprechend den Interessen der Alliierten werden die Streitkräfte der Bundesrepublik als unselbständige Bündnisarmee gegründet. Noch bevor am 200. Geburtstag Gerhard von Scharnhorsts, dem 12. November 1955, die ersten Freiwilligen einrücken, wird die Bundesrepublik im Mai Nato-Mitglied. Das sogenannte Amt Blank des bereits 1950 berufenen „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" wird zum Bundesverteidigungsministerium mit Theodor Blank als erstem Minister. Bei der Rekrutierung des Personals kann zu großen Teilen auf den bereits 1951 gegründeten paramilitärischen Bundesgrenzschutz (BGS) zurückgegriffen werden. Mehr als die Hälfte der rund 17000 BGS-Beamten wechselt in dem der Bundeswehrgründung folgenden Jahr zum Militär. Zusätzliches Personal erhalten die Streitkräfte mit der 1956 eingeführten allgemeinen Wehrpflicht, welche ihre Personalstärke auf zeitweise knapp eine halbe Million Mann anwachsen läßt. Mit den Soldaten für die Nato erkauft sich die Bundesrepublik die Teilsouveränität.

Mit dem Zerfall des Warschauer Pakts und der Sowjetunion ab 1989 bis 1991 ging der Westen im allgemeinen und dessen Führungsmacht im besonderen als Sieger aus dem Kalten Krieg hervor. Der einzig verbliebenen Supermacht eröffnete sich die Möglichkeit, ihren Einflußbereich zu erweitern und den Versuch zu wagen, eine Weltordnung mit ihr als Ordnungsmacht durchzusetzen.

Auch dabei wollten und wollen die USA nicht auf die militärische Unterstützung der Bundesrepublik verzichten. Folglich wird die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine (offensive) Interventionsarmee umgebaut.

Dieser Transformationsprozeß, so der Bundeswehrterminus, ist vielen über eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges noch nicht weit genug fortgeschritten.

Allerdings ist zu bedenken, daß hierfür ähnlich wie nach dem Krieg bei der Remilitarisierung eine Transformation in der Mentalität der Gesellschaft vonnöten ist, und das ist ein hartes Stück volkspädagogischer Arbeit, denn mit den preußischen Militärreformen und den Befreiungskriegen, in deren Tradition sich die Bundeswehr so gerne sieht, hat das nichts mehr zu tun. *M. R.*

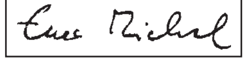


Der Stammtisch im Deutschen Haus wußte nicht, worüber er mehr entsetzt sein sollte: Über die makaberen Totenkopf-Spiele einiger Bundeswehrsoldaten in Afghanistan oder über die reißerische Berichterstattung darüber durch verantwortungslose „Bild"-Redakteure.

Die scheußlichen Verfehlungen einzelner Soldaten seien durch den pseudojournalistischen, allein an Auflageziffern orientierten Exzeß millionenfach in alle Welt getragen worden. Das könnte zu schlimmer terroristischer Eskalation führen, hieß es am Stammtisch. Als verantwortungsbewußte Staatsbürger hätten sich diese Redakteure dann erwiesen, wenn sie die Rechte an den scheußlichen Fotos erworben, diese diskret dem Verteidigungsminister übergeben und ihm damit eine schnelle und wirkungsvolle Ahndung der Vergehen ermöglicht hätten.

Der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold, der darauf verwies, daß die Verrohung junger Menschen ein „Alarmzeichen" sei und auf Darstellungen im Internet und auf Computerspiele verwies, fand Zustimmung am Stammtisch, der feststellte, der Totenkopf sei früher als Symbol für „Tapferkeit ohne Todesfurcht" mißbraucht worden. Heute diene er vielfältigen Erwerbsinteressen: als Spardose, als „Girli-Shirt" nach dem Motto: „Hier gibt es alles, was das Herz begehrt. Ein Klick genügt, wir haben alles bis zum Totenschädel-Aschenbecher." Bikinis und Unterwäsche, Nietengürtel im „tollen Totenkopf-Design" gibt es ebenso wie Totenkopf-Kissen in Schwarz-Weiß bis hin zu „Tote Hosen Bettwäsche mit Totenkopf und Knochen".

Man dürfe sich eigentlich nicht darüber wundern, meinte der Stammtisch, was junge Menschen, die in einer solchen Gesellschaft sozialisiert wurden, empfinden, wenn sie in einer Kiesgrube in Asien „echte" Totenköpfe finden ...



»Dann ändern wir das Grundgesetz«

Bundespräsident Köhler verweigert Privatisierung der Flugsicherung nur aus juristischen Gründen

Von Sverre Gutschmidt

Wir schreiben das Jahr 2006. Der deutsche Luftraum, fast unendliche Weiten, ist unter staatlicher Kontrolle. Doch die Berliner Große Koalition strebt dessen Privatisierung an. Noch in staatlicher Hand, soll die „Deutsche Flugsicherung GmbH" (DFS) so rasch wie möglich verkauft werden. Eine Milliarde Euro erhofft sich der Bund von der Veräußerung. Ein entsprechendes Gesetz ist am Bundespräsidenten, gescheitert – vorerst.

Horst Köhler verweigerte die nötige Unterschrift. Die Begründung: Das Grundgesetz (Art. 87) sieht eine Privatisierung nicht vor, dem Gesetzgeber bleibe aber die Chance, das Grundgesetz zumindest umzuformulieren – reine Formsache also, folgerte die Regierung. Prompt kündigt sie an, diesen Ausweg zu prüfen. Eine nennenswerte parlamentarische Opposition zu diesem Vorhaben ist nicht auszumachen, eine Debatte, welche Aufgaben zurecht Staatsaufgaben sind und bleiben sollen, findet kaum statt. Doch eine solche Debatte um die wichtigsten erhaltenswerten Hoheitsaufgaben ist dringend nötig, wie das Beispiel zeigt.

Fast drei Millionen Flugbewegungen gibt es im Jahr im deutschen Luftraum. Jährlich werden es mehr. Beim Braunschweiger Luftfahrtbundesamt sind 20000 deutsche Flugzeuge registriert. Die als grenzenlos besungene Freiheit über den Wolken hat damit eher enge Grenzen. Um das enorme Luftverkehrsaufkommen zu regeln, bedarf es einer zentralen, möglichst unabhängigen Instanz – eben der staatlichen Flugsicherung. Um so mehr, da Deutschland ein Lufttransitland wie kaum ein anderes in Europa ist. „Eurocontrol" bündelt die transnationalen Verbindungen. Die 5300 Mitarbeiter der DFS weisen jedem Flugzeug seinen Platz zu, seit 1953. Privatwirtschaftlich organisiert ist das Unternehmen bereits seit 1993, der Bund 100prozentiger Eigner.


Überwachung des Luftraums am Frankfurter Flughafen: Noch gehört sie zu den Aufgaben des Staates. Foto: keystone

Um Wirtschaftlichkeit also kann es bei den Verkaufsplänen nicht gehen. Die DFS erzielt Überschüsse. Haupteinnahmequelle sind die Gebühren, die sie von Luftfahrzeughaltern nach den Prinzipien der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO und Eurocontrol für Flugsicherungs-Dienstleistungen erhebt. Die zweite Erlösquelle sind beratende Tätigkeiten.

Die DFS ist nach ihrer Gebührenordnung verpflichtet, kostendeckend zu wirtschaften – Rücklagen sind nicht vorgesehen. Jährliche Überschüsse in zweistelliger Millionenhöhe sind jedoch die Regel. Eine schmale Rendite angesichts eines Kaufpreises von einer Milliarde, doch bei den bisherigen Statuten müßte es nicht bleiben. Radikale Einsparungen oder höhere Gebühren beflügeln das Interesse privater Anleger an der DFS, unter ihnen auch deutsche Fluggesellschaften.

Dem Bund hingegen sind die Überschüsse nicht genug. Offensichtlich spekulieren SPD wie CDU auf den milliardenschweren Verkauf zur Sanierung der Staatskasse – ein „Einmaleffekt". Ein besonders lästiger Schadensfall, der Absturz einer Passagiermaschine der „Bashkirian Airlines" 2002, für den dem Bund wegen seiner Verantwortung für die Sicherung des Luftraums nun vom Landgericht Konstanz die Verantwortung zugewiesen wurde, mag die Verkaufsentscheidung beschleunigt haben.

71 Menschen starben damals nahe Überlingen am Bodensee. Die Schweizer Firma „skyguide" – ähnlich der DFS ein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen (99 Prozent gehören der Eidgenossenschaft) – war damals damit beauftragt, diesen Teil des deutschen Luftraums zu überwachen. Das Konstanzer Urteil zeigt: Die Bundesrepublik kann ihre Verantwortung nicht an Dritte abtreten, zumindest nicht, solange das Grundgesetz klar dem Bund lufthoheitliche Aufgaben zuweist. Zudem wirft der Fall die Frage auf, ob private, rein profitorientierte Unternehmen einen so sensiblen Bereich wie Luftsicherung überhaupt überwachen sollten, bisherige Privatisierungsschritte nicht schon zu weit gingen. Schon im Nachhall des Überlingen-Unglücks traten die Mängel in der privaten Schweizer Luftsicherung klar hervor.

Sie sind im Kern bis heute nicht ausgeräumt. So liegt der „Neuen Zürcher Zeitung" ein interner Bericht des Schweizer „Bundesamtes Zivilluftfahrt" (BAZL) vor. Darin, so die „Neue Zürcher" sei von eklatanten Sicherheitsmängeln zu lesen. Fluglotsen wurden nicht ausreichend in ein neues Programm zur Kontrolle des oberen Luftraums (Langstreckenflüge) eingewiesen, die neue Elektronik offenbar aus Kostengründen nicht nach anerkannten Verfahren geprüft, bevor sie eingesetzt wurde. Mitarbeiter berichten gar, die Firma habe sich in einen „Überlebenskampf" hineingesteigert, in dem Sicherheitsbedenken kaum mehr beachtet würden – Tests hätten „am Kunden" stattgefunden.

Die Schweizer Flugsicherung ist kein Sonderfall. Auch in Bereichen unter einst deutscher Staatsobhut haben Privatisierungen zumindest dem Bürger wenig Verbesserungen gebracht. Postfilialen wurden geschlossen, ganze Regionen vom Bahnnetz faktisch abgekoppelt, Zehntausende bei einstigen Staatsunternehmen wie der Telekom entlassen und sogar polizeiliche Aufgaben teilprivatisiert. Manches davon mag seine Berechtigung haben. Die oft proklamierte höhere Leistung hat sich in keinem Fall automatisch eingestellt. Der Staat hat sich vielmehr selbst um Einfluß gebracht: In der Energiewirtschaft, im Wohnungswesen und nun auch in der Überwachung des Luftraums.

Den Linken das Feld überlassen

Trotz deutlichem Ja der Bürger stellt Hamburger Senat Wissmann-Denkmal nicht wieder auf

Von H.-J. von Leesen

Was wird aus dem Wissmann-Denkmal? Ein Jahr lang stand das historische Denkmal zur Erinnerung an den deutschen Afrika-Forscher Hermann von Wissmann am Ufer des Hamburger Hafens an den Landungsbrücken, damit sich die Bevölkerung ein Urteil bilden und ihre Stimme abgeben konnte zu der Frage, ob das Denkmal verschwinden oder wieder einen dauerhaften Platz in der Hamburger Öffentlichkeit einnehmen soll. Obwohl es von Linksextremen mehrfach beschmiert und beschädigt wurde und auch in der Hamburger Lokalpresse überwiegend mit von Geschichtskenntnissen ungetrübten, dafür aber um so gehässigeren Kommentaren begleitet wurde, stimmten 95 Prozent der fast 6000 an der Abstimmung per Internet beteiligten Bürger für die öffentliche Wiederaufstellung. Das paßte offenbar den Initiatoren der zeitweisen Wiederaufrichtung des Denkmals nicht in den Kram, und so verschwand der bronzene Wissmann in den Magazinen des Hamburger Staates.

Ursprünglich hat das Denkmal zur Erinnerung an einen Mann, der in erster Linie Wissenschaftler war, und zwar einer, der seinerzeit einen weltweiten Ruf genoß, in Daressalam, der Hauptstadt der Kolonie Deutsch-Ostafrika, gestanden. Als die Sieger des Ersten Weltkrieges den Deutschen die Kolonie wegnahmen, stellten sie das Denkmal dem Deutschen Reich zur Verfügung, das es vor der Hamburger Universität aufstellte. So stand die 2,60 Meter große Bronzestatue Wissmanns auf einem 2,20 Meter hohen Granitsockel – am Fuße war ein etwa 2,20 Meter großer Askari der deutschen Schutztruppe plaziert – bis im Zweiten Weltkrieg eine britische Fliegerbombe Wissmann vom Sockel stieß. Wiedererrichtet konnte es nur bis 1968 seinen Platz einnehmen. Dann kamen die linksradikalen Revoluzzer und wiederholten das Zerstörungswerk der britischen Bomber. Die Statue verschwand in einem Magazin.

Der 1853 in Frankfurt an der Oder geborene Hermann Wissmann hatte die Ehrung verdient. Als junger preußischer Offizier wollte er an einer wissenschaftlichen Expedition durch Afrika teilnehmen, sah sich aber plötzlich an ihrer Spitze, nachdem der Initiator und Leiter des Expedition Paul Rogge erkrankte und Wissmann seine Stelle einnehmen mußte. So durchquerte Wissmann als einer der ersten Weißen Afrika von der angolanischen Westküste bis zur Ostküste und erforschte dabei die Tier- und Pflanzenwelt, die einheimische Bevölkerung, Flußläufe und Gebirge. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er vom belgischen König Leopold eingeladen, in seinem Auftrag weitere Forschungsreisen durch Zentralafrika zu unternehmen. Von 1883 bis 1885 durchquerte Wissmann den Erdteil vom Kongo bis zur Sambesi-Mündung. Nach der Rückkehr legte er in einigen Büchern die Ergebnisse seiner Forschungen nieder und galt bald international als einer der bedeutendsten Afrika-Forscher.

Deutsche Privatpersonen und Firmen schlossen auf eigene Initiative in der folgenden Zeit Schutz- und Landerwerbsverträge mit afrikanischen Häuptlingen und gerieten dabei in Konflikt mit der arabischen Oberschicht, die bis dahin einen florierenden Sklaven- und Elfenbeinhandel betrieb. Als sie einen Aufruhr inszenierte, beauftragte die Reichsregierung den ortskundigen Oberleutnant Wissmann, mit einer Söldnertruppe das Land zu befrieden. Unter der Führung von 21 deutschen Offizieren, Ärzten und Beamten sowie 40 Unteroffizieren schlug die Truppe, bestehend aus Somali, Zulu und Sudanesen, den Aufstand nieder und bekämpfte gemeinsam mit englischen Truppen erfolgreich den Sklavenhandel. Wissmann wurde geadelt, zum Reichskommissar ernannt und, nachdem Ostafrika offiziell deutsche Kolonie geworden war, ihr erster Gouverneur, ein Amt, das er aber aus gesundheitlichen Gründen schon nach kurzer Zeit aufgeben mußte. In seiner Heimat verfaßte er weitere wissenschaftliche Bücher, in denen er seine Forschungsreisen auswertete.

In Tansania gilt Wissmann noch heute als Begründer der Naturschutzgebiete. Ihm ging es besonders um den Schutz der schon damals gefährdeten Elefanten, Nashörner und Flußpferde. Er veranlaßte, daß sie durch internationale Verträge geschützt wurden.

Es ist angesichts dieser Tatsachen unverständlich, daß heute bestimmte Gruppen, die zwar nur klein, aber lautstark sind, diesen zu seiner Zeit hoch angesehenen Afrika-Forscher heute einen „Kolonialverbrecher" schimpfen. Jedenfalls war das die Begründung, als die 68er das vor der Hamburger Universität stehende Denkmal vom Sockel stürzten. Offenbar wollen sie sich jetzt dem Votum der übergroßen Mehrheit der Denkmalbesucher an den Landungsbrücken widersetzen, die die Wiederaufstellung fordern.

Unverständlich ist das Verhalten der Hamburger politischen Führung. Anfragen von verschiedenen Seiten, wann denn nun endlich die Wissmann-Statue wieder aufgestellt wird, werden ausweichend beantwortet. Die Kulturbehörde laviert in ihren Antworten, als sei nicht sie es, die maßgeblich über das Denkmal zu befinden habe, sondern eine ausländische angebliche Künstlerin im Bunde mit einigen ganz offenkundig scharf links eingestellten Kulturgruppen.

Nun hat bekanntlich seit geraumer Zeit in der Hamburger Bürgerschaft die CDU die Mehrheit, und sie stellt auch in der Person von Ole von Beust den Bürgermeister. Anfragen an den kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Dietrich Rusche, wie denn nun die politische Führung den eindeutig bekundeten Willen der kulturinteressierten Hamburger umzusetzen gedenkt und warum den bronzenen Wissmann wieder errichtet, werden nichtssagend beantwortet: „Konkrete Vorstellungen gibt es bisher noch nicht. Die CDU-Fraktion hat sich mit diesem Thema bisher auch noch nicht befaßt." Es ist der Partei offenbar egal. Statt einen eigenen Standpunkt zu bilden und durchzusetzen, ordnet man sich lieber irgendwelchen unautorisierten Linken unter.

Zu diesem Kapitel gehört die Erhaltung des Grabes von Hermann von Wissmann. Er liegt in Köln auf dem Melatenfriedhof begraben. Die Liegezeit läuft ab. Der „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen", Emden, bemüht sich gemeinsam mit Wissmann-Nachkommen, das Grab zu restaurieren und zu erhalten, und hat daher zu einer Sammlung aufgerufen, die bisher ein positives Echo fand. Es fehlt nur noch ein verhältnismäßig kleiner Betrag.

Denkmal und Grabstätte sind Erinnerungsstätten der deutschen Geschichte, die es verdienen, erhalten zu werden.

Nichts Genaues weiß man nicht

Bezüglich des Bundeswehr-Einsatzes im Libanon kommen immer mehr Fragwürdigkeiten ans Licht

Von Dietrich Zeitel

Im Laufe der letzten Woche verdichteten sich die Hinweise, daß der Verteidigungsausschuß informiert worden sei, daß die Unifil-Kräfte („United Nations Interim Force in Lebanon“) innerhalb einer Sechs-Meilen-Zone nur auf Anforderung des Libanons tätig werden dürften. Darüber hinaus sei für deutsche Marineangehörige das Betreten eines Schiffes, das im Verdacht stehe, für die Hisbollah Waffen zu transportieren, nur im Beisein libanesischer Kräfte möglich. Mit dieser Einschränkung würde mehr oder weniger die Position des Libanons bestätigt, der signalisiert hatte, daß er mit einer Einschränkung seiner Souveränitätsrechte nicht einverstanden sei.

Die Opposition im Bundestag sprach mit Blick auf die jetzt evident gewordenen Widersprüche im Hinblick auf den Libanoneinsatz von einem „Wortbruch“. Besonders glaubwürdig klingen die Vorwürfe, die FDP-Chef Westerwelle vorbrachte, freilich nicht. Die Opposition muß sich nämlich fragen lassen, warum sie sich nicht bereits vor der Abstimmung mit der Frage der Souveränitätsrechte des Libanons beschäftigt hat, an deren uneingeschränkter Aufrechterhaltung der Zedernstaat immer festgehalten hat.

Für ein gewisses Maß an Aufklärung der im Raum stehenden „Mißverständisse“ sorgte in der Folge Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Er machte laut eines Berichtes von „Spiegel-Online“ deutlich, daß das Libanon-Mandat „nachträglich eingeschränkt“ worden sei. Zu dem Zeitpunkt, als der Bundestag den Einsatz verabschiedet habe, so Arnold, seien die Regelungen zwischen dem Libanon und der Uno noch nicht ausgehandelt gewesen. Daher sei es für die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt schwierig gewesen, Auskunft zu geben. Ähnlich äußerte sich dann Verteidigungsminister Jung, der darauf verwies, daß es angeblich klar gewesen sei, daß die Einzelheiten des Mandats noch vor Ort festgelegt werden würden.

Trifft dies so zu, müssen sich Bundestag und Bundesregierung fragen lassen, welchen Sinn eine Abstimmung ergeben soll, wenn die Einzelheiten des Mandats, über das abgestimmt wird, noch gar nicht bekannt sind.

In der Regel steht in einer derartigen Situation die Entlassung eines „Sündenbocks“ an. Diese Rolle wuchs Ende letzter Woche mehr und mehr Verteidigungsstaatssekretär Peter Wichert zu. Er soll die Einsatzregeln in einer schriftlichen Information für den Bundestag laut „Bild am Sonntag“ angeblich „mißverständlich formuliert“ haben. Merkel soll über Wichert „dermaßen verärgert“ sein, daß eine Entlassung des beamteten Staatssekretärs die Folge sein könnte.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, forderte dessenungeachtet, daß über den Libanon-Einsatz neu verhandelt werden müsse. Sinn des Unifil-Einsatzes sei gewesen, so Gertz gegenüber der Chemnitzer „Freien Presse“, Waffentransporte über See zu verhindern. Das lasse sich nicht garantieren, wenn die Truppen von Beirut abhängig seien. Gertz verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf Israel und die Gefahr einer erneuten Seeblockade. Zu ergänzen ist, daß aufgrund des eingeschränkten Mandats auch die Hisbollah ihren Einfluß auszuspielen versuchen könnte, um die Verhinderung von Waffenlieferungen an der einen oder anderen Stelle zu torpedieren.

Das wird auch in Israel so gesehen und ist ein Argument für dessen Militärflüge über dem Libanon. Israel begründet diese Flüge damit, daß die libanesische Hisbollah nicht entwaffnet werde und es angeblich Hinweise auf Waffenlieferungen an sie gebe. Alain Pellegrini, der französische Oberbefehlshaber der Unifil-Truppen, ist allerdings bestrebt, die israelischen Überflüge über dem Libanon zu unterbinden, weil er darin eine „Vertragsverletzung“ sieht.

Der israelische Regierungssprecher Mark Regev erklärte in diesem Zusammenhang, daß Israel die UN-Resolution 1701 weitgehend erfüllt habe, der Libanon die Kernbedingungen hingegen nicht.

Mitte letzter Woche kam es dann zu einem ersten ernsthaften Zusammenstoß zwischen der israelischen Luftwaffe und deutschen Marineeinheiten. Zwei israelische F-16-Kampfjets sollen über dem deutschen Aufklärungsschiff „Alster“, das sich zu diesem Zeitpunkt etwa 100 Kilometer vor der libanesischen Küste in internationalen Gewässern befand, zwei Schüsse und Täuschkörper abgefeuert haben. Die „Alster“ ist indes ein besonderes Schiff; sie ist mit speziellen Sensoren ausgerüstet und wird im Bereich der „strategischen Informationsgewinnung“ eingesetzt. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur AFP gehört das Schiff nicht zum UN-Einsatz der Marine für den Libanon; seine Mission scheint also vor allem in der „Informationsgewinnung“, sprich: der Spionage zu bestehen. Die „Alster“ ist in der Lage, mittels seiner Hightech-Ausrüstung israelische Überwachungsflüge über dem Libanon zu verfolgen, was den Israelis mit Sicherheit nicht entgangen ist. Daß diese in einem derartigen Fall keinen Spaß verstehen, haben sie schon einmal demonstriert, und zwar im Sechs-Tage-Krieg, als sie das US-Spionageschiff „USS Liberty“ beschossen hatten. Damals waren 34 Angehörige der US Navy getötet worden.

Weiter wurde bekannt, daß ein deutscher Helikopter von israelischen Kampfflugzeugen bedrängt worden war, was zu einem angeblich „in einem scharfen Ton“ geführten Telefongespräch zwischen Jung und Israels Verteidigungsminister Amir Peretz geführt haben soll. Der Hubschrauberpilot, so die Version Israels, soll die „internationale Frequenz“ nicht aktiviert haben, was eine Identifikation verhindert habe. Deshalb seien israelische Kampfjets aufgestiegen.

In der Nacht vom vorletzten Donnerstag auf Freitag soll es laut Pressemeldungen einen weiteren Zwischenfall gegeben haben, den das Bundesverteidigungsministerium mittlerweile bestätigt hat.

Diese Vorfälle zeigen, wie schnell sich die Lage im Libanon zuspitzen kann. Vielsagend ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung in der „FAZ“: „Inoffiziell heißt es in Israel, daß das deutsche Verteidigungsministerium“ zugebe, „daß die Kontrolle ihrer Marineflotte nicht ausreiche, um einen Waffenschmuggel längs der Küste zu verhindern“. Die Gefahr, daß Israel deshalb „auf seine Art“ intervenieren könnte, steht im Raum und damit die Möglichkeit, daß es zu dem kommen könnte, was man in Berlin unbedingt ausschließen möchte, nämlich zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Bundeswehreinheiten und israelischen Streitkräften. Hier zeigt sich eine Schwäche der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats, mit dem das Unifil-Mandat ausgeweitet wurde: Dieses Mandat soll die Befriedung der israelisch-libanesischen Grenze garantieren; die Ursachen des Konfliktes läßt es aber unberührt.



Die „FGS Alster“: Das Flottendienstboot ist eine hocheffiziente Frühwarn-, Fernmelde- und Aufklärungseinheit. Das in einen Zwischenfall mit iraelischen Flugzeugen verwickelte deutsche Schiff gehört nicht zum internationalen Einsatzverband. Foto: pa

Die Zeitbombe tickt

Verhandlungen zwischen Albanern und Serben im Kosovo abermals in der Sackgasse

Von R. G. Kerschhofer

Auch wenn Ex-Jugoslawien zuletzt kaum Schlagzeilen lieferte, heißt das nicht, daß dort alles in Ordnung ist, sondern nur daß bodenständige Korruption und Mißwirtschaft sowie fremde Einmischung durch wirtschaftliche Ausbeutung oder ideologische Prinzipienreiterei in erträglichem Rahmen bleiben. Dies gilt für Montenegro, das im Mai unabhängig geworden ist. Es gilt auch für das mühsam verwaltete UN-„Protektorat“ Bosnien-Herzegowina, wenngleich der Ausgang der Wahlen im Oktober noch Zündstoff liefern könnte. Es gilt vor allem für Kroatien, das bereits über den EU-Beitritt verhandeln darf – allerdings einen Grenzkonflikt mit Slowenien hat. Und es gilt für Makedonien, zumindest solange der Kosovo-Konflikt nicht eskaliert.

Eine echte Zeitbombe, eine von der „Staatengemeinschaft“ selbst gelegte, tickt hingegen im Kosovo. Denn man ließ den Eindruck entstehen, daß die Kosovo-Frage bis Jahresende gelöst sein werde – „so oder so“. „So“ bedeutet, im Einvernehmen mit Albanern und Serben, und „so“, auch gegen den Willen einer oder beider Parteien. Von Einvernehmen kann aber keine Rede sein, denn die im Januar unter Leitung des Finnen Ahtisaari begonnenen Verhandlungen in Wien stecken hoffnungslos in der Sackgasse: Die Kosovo-Albaner, die heute rund 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen, bestehen auf „Unabhängigkeit“, Serbien aber will nur „Autonomie“ zugestehen.

„Völkerrechtlich“ ist das Gebiet Kosovo (albanisch Kosova) weiter ein Teil Serbiens, auch wenn es de facto seit 1999 ein Protektorat unter der UN-geführten Verwaltung „UNMIK“ und der Nato-geführten internationalen Truppe „Kfor“ ist. Die neue serbische Verfassung, die durch die Volksabstimmung letztes Wochenende (knapp) bestätigt wurde, dient zwar primär dem Abwurf von Ballast noch aus den Zeiten von Tito und Milosevic, schreibt aber die „Provinz Kosovo“ als Bestandteil Serbiens fest.

Dazu kommt, daß Rußland seit der Wende wie einst in zaristischer Zeit als Schutzmacht Serbiens auftritt und in der Uno alles blockieren wird, was Belgrads Interessen massiv beeinträchtigen würde. Rußlands Rolle ist dabei stärker denn je, und das beruht nicht nur auf „Erdgas“, sondern auch auf politischer Logik: Wenn der Westen die von Rußland unterstützte Abspaltung Abchasiens und Südossetiens von Georgien verhindern will, wieso betreibt er dann die Abtrennung Kosovos von Serbien? Noch dazu, wenn damit ein serbisches Minderheitenproblem entstehen würde.

Albanien hält sich sehr zurück, und auch das ist erklärlich: In Albanien dominiert die Sprach- oder Stammesgruppe der „Tosken“, jedoch bei Vereinigung mit dem Kosovo hätten die „Gegen“ eindeutig die Mehrheit. Das bedeutet zugleich, daß ein zweiter albanischer Staat namens Kosova ein Identitätsproblem bekäme. Der im Januar verstorbene Präsident Ibrahim Rugova hatte dies erkannt und unter Bezug auf einen illyrischen Volksstamm die Bezeichnung „Dardania“ vorgeschlagen.

Politisch profitiert Serbien auch von Kräften in der EU, die Serbien möglichst bald als neues EU-Mitglied sehen wollen. Und wenn man mit einer Türkei verhandelt, die nicht einmal das Mitgliedsland Zypern anerkennen will, wird man wohl auch Serbien einiges nachsehen dürfen, so die zynische Logik.

Die Kosovo-Albaner haben keine vergleichbare Rückendeckung. Die anfangs bejubelten USA sind weniger an Menschenrechten als an „privatisierten“ Bodenschätzen interessiert, und die „Internationalen“ werden mehr und mehr als Besatzer empfunden. Allerdings stellt die von ursprünglich 40 000 auf 16 000 Mann reduzierte „Kfor“ zusammen mit den internationalen Polizeikräften und den Mitarbeitern der UNMIK die bedeutendste Einnahmequelle des Protektorats dar. Ein wichtiger Grund, warum der albanische Frust noch nicht zu Ausbrüchen führte. Daß die räumliche Trennung von Albanern und Serben im Kosovo weitestgehend vollzogen ist, will die „Staatengemeinschaft“ nicht zur Kenntnis nehmen. Und mittlerweile sind auch die Kosovo-Albaner darauf eingeschwenkt, daß das Land nicht geteilt werden soll.

Grenzstreit Slowenien/Kroatien

Zwischen Slowenien und Kroatien schwelt ein Konflikt, der sich nun auch auf die EU-Beitrittsverhandlungen Kroatiens auswirkt. Konkret geht es um Hoheits- und Fischereirechte im Golf von Triest: Die Zwölf-Meilen-Zone Kroatiens (früher Jugoslawiens) stößt nämlich unmittelbar auf die Italiens, und der zwischen den beiden Ländern liegende Küstenstreifen Sloweniens ist dadurch von internationalen Gewässern abgeschnitten. Auch hatten slowenische Fischer früher Fischereirechte in jugoslawischen Gewässern, die heute Kroatien zuzurechnen sind.

Wenn EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn verlauten läßt, dies sei ein bilaterales Problem, scheint das zu kurz gegriffen. Denn zumindest was den Seeverkehr betrifft, offenbart sich hier eine Schwachstelle im internationalen Recht: Kann es „Recht“ sein, daß ein Küstenanrainer durch die Zwölf-Meilen-Zonen von Nachbarländern vom offenen Meer abgeschnitten und um die eigene Zwölf-Meilen-Zone gebracht wird? *RGK*

Widerstrebend

Große Koalition in Österreich vor dem Aus?

Das Wahlergebnis vom 1. Oktober brachte die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP in eine schwierige Lage, denn außer einer großen Koalition – die kaum jemand wollte – hätte keine Regierung eine tragfähige parlamentarische Mehrheit. Dementsprechend lustlos begannen die Koalitionsverhandlungen, nachdem Bundespräsident Dr. Heinz Fischer SPÖ-Chef Gusenbauer mit der Regierungsbildung beauftragt hatte. Wie üblich wollte man zunächst über Sachthemen verhandeln und die Ressortverteilung vorläufig ausklammern. Doch es entstand der Eindruck, daß man eigentlich lieber Neuwahlen hätte – auch wenn dies jeder dementiert, denn erfahrungsgemäß straft der Wähler den, der vorzeitige Wahlen vom Zaun bricht. Wie kann man also am besten dem anderen die Schuld zuschieben?

SPÖ und ÖVP verhandeln lustlos über Regierung

Nun stecken die Regierungsverhandlungen tatsächlich in der Krise und sind möglicherweise bereits gescheitert. Denn am Montag, bei der ersten Sitzung des neuen Nationalrats, wurden nicht nur die drei neuen Parlamentspräsidenten gewählt – mit den üblichen Lobsprüchen für die abtretenden und entsprechenden Vorschußlorbeeren für die neuen Präsidiumsmitglieder. Es wurde auch mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Grünen ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß beschlossen, der den Vergabevorgang für den Ankauf der „Eurofighter“ durchleuchten soll.

Die ÖVP hatte bereits die Ankündigung dieses Vorhabens durch die SPÖ heftig kritisiert, wenngleich die Konsequenzen nicht klar ausgesprochen wurden. Die wurden erst spät abends in einer Krisensitzung des ÖVP-Vorstands beschlossen: Die Regierungsverhandlungen bleiben abgebrochen, solange diese „Koalition“ aus Rot, Blau und Grün bestehe, erklärte der amtierende Bundeskanzler Schüssel.

Allgemein wird angenommen, daß Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der sich gegen Neuwahlen ausspricht, in den nächsten Tagen als Vermittler auftreten und die Koalitionsgespräche wieder voranbringen werde. Er kann aber auch ein Experten-Kabinett einsetzen.

Von SPÖ, FPÖ und Grünen wurde noch ein zweiter Untersuchungsausschuß beschlossen, der sich mit fragwürdigen Bankgeschäften und der Rolle der Finanzmarktaufsicht befassen soll. Dabei geht es nicht nur um die Gewerkschaftsbank „Bawag“, sondern auch um die Kärntner Regionalbank „Hypo Alpe-Adria“ und um Ostgeschäfte des Raiffeisen-Sektors. *RGK*

Nicht nur Tenriffa geht unter

Die Folgen von Madrids freizügiger Ausländer- und Zuwanderungspolitik sorgen in Spanien für zunehmende Unruhe. In Barcelona deckten die Sicherheitskräfte kürzlich einen Schleuserring auf, der versucht hatte, Tausende Illegale von der katalanischen Hauptstadt aus über Mailand ins übrige Italien sowie nach Deutschland und Österreich weiterzuschmuggeln.

Erst vergangenes Frühjahr erteilten die spanischen Behörden fast 700 000 sogenannten „sin papeles" (Menschen „ohne Papiere") pauschal eine reguläre Aufnahmegenehmigung, was offenbar einen

Schleuserbanden bringen Flüchtlinge gen Norden

enormen Sogeffekt auf weitere potentielle Zuwanderer auslöste, der auch für die übrigen EU-Länder nicht ohne Wirkung bleiben dürfte.

Wenn die „schlimme Botschaft", daß allen Illegalen in Spanien irgendwann die Legalisierung winke, „nicht sofort geändert wird, dann wird uns die Einwanderung vollkommen überfluten", prophezeite vergangene Woche der Kandidat der konservativen „Volkspartei" (PP) für das Amt des katalanischen Ministerpräsidenten, Josep Piqué. Längst kämen die Illegalen nicht mehr bloß auf Booten, sondern auch über die Flughäfen Kataloniens und über die französische Grenze in seine nordostspanische Heimat. Die Eindringlinge müßten „umgehend" in ihre Länder zurückgeschickt werden, „besser morgen als übermorgen", sonst sei die Rückführung bald unmöglich. Das spanische Bildungs- und Gesundheitssystem geriete unter dem enormen Druck aus dem Gleichgewicht, warnt Piqué. Schon nach sieben Tagen Aufenthalt erhielten alle illegalen Einwanderer eine Gesundheitskarte und damit Zugang zur spanischen Gesundheitsfürsorge.

Auch am anderen Ende des Landes, auf den Kanarischen Inseln, wächst die Unruhe. Zwischen 9000

Spanisches Gesundheitssystem bald überlastet

und 15 000 Einwohner Teneriffas nahmen vergangenen Sonntag an einem Protestmarsch durch die Inselhauptstadt Santa Cruz teil. „Die Insel versinkt, mehr können wir nicht aufnehmen", lautete eine der Losungen der Demonstranten. Der Ärger auf dem beliebten Ferienarchipel richtet sich gegen die Zentralregierung in Madrid und die Europäische Union. Beide sollten schleunigst ein Gesetz verabschieden, daß sowohl die Ankunft als auch insbesondere den Verbleib von immer mehr afrikanischen Zuwanderern auf den Kanaren begrenzt und reguliert.

Die sozialistische Zentralregierung Spaniens geht derweil andere Wege: Madrid hat mit dem Senegal einen Vertrag abgeschlossen, der eine legale Zuwanderung von Senegalesen nach Spanien regeln soll. Das Gesetz sieht vor, daß Auswanderungswillige im Land selbst für Arbeit in Spanien angeworben werden. Damit soll ihnen ein „legales Fenster" zur Ausreise in die EU geöffnet werden. Darüber hinaus hat die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero dem westafrikanischen Land zusätzliche Entwicklungshilfe in Höhe von 15 Millionen Euro versprochen. *H. H.*



Afrikanische Bootsflüchtlinge auf dem Weg von der Küste Teneriffas in ihre Notunterkunft: Jeder Ankömmling erhält eine Tüte mit einer Jogginghose, zwei T-Shirts, einer Jacke, ein paar Schuhen und Strümpfen von der Sammelkiste des Roten Kreuzes. Foto: pa

»Sie haben nichts zu verlieren«

Kanarische Flüchtlingshelfer über ihre Schützlinge und falsche Vorstellungen

Von Natalie Lazar

Seit Anfang des Jahres sind etwa 16 000 Flüchtlinge in rund 2000 „Cayucos", so werden die traditionellen afrikanischen Holzfischerboote genannt, allein nach Teneriffa gekommen, die übrigen Kanareninseln weisen ähnliche Zahlen auf. Die Überfahrt ist lebensgefährlich, die meisten Reisenden sind Nichtschwimmer. Die Dauer der Seefahrt ist unterschiedlich, von Mauretanien aus brauchen die Boote etwa fünf bis sechs Tage, von Senegal aus sind es zehn bis 14 Tage. Wer die Sonne der Kanaren kennt, kann allein die Qual, mit wenig oder keinem Trinkwasser ausgestattet zu sein, erahnen. „Viele der Afrikaner trinken dann Meerwasser, ohne zu wissen, daß das noch schlimmer als gar kein Wasser ist", berichtet Austin Taylor, Koordinator der Hilfseinsätze des Roten Kreuzes auf Teneriffa.

Wissen denn die Afrikaner nicht von all den schwierigen Realitäten? Im allgemeinen sind die Ankömmlinge über das, was sie erwartet, schlecht oder gar nicht informiert, erklärt Marta Rodriguez, Beauftragte für Integration und Sensibilisierung von „Las Palmas Acoge". Bereits 1989 wurde „Las Palmas Acoge" als ehrenamtlich arbeitende Sozialstation gegründet, die illegalen Einwanderern die Möglichkeit zu Unterkunft, juristischer Unterstützung und Integrationshilfe bietet. Die Philosophie der Station vermeidet den Begriff „illegale Einwanderung", kein Mensch sei illegal, besser spreche man von „irregulärer Migration". Das Projekt setzt an dem Punkt an, an dem die Flüchtlinge nach 40 Tagen im Aufnahmelager auf der Straße landen. Etwa 80 Prozent der „Gäste" kommen aus Marokko, Ghana und Sierra Leone. Normalerweise handelt es sich um unverheiratete Männer im Alter von 20 bis 45 Jahren, doch kommen auch Frauen an. „Bei den Einreisenden sind alle sozialen Schichten vertreten", so Marta Rodriguez, „vom Landarbeiter über Schäfer, Fischer bis hin zu Universitätsprofessoren war hier schon alles vertreten." „Manche Ankömmlinge haben eine sehr unrealistische, ja kindliche Vorstellung von dem, was Europa sei. Wir hatten hier Sportler, richtig durchtrainierte Jungs aus Liberia. Die kamen an und waren erstaunt und enttäuscht, daß unsere Station kein Fitneßstudio und kein Schwimmbad hat und sich keine Möglichkeit bietet, sofort schnell ein berühmter Spitzensportler zu werden", erzählt Marta und lächelt mitleidig und gleichzeitig amüsiert. Ihr Schützling Charqui wußte schon, daß es schwierig werden würde, die heiß begehrten „Papiere" zu bekommen. „Das erfährt man von Freunden und Bekannten, erst in Marokko und dann auch hier an jeder Straßenecke", sagt er. Aber Anrufe von hier aus nach Hause beschwichtigen die Familie und verschleiern die wahre Situation: „Ich sage meiner Familie, es geht mir gut. Sie sollen sich keine Sorgen machen. Sie verstehen nicht, daß ich kein Geld verdienen kann ohne Papiere", erklärt Charqui. Viele wollen sich, und gerade auch vor der Familie und Freunden, kein Scheitern im vielgelobten Westen eingestehen und schönen daher die Wirklichkeit, bleiben hier und versuchen weiterhin, sich irgendwie durchzuschlagen, auf daß es irgendwann klappe. Die, die die Einreise ins „Paradies Europa" per Boot wagen, hören zwar von den Risiken der Reise, „aber sie können sich die Gefahren der Überfahrt gar nicht richtig vorstellen", so Taylor. Maria Jesus Reguera Arjona, Sozialarbeiterin bei „Las Palmas Acoge", weiß von einem Videoprojekt in Guinea-Conakry, das mit drastischen Aufnahmen vor der Überquerung des Atlantiks warnt. Doch die Aussicht auf einen Verdienst, mit dem eine ganze Familie unterhalten werden kann, ist zu attraktiv. „Diese Menschen sind zu allem bereit, die meisten haben nichts zu verlieren und alles zu gewinnen", gibt Taylor zu bedenken.

Oumar Kasse, ebenfalls Mitarbeiter bei „Las Palmas Acoge", selbst gebürtiger Senegalese und nun in Gran Canaria verheiratet, betont die Notwendigkeit, die afrikanische Jugend aufzuklären. Vor allem die afrikanische akademische Elite, aber auch die Mittelklasse müßte bleiben, um das „Ausbluten des Kontinents" zu stoppen. Sie müßten begreifen: „Die Zukunft liegt in Afrika."

Jeder einzelne Europäer könne da nicht allzuviel tun. „Da sind schon die Politiker gefragt. Allerdings sind wir es, die sie wählen", räumt Rot-Kreuz-Mitarbeiter Taylor ein. Wie die Mitarbeiter von „Las Palmas Acoge" erachtet auch er ehrliche Investitionen und Geschäftsbeziehungen zwischen Europa und Afrika als wichtige, langfristige Lösungsansätze. Bis dahin müßte allerdings ein zielgerichtetes und effektives Konzept für Entwicklungshilfe gefunden werden, daß die Korruption in den afrikanischen Oberschichten umgehen könne.

Und was hilft auf die Schnelle, welche Lösungen könnten da greifen? Taylor denkt kurz nach, bevor er sich äußert. „Ich denke, die Grenzkontrolle durch ‚Frontex' (siehe Kasten rechts) ist zumindest von menschlicher Seite her gesehen ein positiver Ansatz. Denn immerhin werden damit weitere Opfer verhindert." Letztlich werde damit auch den Menschenhändlern, die die Überfahrt verkaufen, ein Strich durch die Rechnung gemacht. „Wir dürfen bei all den Diskussionen nicht vergessen, daß es Menschen sind, die hier ankommen. Und wenn man bedenkt, daß da größtenteils die normale Mittelklasse Afrikas ohne Hab und Gut in miserablem Zustand hier ankommt, dann läßt sich vage erahnen, wie dort drüben die Situation ausschaut", schließt Taylor. Daß es zwischen der Lokalbevölkerung und den Einwanderern zu Mißverständnissen und Reibereien kommen kann, erklärt Taylor mit verschiedenen Sitten: Zwar sind vor allem die Afrikaner aus den südlicheren Regionen sehr höflich, doch haben sie beispielsweise die für Europäer befremdliche Eigenschaft, mit einem zischenden „tsts" – Taylor imitiert es lachend – „statt einem ‚Entschuldigen Sie bitte' um Aufmerksamkeit zu bitten."

„Die Ängste der Europäer vor so vielen Fremden kann ich schon verstehen", meint Marta Rodriguez, „aber wir können von den Ankömmlingen Werte vor Augen geführt bekommen, die hier immer mehr ins Vergessen geraten: Zuhören, Respekt, Hilfsbereitschaft. Und in Afrika wirft man nichts weg."

Chancenlos in Afrika

Wie könnte man denn verhindern, daß immer mehr Menschen aus Afrika kommen? In seinem frisch gelernten Spanisch mit französischem Akzent meint der Marokkaner Charqui kurz: „Europa muß helfen." Der 30jährige ist für 1500 Euro von einem großen Fischereischiff auf die Kanaren mitgenommen worden, für ihn schon ein kleines Vermögen. In Marokko hat er sich mit Taxifahren die „Eintrittskarte" verdient. Nun wartet er auf seine Legalisierung, wenn er nur drei Jahre einen festen Wohnsitz in Spanien nachweisen kann. Damit sieht es allerdings nicht so rosig aus. Denn er hat sich bei seinem ersten illegalen Einreiseversuch vor anderthalb Jahren bereits einen Abschiebungsbefehl eingehandelt. Früher habe er als Fischer in Marokko ganz gut verdient, aber mittlerweile bringe das nichts mehr ein. Denn „in Marokko gibt es zwar Arbeit, aber kein Geld", erklärt sein ebenfalls aus Marokko stammender Freund Driss und fährt fort: „Ich habe zwölf Stunden am Tag gearbeitet und hatte abends dann 100 Dirham verdient, das sind ungefähr neun Euro." Und das, obwohl Driss eine technische Ausbildung als Mechaniker hat. „Afrika und auch Marokko brauchen geschäftliche Kontakte mit Europa", so Driss.

Wie Deutschland seine Grenzen schützt

Durch den zunehmenden Flüchtlingsstrom aus Afrika an die Küsten Südeuropas müssen sich die nördlicher gelegenen Staaten Europas auf eine Weiterwanderung der dort an Land gegangenen Menschen einstellen. Hier versucht die Bundesregierung einerseits das Ideal eines freiheitlichen Europas zu leben und andererseits den Anforderungen der inneren Sicherheit gerecht zu werden. Obwohl an den Grenzen Italiens und Österreichs die ersten Schleuserbanden mit weiterreisenden Afrika-Flüchtlingen aufgegriffen wurden,

Migration soll in Herkunftsländern bekämpft werden

herrscht laut Bundesministerium des Inneren jedoch keine erhöhte Alarmbereitschaft. Man bekämpfe die „unerlaubte Migration" aus „Effizienzgesichtspunkten bereits in den Herkunfts- und Transitländern". Zwar läßt die Tatsache, daß in diesem Jahr erheblich mehr Afrikaner als zuvor ihr Glück in Europa suchten, an dem Erfolg der Strategie zweifeln, doch die Bundesrepublik hält weiter unbeirrt an ihr fest.

Auf deutscher Seite arbeiten hier das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Zoll, Finanzkontrolle Schwarzarbeit, sowie der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Auswärtige Amt zusammen. Sollten gewerbsmäßige Schleuser gefaßt werden, müssen sie laut Paragraph 96 ff. Aufenthaltsgesetz mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren rechnen.

Da Schleuserbanden grenzüberschreitend aufgebaut sind, gibt es seit dem 1. Mai 2005 die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union", kurz „Frontex", mit Sitz in Warschau. Im Rahmen ihrer Aufgaben organisiert „Frontex" gemeinsame Abschie-

Bund sieht sich für Bootsflüchtlinge nicht zuständig

bungen durch mehrere Mitgliedstaaten und unterstützt Mitgliedstaaten im Bedarfsfall beim Schutz der Außengrenzen. So kündigte im Mai die EU-Kommission den Einsatz einer „schnellen Eingreiftruppe" von „Frontex"-Mitarbeitern an, nachdem Spanien die EU um Hilfe bei der Eindämmung des Flüchtlingsstroms aus Afrika gebeten hatte.

Zu den Aufgaben von „Frontex" zählen die Koordinierung der operativen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie deren Unterstützung in schwierigen Situationen und bei „gemeinsamen Rückführungsaktionen". Daneben soll die Agentur Standards für die Ausbildung von Grenzschutzbeamten festlegen, Risikoanalysen durchführen und die relevante Forschung beobachten.

2005 lag der Jahresetat der Agentur bei rund 6,3 Millionen Euro. Bis 2009 soll das Budget allerdings schnell bis auf 30 Millionen Euro steigen. Der „Frontex"-Haushalt speist sich aus Zuschüssen der EU, Beiträgen von Ländern, die im Zusammenhang mit dem Schengen-Abkommen assoziiert sind, sowie aus Gebühren für Dienstleistungen und freiwilligen Beiträgen. *Bel*

Hauptschüler scheitern schon in jungen Jahren

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat vor einigen Wochen der wiederentdeckten Unterschicht unterstellt, daß ihr der Antrieb zum gesellschaftlichen Aufstieg fehle.

Ein Blick auf die Bilanz der Hauptschulen offenbart, daß ein großer Teil der Schüler schon hier die Chance auf einen gesellschaftlichen Aufstieg aus den unterschiedlichsten Gründen verliert. So schnitten vor allem die Hauptschulen 2003 beim internationalen Bildungsvergleich „Pisa“ beim Leseverständnistest katastrophal ab. 51,4 Prozent der 15jährigen konnten die Aufgaben nur teilweise beziehungsweise gar nicht lösen. Bei den Realschulen hatten hingegen nur 12,2 Prozent und bei den Gymnasien 0,7 Prozent der Jugendlichen ein Problem mit den Aufgaben.

Zudem sei die Chance auf einen Hauptschulabschluß von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, wie das „Institut der

Ein sozialer Aufstieg ist wegen schlechter Bildung unmöglich

deutschen Wirtschaft Köln“ belegt. So würde in Berlin jeder dritte Hauptschulabgänger die Schule ohne Abschluß verlassen, während es in Baden-Württemberg nur jeder 15. sei.

Diese Unterschiede seien keineswegs mit der naturgegebenen Intelligenz der Kinder, sondern mit den unter den Bundesländern sehr unterschiedlichen Anforderungen und dem Sozialgefüge zu erklären. So lebten schließlich gerade in der sozialschwachen deutschen Hauptstadt viele Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten und überproportional viele Kinder aus Migrantenfamilien.

Wenn die Schule versagt, versuchen die Länder auf unterschiedlichste Weise die jungen Menschen für den Beruf fit zu machen. So hätten allein 2004 426 000 junge Leute – bundesweit jeder vierte ehemalige Hauptschüler – schulische oder außerschulische Berufsvorbereitungsmaßnahmen absolviert, die die Länder laut „Institut der deutschen Wirtschaft Köln“ rund 3,4 Milliarden Euro gekostet hätten. Blickt man jedoch auf die Ergebnisse der Maßnahmen, so soll noch nicht einmal ein Drittel der Teilnehmer eine Berufsvorbereitung im Anschluß eine Lehre begonnen haben. *Bel*

Unüberlegt und einseitig

Auswahlprozeß der Eliteuniversitäten läßt einige Fragen aufkommen

Von George Turner

Drei deutsche Universitäten dürfen sich nun als Eliteuniversitäten fühlen. Nach einem bereits abgeschlossenen Auswahlverfahren können später weitere dazu kommen. Positiv bewertet wurden bisher Anträge auf Einrichtung von Graduiertenschulen zur Förderung von Doktoranden und Forschungscluster, das heißt großen, vernetzten Forschungsvorhaben. Mindestens je einmal muß eine Universität in diesen Bereichen erfolgreich sein, bevor sie in die dritte Stufe gelangt, bei der es um den Elitestatus geht. Entscheidend ist dann das vorgelegte Zukunftskonzept. Es ist also gar nicht über das entschieden worden, was bereits geleistet wurde, vielmehr stand das zur Debatte, was man in Angriff nehmen will. Nun ist dies bei Anträgen um Fördermittel üblich. Solche Anträge hängen auch nicht in der Luft, sondern bauen in der Regel auf Vorleistungen auf. Dennoch bleibt festzuhalten, daß Vorhaben beurteilt worden sind, nicht bereits abgeschlossene Leistungen. Deshalb ist es mindestens irreführend, davon zu sprechen, daß den Auserwählten der Elitestatus zuerkannt worden sei; sie berechtigen zu Hoffnungen und haben Chancen, im internationalen Konzert von Spitzenuniversitäten mitzuspielen. Mehr konnte nicht gesagt werden. Das ist trotzdem eine ganze Menge. Warum dann die Aufregung in anderen Universitäten und bei Politikern?

Bei der Auswahl einer kleinen Zahl von Spitzenuniversitäten entsteht der Eindruck – beziehungsweise wird durch die Berichterstattung erweckt –, daß eine deutliche Zäsur zwischen den Universitäten bestehe. Daß aber gerade keine klare Trennlinie gezogen werden kann, wird belegt durch die Tatsache, daß Graduiertenschulen und Forschungscluster an 19 Universitäten bewilligt worden sind. Es gibt also nicht etwa einen Qualitätsunterschied derart, daß nur an den Universitäten in München und Karlsruhe Exzellenz vorhanden beziehungsweise zu erwarten wäre. In München sind vier beziehungsweise drei „Leuchttürme“, in Karlsruhe zwei ausgemacht. Wo aber ist der Unterschied zu Aachen mit drei und Bonn, Gießen, Dresden, Heidelberg und der Medizinischen Hochschule Hannover mit je zwei? Auch diejenigen, die nur mit einem Antrag erfolgreich waren (Kiel, die Berliner FU, TU und HU, Göttingen, Frankfurt, Würzburg, Mannheim, Erlangen-Nürnberg, Freiburg und Konstanz), liegen nicht etwa meilenweit zurück.

Der Wettbewerb um Graduiertenschulen und Forschungsschwerpunkte hat zu erfreulichen Aktivitäten in den Hochschulen geführt. Die Entscheidungen über die Graduiertenschulen und die Exzellenzcluster sind ebenso zu akzeptieren wie andere Urteile über Anträge auf Förderung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat haben sich über Jahrzehnte in solchen Prozessen bewährt.

Von der Politik wurde entschieden, eine dritte Stufe vorzusehen, nämlich die Kür von Spitzen- beziehungsweise Eliteuniversitäten. Das konnte den Eindruck erwecken, als erwarte man, daß es Universitäten gäbe, die als Ganze exzellent seien. Das werden selbst die drei Sieger nicht für sich in Anspruch nehmen. Das eine oder andere Fach ist an anderer Stelle mindestens ebenso gut, möglicherweise sogar besser aufgestellt. Den Politikern in Bund und Ländern mußte klar sein, daß es Verlierer unter den 16 Ländern geben würde, als sie sich darauf einließen, daß „bis zu zehn“ Universitäten als Ganze gefördert werden sollten.

Das Geschrei zum jetzigen Zeitpunkt kommt zu spät. Aus der Staatskanzlei eines norddeutschen Flächenstaates war vorab zu hören, daß entscheidend sei, ob man in den beiden ersten Förderstufen dabei sei; der Elitestatus interessiere gar nicht so sehr. Das zeugt von einer bemerkenswerten Ahnungslosigkeit, wie die Entscheidungen von Wettbewerben in der Öffentlichkeit aufgenommen und verarbeitet werden: Da werden aus dem Sport übernommene Begriffe eingesetzt. Die Differenzierung in eine 1. Liga und Absteiger ist fast zwangsläufig.



Elitenschmiede? Nach einem bundesweiten Auswahlverfahren wurde die Karlsruher Universität als eine von drei sogenannten Eliteuniversitäten ausgewählt. Foto: vario-press

Auch die Universitäten haben es versäumt, rechtzeitig auf die Tücken des Verfahrens aufmerksam zu machen. Bei der Hochschulrektorenkonferenz hat das sehr persönliche Gründe: Der Präsident war zu der Zeit, als man den Finger hätte heben müssen, zurückgetreten. Der amtierende Vizepräsident und ein anderes Mitglied des Präsidiums, das sonst seiner Stimme Nachdruck zu verleihen versteht, waren mit ihren Universitäten (Aachen und Heidelberg) unter den zehn in der Vorrunde. Warum sollten ausgerechnet sie das Verfahren in Frage stellen. Andere, deren Institutionen nicht mehr im Rennen waren (von 27 Universitäten aus zehn Ländern waren zehn in die Vorauswahl gekommen), hätten sich bei einer Intervention dem Vorwurf ausgesetzt, schlechte Verlierer zu sein.

Richtig nämlich wäre gewesen, die dritte Stufe auszusetzen oder sie gar nicht in Angriff zu nehmen. So wirkt das Verfahren planwirtschaftlich. Und das ist auch kein Wunder. Gestartet wurde es nämlich Anfang 2004 von der früheren Bundesbildungsministerin Bulmahn, SPD, mit der absurden Vorstellung, eine Spitzenuniversität neu zu gründen. Im Lauf der Diskussion kam man dann auf fünf, letztlich auf die Vorgabe „bis zu zehn“. Als ob man eine solche Zäsur willkürlich vornehmen könnte. Spitzenuniversitäten werden nicht ernannt, sondern entwickeln sich. Eine Unzahl von mehr oder weniger glücklichen Versuchen, Universitäten zu „ranken“, führt immer wieder zu der Erkenntnis, daß man nicht ganze Institutionen vergleichen kann, sondern immer nur Fächer oder Fachgruppen. Danach kann man eine grobe Einteilung derart vornehmen, daß Fächer an bestimmten Universitäten „Spitze“ sind, an anderen ordentlicher Durchschnitt und an einigen auch einmal weniger gut. Wenn man nach den Bewilligungen in den ersten beiden Förderstufen die Ergebnisse abgewartet hätte, wären die bereits vorhandenen Erkenntnisse von Rankings vermutlich größtenteils bestätigt worden. Eine nicht von vornherein feststehende Zahl von Universitäten hätte dann mehr herausragende Bereiche als andere. Die Entwicklung zu Spitzenuniversitäten wäre organisch verlaufen. So ist es auch in der Geschichte der uns ständig als Vorbild vorgehaltenen US-amerikanischen Eliteuniversitäten gewesen. Sie sind weder vom Himmel gefallen noch durch wen auch immer in den Adelsstand erhoben worden. Sie haben sich entwickelt – step by step.

Der Röhm-Putsch ist keine Legende

Adolf Hitler kam mit der Enthauptung der SA einem Staatsstreich des SA-Chefs zuvor

Von Werner Maser

Immer wieder wird kolportiert, daß Ernst Röhm, Hitlers langjähriger Intimus und Stabschef der nationalsozialistischen Bürgerkriegstruppe SA, die erheblich zu Hitlers Machtübernahme beigetragen hatte, am 30. Juni 1934 auf Anweisung Hitlers zusammen mit zahlreichen seiner Unterführer von SS-Leuten erschossen worden sei, nur weil Hitler in ihm ein Hindernis bei der Durchsetzung seiner Innenpolitik sah, zu der 1934 die Entmachtung der SA zugunsten der SS und der Reichswehr gehörte. Daß Röhm mit seinem rund 400000 Mann umfassenden Machtapparat gegen Hitler und die Reichsregierung habe putschen wollen, so ist nach wie vor tatsachenwidrig zu lesen, sei eine Legende.

So schrieb die deutsche Zeitschrift „Cicero", das „Magazin für Politische Kultur", in ihrer April-Ausgabe dieses Jahres unter der Überschrift „Die SS war es" unter anderem: „Im Juni 1934 wurde (...) die SA-Führung in der ‚Nacht der langen Messer' unter Annahme eines angeblichen ‚Röhm-Putsches' von der SS auf Weisung Hitlers umgebracht. Beim sogenannten Röhm-Putsch streute die SS gezielt Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch der SA und betonte die – seit langem bekannte – homosexuelle Veranlagung Röhms. Anläßlich einer Führertagung der SA ließ Adolf Hitler dann am 30. Juni 1934 fast die gesamte SA-Führung durch die SS in München-Stadelheim liquidieren. Ernst Röhm kam der Aufforderung zum Freitod in seiner Zelle (Überlassung einer Pistole zu diesem Zweck) nicht nach und wurde dann von zwei SS-Unterführern in seiner Zelle erschossen."

Diese Version lebt nunmehr seit 72 Jahren und wird selbst von Professoren weitergereicht, die für sich in Anspruch nehmen, die Zeitgeschichte darzustellen, wie sie „wirklich gewesen" ist. So behauptet beispielsweise der Germanistik-Dozent und Träger des „Friedenspreises des Deutschen Buchhandels" Joseph Peter Stern, daß die Erschießung Röhms und seiner Unterführer ausschließlich einem besessenen „Vernichtungsdrang" Hitlers entsprossen sei. Die zweifelsfrei nachweisbaren historischen Vorgänge widerlegen ihn und seine Adepten.

Initiator der „Massaker von 1934" im Rahmen der Röhm-Affäre war nicht Hitler, wie Stern tatsachenwidrig behauptet, sondern Ernst Röhm, der – wie zahlreiche seiner Getreuen – dafür mit dem Leben bezahlen mußte. Seit dem 10. März 1933 hatte Hitler (im Gegensatz zu dem von Stern plakatierten „Vernichtungsdrang" Hitlers) dem „Ende der Revolution" das Wort geredet und die SA und SS aufgefordert, die Revolution nicht als „permanenten Zustand", sondern als einen Strom zu sehen, der „in das sichere Bett der Evolution" hinübergeleitet werden müsse, wie er den Reichsstatthaltern am 6. Juli 1933, dem Tag nach der Selbstauflösung des Zentrums, eindringlich erklärte. Seine Mahnung, künftig nicht mehr herumzusuchen, wo es „noch etwas zu revolutionieren" gebe, war nicht nur an die Reichsstatthalter gerichtet.

Ernst Röhm und seine Bürgerkriegstruppe SA, in der die Hoffnung auf eine soziale Revolution seit 1930 schwelte, sahen sich ausgenutzt und aus dem ersten Glied verdrängt. Daß die Parteiorganisation, die 13 Jahre zuvor geschaffen worden war, um Angriffe zu führen, Widerstände gewaltsam zu brechen und Gefahren abzuwehren, nun gezügelt und mit anderen Aufgaben vertraut gemacht werden sollte, wollte Röhm nicht akzeptieren. Hitlers Aufforderung an die SA, von nun an die „deutschen Menschen für diesen Staat" zu erziehen, was eine „Riesenarbeit" für die „kommenden Jahrzehnte des deutschen Volkes" sein werde, zumal die NSDAP die einzige noch verbliebene politische Partei sei, nachdem „wir alles andere beseitigten", meinte Röhm, auf eine besondere Weise interpretieren zu dürfen.

Adolf Hitler und Ernst Röhm im Jahr der „Machtergreifung": Daß der SA-Chef eine „zweite Revolution" wollte, führte zum tödlichen Zwist. Foto: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

Um seine stürmisch nach Futterkrippen und Machtpositionen drängende Bürgerkriegstruppe SA nicht nur weiterhin unter Kontrolle zu haben, sondern sie auch durch vielversprechende Bestimmungen über ihre weitere Verwendung im innenpolitischen Rahmen neu zu motivieren, griff er, der eingefleischte Offizier mit Loyalitätsproblemen gegenüber seinen Vorgesetzten und Obrigkeiten, zu einer Maßnahme, die Hitler und der gesamten NS-Führung schon zu der Zeit zur äußersten Vorsicht hätten mahnen müssen. Hitlers bemerkenswerte öffentliche Äußerung, daß die Beseitigung aller anderen politischen Parteien und Organisationen der NSDAP eine „ungeheure Verantwortung" aufgebürdet habe, hatte den obersten SA-Führer auf die kühne Idee gebracht, die SA als Kontrollinstanz gleichrangig und souverän neben die – von ihm in einer unmißverständlichen Handskizze als wesentlich schwächer als seine SA dargestellte – Regierung zu stellen.

Ein Rundschreiben vom 15. Januar 1934 schafft Klarheit

So erklärte er am 15. Januar 1934 in einem sechsseitigen Rundschreiben mit diversen konkreten Anweisungen im Verfügungsstil, das der Reichsstatthalter in Bayern, der bayerische Ministerpräsident, das bayerische Innenministerium, das bayerische Justizministerium, der Kommandeur der Politischen Polizei Bayerns, Heinrich Himmler, der Leiter der Politischen Organisation (P.O.) und der Gauleiter von Bayern zur „Kenntnis" zugeleitet bekamen: „Der nationalsozialistische Staat hat durch Beseitigung der Parteien auch jede öffentliche Opposition beseitigt. So wünschenswert dies nach dem Führerprinzip ist, so darf doch die Möglichkeit für Anregungen und notwendige Verbesserungen nicht ausgeschaltet werden. Diese Aufgabe haben als Wächter und Garanten der durch die nat.soz. Revolution erkämpften Volksgemeinschaft SA-Führer zu erfüllen, die den staatlichen Verwaltungsbehörden zugeteilt werden."

Röhm, einer der ganz wenigen Gefährten Hitlers, die ihn duzen durften, war angesichts seiner vorausgegangenen Leistungen für Hitler und die NSDAP nicht bereit, Hitlers Warnungen ernst zu nehmen. Die SA wurde am 28. Juni 1934 mobilisiert. Ende Juni verließen tausende SA-Männer weisungsgemäß ihre Arbeitsplätze, um zum „Einsatz" zur Verfügung zu stehen. Um hier nur drei Beispiele anzuführen: In Chemnitz marschierten SA-Formationen in militärischer Manier, mit Feldküchen im Gefolge, zum Adelsberg zu einem „Manöver". Vier Lastwagen mit Gewehren, Pistolen und Maschinengewehren mußte die Schutzpolizei allein im SA-Bezirk Hanau aus dem Verkehr ziehen. Im ostpreußischen Norkitten, wo ich Röhm am 1. Mai 1933 als elfjähriger Schüler „begegnet" bin, biwakierte der dortige SA-Sturm auf dem Sportplatz „SVN-Norkitten" und übte an einer Geschützattrappe und an einer Feldhaubitze aus dem Ersten Weltkrieg, wobei mein 20jähriger und zuvor wochenlang von Weltkriegsveteranen notdürftig zum „Artilleristen" ausgebildete Bruder als „K 5" eingeteilt worden war.

Der Berliner SA-Gruppenführer Karl Ernst, einer der maßgeblichsten „Unterführer" Ernst Röhms, hatte sich am 29. Juni mit seiner ihm eben angetrauten Ehefrau in Bremen auf ein Schiff begeben, um zu den Flitterwochen nach Teneriffa zu reisen, wozu es jedoch nicht kam; denn auf Veranlassung Görings, der ihm am 13. Oktober 1945 in einem Kreuzverhör in Nürnberg nachsagte, 1933 für die „wilden KZ-Lager" verantwortlich gewesen zu sein, wurde er vom Schiff geholt und festgenommen. 40000 Reichsmark und ein schriftlicher Auftrag Röhms, nach seinen Flitterwochen in Paris als Botschafter einer von Röhm kontrollierten Regierung fungieren zu sollen, befanden sich in seinem Reisegepäck, wie seine Witwe mir mehrfach bestätigte. Die immer wieder kolportierten Behauptungen, daß lediglich von einem „angeblichen Röhm-Putsch" die Rede sein könnte, verfälschen die Geschichte.

Die »Mobilisierung« der SA endete in einer Katastrophe

Röhms Rundschreiben vom 15. Januar 1934 spricht eine unmißverständliche Sprache, auch wenn er geschickt vorgab, als bevollmächtigter Regierungsexponent zu handeln. Seine nur dem Scheine nach gesetzeskonforme Machtdelegierung an seine Unterführer und seine Drohung, sich künftig „überall rücksichtslos durchzusetzen", ließ spätestens seit Januar 1934 mehr als nur ahnen, welches Endziel er im Auge hatte. Doch die fünf Monate währende Vorbereitungszeit hat nicht ausgereicht, das Ziel zu erreichen. Seine „Mobilisierung" endete in einer Katastrophe.

Der 1922 im ostpreußischen Paradeningken geborene Autor gilt als einer der renommiertesten Hitler-Biographen. Seine Werke sind in über 50 Sprachen übersetzt. Zuletzt wurde sein Standardwerk „Nürnberg – Tribunal der Sieger" bei Edition Antaios neu aufgelegt. Dieser Artikel erschien erstmals in der „Aula" (7-8/2006).

»Uns Uwe« wird 70 Jahre alt

Uwe Seeler ist auch ohne WM-Titel einer der beliebtesten deutschen Fußballer geworden

Von Manuel Ruoff

Man mag es kaum glauben, aber kommenden Sonntag vollendet der seit dem Tode Fritz Walters mittlerweile älteste unter den Ehrenspielführern der deutschen Fußballnationalmannschaft sein 70. Lebensjahr. „Uns Uwe", wie ihn nicht nur seine Hamburger Mitbürger liebevoll nennen, kam am 5. November 1936 als drittes Kind von Erwin und Anni Seeler im Hamburger Stadtteil Eppendorf zur Welt. Mit dem vereinsmäßigen Fußballspielen begann der Mittelstürmer bereits mit neun Jahren beim Hamburger Sport-Verein (HSV). Ungeachtet seiner Erfolge und trotz Abwerbungsversuchen sollte der Hamburger zeit seiner sportlichen Laufbahn seinem HSV treu bleiben, was sicherlich zur Popularität des bescheidenen Hamburgers beigetragen hat.

Bereits mit 16 Jahren spielte Seeler in der ersten Mannschaft seines Vereins. Es bedurfte extra einer Sondergenehmigung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), daß das Ausnahmetalent bereits ab 1954 in der seinerzeit höchsten Liga, der Oberliga, regelmäßig spielberechtigt war.

Noch im selben Jahr wurde er – so jung wie kein anderer in der DFB- Geschichte – Mitglied der Nationalmannschaft, allerdings erst nach deren legendärem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft in Bern. So blieb Seeler im Gegensatz zu den anderen Ehrenspielführern der deutschen Fußballnationalmannschaft ohne WM-Titel. Daß er trotzdem in diesen kleinen, erlauchten Kreis aufgenommen wurde, spricht für sich.

Sein größter Erfolg mit der Nationalmannschaft, deren Kapitän er 1961 wurde, war 1966 der Vizeweltmeistertitel. Das Finale gegen die britischen Gastgeber, das durch das umstrittene Wembleytor entschieden wurde, ist Legende. Das herzbewegende Bild des geschlagenen Spielführers, der sichtbar sein Letztes gegeben hat, ging um die Welt. Bei der WM 1970 gelang Seelers Mannschaft die erfolgreiche Revanche. In der 82. Minute gelang dem Kapitän mit dem Hinterkopf das 2:2, das Deutschland die Verlängerung brachte, aus der es mit einem Tor von Gerd Müller als Sieger hervorging. Das Tor zum Halbfinalspiel gegen Italien, das 4:3 verlorenging, aber ein „Jahrhundertspiel" wurde, war geöffnet. Nach der Mexiko-WM und seinem 72. Länderspiel, mit dem er den seit 1942 bestehenden Rekord Paul Janes' brach, beendete Seeler am 9. September 1970 seine Karriere als Nationalspieler.

Wie auf der internationalen Bühne mit der Nationalmannschaft setzte Seeler auch mit seinem HSV auf nationaler Ebene Maßstäbe. Mit 137 Bundesliga- und 21 Europapokaltoren dürfte er noch immer der erfolgreichste Torschütze seines Vereins sein. Nach 239 Bundesliga- und 29 Europapokalspielen beendete Seeler 1972 mit einem Spiel des HSV gegen eine Weltauswahl nach seiner Nationalmannschaftsnun auch seine Vereinskarriere.

Als sich sein HSV Mitte der 90er Jahre in einer schweren Krise befand, ließ Seeler sich als deren Präsident in die Pflicht nehmen. Im Gegensatz aber zu Franz Beckenbauer bei Bayern München agierte Seeler nur mit wenig Fortune, so daß die Präsidentschaft nur drei Jahre währte. Der ausbleibende Erfolg als Vereinspräsident änderte jedoch nichts an der großen Popularität, der sich der Hamburger nicht nur, aber vor allem in seiner Heimatstadt erfreut. So ließen seine Mitbürger den Vater dreier Töchter 2003 mit der Ehrenbürgerschaft ihre über den Sport hinaus höchste Ehrung zuteil werden.

Beängstigend

Entwicklung der Globalisierung

Kolossal, rücksichtslos, überwältigend rasen die wechselnden Großmächte vor den Augen des Lesers vorbei. Teils hingerissen, teils zwischen Angst und Erschöpfung schwankend reißt der „Spiegel“-Redakteur Gabor Steingart seine Leser in einen „Weltkrieg um Wohlstand“, der zeigt „wie Macht und Reichtum neu verteilt werden“. Gleich im Vorwort stimmt der Autor auf Krieg ein und zeigt auf, wo wir stehen. „Die Globalisierungsbilanz ist für den Westen gekippt. Die Angreiferstaaten konnten in den vergangenen zwei Jahrzehnten den produktiven Kern ihrer Volkswirtschaften, also jene Sphäre, in der Kapital und Arbeit miteinander reagieren, um den Wohlstand einer Nation zu mehren, spürbar vergrößern.“

Steingart beginnt mit dem Zeitalter der Industrialisierung und zeigt auf, wie Großbritannien zur Großmacht wurde, warum es den Staffelstab allerdings erst mit Deutschland teilen, dann ganz an die USA weiterreichen mußte. „Die britische Krone aber wollte nichts hören und nichts sehen. Sie litt an einem heftigen Kolonialfieber, auch wenn die Eroberungszüge zunehmend einem Substanzverzehr gleichkamen. Die Siege, die England über andere Völker feierte, waren getarnte Niederlagen, denn sie gingen mit einer Erosion der ökonomischen Macht einher.“

Auch wenn Steingart im großen nichts Neues erzählt, so überzeugt und erschlägt er zugleich durch Kompaktheit, Informationsfülle und Anschaulichkeit. „Auch den hohen Wachstumsraten der Vereinigten Staaten ist nicht so ohne weiteres zu trauen. Sie sind auch eine Folge der hohen privaten und staatlichen Schuldenaufnahme.“

„Der große Nationalheilige der Chinesen Mao Zedong hat eigentlich nur ein Verdienst erworben, das die Jahrhunderte überdauern wird. Von dieser Tat ist unklar, ob er sie aus Versehen oder mit Bedacht begangen hat. Er ließ dem späteren Reformer Deng Xiaoping alle nur mögliche Schmach antun. Aber er ließ ihn am Leben.“ Sogar Humor ist dem Autor trotz des komplizierten Themas nicht fremd, und so liest sich das Wirtschaftsbuch ungewöhnlich flott. „Weltkrieg um Wohlstand“ ist zum Bestseller avanciert, mußte aber auch Kritik einstecken: Zu zugespitzt seien die Darstellungen, zu einseitig die Schlußfolgerungen. Und tatsächlich neigt Steingart dazu, wenn er den Aufstieg der Asiaten schildert, nur die negativen Folgen für den Westen mitzuteilen und nicht daraufhinzuweisen, daß auch der Westen neue Absatzmärkte für seine Produkte hat – die allerdings, wie ausgeführt, inzwischen immer mehr dort produziert werden.

Warum achtet der Westen auf Umweltschutz, aber nicht auf Schutz von Arbeitnehmern, fragt der Autor. Indem wir zulassen, daß China, Indien und Co. ihre Menschen ausbeuten, um uns billige Produkte zu liefern, würden wir unsere humanen Arbeitsplätze opfern und unsere Arbeitnehmer in die Armut treiben. Steingart kritisiert den absoluten Freihandel, der in der Praxis aber nur vom Westen gelebt werde. So dächte China nicht daran, seine Märkte für Konkurrenzprodukte zu öffnen, während der Westen sich auf den heimischen Märkten „nackig mache“ und sein Wissen viel zu naiv den Asiaten preisgebe. *R. Bellano*

***Gabor Steingart: „Weltkrieg um Wohlstand – Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden“**, Piper, München 2006, geb., 397 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5790*

Unter Mitläufern

Joachim Fests Erinnerungen berichten von gelebten preußischen Tugenden



Wohl keiner hat den Blick aus der Gegenwart auf Adolf Hitler so geprägt wie Joachim Fest. Der am 11. September dieses Jahres verstorbene ehemalige Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat uns als letzte Schrift unter dem Titel „Ich nicht“ seine Erinnerungen an Kindheit und Jugend hinterlassen.

1926 geboren, wuchs Fest in Berlin-Karlshorst auf. Seine Eltern gehörten dem katholischen Bildungsbürgertum an. Man könnte vermuten, betrachtet man Joachim Fests Ruf als zurückhaltender intellektueller Preuße, er habe eine Kindheit als immerwährendes Kommunionskind in tiefer Demut geführt. Weit gefehlt: Der junge Fest war aufsässig, hitzig und schrammte als Schüler immer wieder an Schulverweisen vorbei.

Während die meisten Kinder im Dritten Reich eine nationalsozialistische Erziehung in der Schule oder zumindest in Jungvolk und Hitlerjugend durchliefen, prägte Fests Vater früh seine Söhne in der Haltung, daß aus dem Nationalsozialismus auf Dauer nichts Gutes erwachsen könne. Ein lateinischer Sinnspruch des Vaters begleitet Joachim Fest und seine Brüder fortan: Auch wenn alle mitmachen, ich nicht!

Der Vater, von Beruf Lehrer, wurde wegen politischer Unzuverlässigkeit früh aus dem Schuldienst entlassen. Joachim Fest selbst wurde wegen einer despektierlichen Hitler-Karikatur von der Schule verwiesen.

Das zuvor bürgerliche Karlshorst entwickelte sich – zumal nach den ersten erfolgreichen Kriegsverläufen im Westen – zu einer Siedlung der Mitläufer.

Die Begeisterung hatte selbst gottesfürchtige Menschen erreicht: Der Führer Hitler galt manch einem als von Gott gesandt.

Wiederholt wurde die Familie Fest vor Besuchen der Gestapo anonym gewarnt. Erst nach dem Krieg – es sind die Jahre des „kommunikativen Beschweigens“ und der Schuldabwehr – sollte herauskommen: Der Blockwart des Viertels hatte die Familie Fest geschützt.

Kurios: Der frühere Blockwart leugnete zunächst die Wohltat. Er sei kein Verräter, er habe dem Führer die Treue geschworen. Erst spät gab er die Warnanrufe zu, er sei „kein Schurke“, werde aber noch lange an dem Treubruch zu tragen haben.

Joachim Fests Jugenderinnerungen sind wohl in erster Linie die Erinnerungen an einen Vater, der sich konsequent gegen das NS-Regime gestellt hat, und – das macht den Wert dieser Haltung aus – der sich auch nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nicht wie einige zurückgekehrte Emigranten hat für „politische Entscheidungen bezahlen lassen“.

Joachim Fests ausgesprochen lesenswerte Erinnerungen sind erschütternd, machen aber zugleich jedem Mut, der etwas für gelebte preußische Tugenden auf christlicher Basis übrig hat. *Bernhard Knapstein*

***Joachim Fest: „Ich nicht – Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend“**, Rowohlt Verlag, Reinbek 2006, geb., 368 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5797*

Die Familie Medici intim

Sohn der Dynastie verbindet Familiengeschichte mit Porträt der Renaissance



Die Medici, eine große Florentiner Familie, die die europäische Geschichte und Kultur entscheidend beeinflußt hat. Zahllose Bücher sind über die Medici geschrieben worden.

Geschichtsbücher, historische Romane, Liebesromane und viele mehr. Doch wer könnte besser die Zeiten der italienischen Renaissance und die schillernde Vergangenheit der Medici schildern als ein Sohn der berühmten Dynastie selbst.

Lorenzo di Medici berichtet in der fesselnden Biographie „Die Medici – Die Geschichte meiner Familie“ über die berühmtesten und interessantesten Mitglieder der italienischen Sippe.

„Die Nachricht von Giovanni di Medicis Wahl zum Papst traf knapp zehn Stunden später in Florenz ein. Die Stadt verfiel in einen wahren Freudentaumel. Es war nicht nur der erste Papst aus der Familie der Medici gewählt worden, sondern er war auch der erste Pontifex aus Florenz. Endlich hatte es einer von ihnen geschafft, zur höchsten Autorität der Christenheit aufzusteigen. Die Thronbesteigung wurde deshalb zu einem unglaublichen Jubelfest ... Die Florentiner vergaßen wie durch Zauberhand allen Haß, den sie so viele Jahre auf diese Familie gehegt und die sie ins Exil verbannt hatten.“

Auch auf das Leben und den Charakter der zwei anderen Medici-Päpste sowie Papst Pius' IV., der einer anderen Familie entstammte, aber das Wappen der berühmten Familie übernehmen wollte, geht Lorenzo di Medici ein.

Selbstverständlich enthält der Autor dem Leser auch die große Staatsfrau Caterina di Medici (1519–1589), Königin von Frankreich, nicht vor.

„In der über tausendjährigen Geschichte Frankreichs haben nur wenige Frauen eine so große und nachhaltige Wirkung gehabt wie Caterina di Medici. Es mag gefallen oder nicht, sie mag herabgewürdigt oder gerühmt worden sein, aber Caterina hat diejenigen, die sich mit ihrer Geschichte beschäftigt haben, nicht gleichgültig gelassen, denn sie war zweifelsohne eine der größten Königinnen des Landes ... Caterina di Medici hatte eine unglückliche Kindheit und ein leidvolles Leben, aber das konnte ihr nie ihren ausgeprägten Lebenswillen nehmen. Von ihr ist ein Bild großer Härte überliefert, das ihrem Charakter nicht entsprach.“

Lorenzo di Medici gibt in dieser Sammelbiographie vielen Mitgliedern der Dynastie Medici ein Gesicht.

Er berichtet über deren Eigenarten und zeigt den Einfluß auf, welchen sie auf die Renaissance, die Kultur, die Geschichte genommen haben.

Die Tatsache, daß der Autor selbst dieser großen Familie entstammt, macht seine Sicht der Dinge für den Leser um so interessanter und verleiht der Sammelbiographie eine persönliche Note. *A. Ney*

***Lorenzo de`Medici: „Die Medici – Die Geschichte meiner Familie“**, Lübbe, Bergisch Gladbach 2006, zahlr. Abb., geb., 319 Seiten, 24,90 Euro, Best.-Nr. 5897*

Von Beruf Unheilsverkünder

Wie Wissenschaftler mit ihren Prognosen die Welt in Angst versetzen



Es wird bei Umweltwissenschaftlern keinen Jubelschrei auslösen, sondern eher den Chor der Angsttrompeter anregen, noch kräftiger ins Katastrophenhorn zu blasen. Doch wer sich der lohnenden Mühe unterzogen und das ebenso gut recherchierte wie frech-spritzig formulierte Buch „Die Angsttrompeter“ des Chemikers Heinz Hug gelesen hat, ist gleich um mehrere Erkenntnisse reicher. Die erste ist, daß die Simplizität der Umweltmodelle negativ mit der Komplexität der Wirklichkeit korreliert. Die zweite ist, daß alle Horrorszenarien sich als theoretische Konstrukte ohne Wirklichkeitsbezug und damit als ideologische Gedankenspiele erwiesen haben. Die dritte ist, daß die Öko-Wissenschaftler keine Idealisten sind, die sich selbstlos dem Gemeinwohl hingeben und denen man blind vertrauen könnte.

Das Buch ist Aufklärung pur, ein Augenöffner und sollte Pflichtlektüre für jeden in Industrie und Wirtschaft Verantwortung tragenden Menschen sein, auch um die unheilige Allianz zwischen Politik und Wissenschaft zu verstehen. Hug greift auch in die Geschichte zurück und beraubt damit die Grünen ihrer Lebenslüge, nämlich der Behauptung, ohne sie gäbe es keinen Umweltschutz und wäre die Welt bereits untergegangen. Der moderne, sich über Horrorszenarien in Szene setzende Umweltschutz begann in den USA. Es war Richard Nixon, der 1969, inspiriert von Rachel Carsons „Der Stumme Frühling“, den „Umweltschutz“ zu einer Staatsaufgabe und zu einer Aufgabe der Nato machte und dieser eine dritte gesellschaftspolitische Dimension gab. Wenig später, 1971, erklärte die Bundesregierung den „Umweltschutz“ zur Staatsaufgabe und beauftragte damit Staatssekretär Hartkopf, der am 3. Juli 1975 Industrie und Wirtschaft auf Schloß Gymnich in die Verantwortung nahm.

Den Anstoß für die moderne pseudowissenschaftliche Katastrophenproduktion lieferte die Wissenschaft selbst, die Chemie, speziell der Zweig der Spurenanalytik. Plötzlich konnte man in Stoffen Konzentrationen nachweisen, die völlig unbekannt waren. Man stieß über den Milli- in den Mikro-, den Nano-, Pico- und Femtobereich vor. Ein Mikrogramm eines Stoffes konnte als 1000 Picogramm dargestellt und als tödliche Bedrohung hingestellt werden, obgleich das Zahlenverhältnis eins zu 1000 beträgt! Alles begann mit dem DDT, einem heute wieder gefragten Malariabekämpfungsmittel, das ein gigantisches globales Vogelsterben auslösen sollte.

Es entwickelte sich eine wissenschaftliche „Unheilverkündigungsbranche“, bei der sich der Computer als überaus nützliches Instrument erwies. Man korrelierte wild darauf los, diagnostizierte, prognostizierte und inszenierte jedwede politisch gewünschte Angst- und Katastrophenstimmung. Hug zeigt die gesamte Spannbreite an Szenarien auf, vom Rohstoffsterben des „Club of Rome“ über das Waldsterben bis hin zur Klimakatastrophe.

Alle Umwelt-Katastrophen folgen der 1971 von Margaret Mead an die Wissenschaftler gegebene Drehbuchanweisung, plausible Szenarien zu entwickeln, mit denen man die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen könne. Während man Experimente bestätigen oder widerlegen kann, entziehen sich numerische „Modellexperimente“ nach Karl Popper nicht nur der Verifizierbarkeit wie der Falsifizierbarkeit, sie sind nicht einmal multiplizierbar und aufgrund des Chaosprinzips bei der Lösung nichtlinearer Gleichungssysteme auch nicht duplizierbar.

Alle Modellrechnungen müssen geglaubt werden und sind daher eine perfekte Waffe für Ideologen, die Konstrukteure von heilen Ideal- oder Ökowelten. Den Reigen für alle über numerische Modelle geweissagten Umweltkatastrophen lieferte Jay Forster mit seinem Buch „Der teuflische Regelkreis“.

Man beherzigte auch die von George Orwell in seinem Roman „1984“ vorgeschlagene Einführung einer veränderten Sprache, dem „Neusprech“.

Mit der gezielten Veränderung des Bedeutungsinhalts von Worten könne man die Kommunikation in bestimmte Bahnen lenken und „Gedankenverbrechen“ verhindern.

Das Buch „Die Angsttrompeter“ ist ein solches Verbrechen. Dabei hat Heinz Hug nur den Chemienobelpreisträger Kary Mullis wörtlich genommen und sich an dessen Mahnung gehalten: „Wenn 99 Prozent aller Forscher einer Meinung sind, ist sie mit großer Sicherheit falsch.“ Genügte zu Zeiten der Inquisition bereits ein Gerücht zur Verurteilung, so ist bei den auf Korrelationsspielereien basierenden Umwelt-Wissenschaften bereits ein Verdacht ein Beweis. *Wolfgang Thüne*

***Heinz Hug: „Die Angsttrompeter – Dioxin im Frühstücksei, Pestizide überall und trotzdem leben wir immer länger. Die Wahrheit über die Gefahren aus der Umwelt“**, Signum Verlag, München 2006, geb., 360 Seiten, 22,90 Euro, Best.-Nr. 5898*

Getrieben

Deutsch-Ire sucht Identität



„Die Zerrissenheit ist unsere Identität.“ Mit diesem Zitat von Hans Magnus Enzensberger beginnt „Der Matrose im Schrank“, und kaum ein anderes Zitat könnte den Kern der Lebenserinnerungen des Deutsch-Iren Hugo Hamilton besser treffen als jenes.

Hugo wird als Sohn einer Deutschen und eines Iren 1953 in Dublin geboren. Während die Mutter den Geschwistern immer wieder von ihren Erlebnissen im Zweiten Weltkrieg erzählt und ihnen so zahlreiche Lebensweisheiten zu vermitteln versucht, verbietet der Vater, ein überzeugter Ire, jedes englische Wort in seinem Haus. Also wird daheim Deutsch und Irisch gesprochen und die Hamilton-Kinder gelten überall als Sonderlinge und Fußabtreter.

Für Hugo ist das Foto des Großvaters in Matrosenuniform, das der Vater im Schrank versteckt hat, ein Sinnbild für die Sturheit seines Erzeugers. Da der Großvater im Ersten Weltkrieg in der britischen Marine gedient hat, also nach dem Lebensmotto des Vaters beim Feind, wird selbst der eigene Urahn aus dem Leben der kinderreichen Hamiltons gesperrt. Während der Vater wegsperrt, ist die Mutter der Meinung, die Toten aus der Erinnerung wieder zum Leben erwecken zu müssen. Zwischen der erdrückenden Herzenswärme der Mutter und den Tobsuchtsanfällen des Vaters versucht Hugo sich selbst zu finden, doch eine Reise fort von seinem Elternhaus zeigt ihm, wie sehr er an diesem hängt.

Zerrissenheit prägt die Kindheit Hugos, der seinen Vater dafür haßt, daß er ihm das Hören der englischsprachigen Beatles untersagt, gleichzeitig aber auch dessen Anerkennung wünscht. Erst sein Studium in Deutschland hilft dem Deutsch-Iren sich zu finden. „Vielleicht muß man ein paar Jahre mit falscher Identität leben, um seinen wahren Charakter zu erkennen ... Ich habe die Identität meines Großvaters angenommen. Ich habe ihm seinen Namen und seine Lebensgeschichte wiedergegeben, und auf dem Rückweg nach Neukölln kommt es mir vor, als wäre die Stadt ein Hafen, der Hafen Berlin, und in der Sonnenallee kann ich das Meer hören. Ich kann hören, wie die Flut unter den Booten schwappt. Ich kann hören, wie die Riemen entlang der Sitzbänke an ihren Platz fallen. Und unter meinen Füßen spüre ich festen Boden.“ *Bel*

***Hugo Hamilton: „Der Matrose im Schrank“**, Knaus, München 2006, geb., 286 Seiten, 19,95 Euro, Best.-Nr. 5899*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 4. November 2006

MELDUNGEN

Neues Sportzentrum

Goldap – In der Partyzantow-Straße ist auf dem Gelände der früheren Militärreitbahn ein neuer Sport- und Erholungskomplex eingeweiht worden. Er besteht aus einer Sporthalle mit Platz für 500 Zuschauer und einem Hallenbad mit fünf Schwimmbahnen, einer 45 Meter langen Rutsche für Kinder sowie Sauna und einem Raum für Kraftsport. Die Gesamtkosten des Komplexes belaufen sich auf zehn Millionen Zloty (über zweieinhalb Millionen Euro), die größtenteils von der Europäischen Union stammen.

Biogas aus Lycks Müllhalde

Lyck – Ein dänisches Unternehmen will auf Lycks Müllhalde Biogas gewinnen. Auf der Halde wurden zu diesem Zwecke bereits 14 Bohrungen mit etlichen Metern Tiefe vorgenommen. Das Gas soll zur Stromerzeugung an Lycks regionales Elektrizitätswerk verkauft werden. Finanziert wird das Projekt ausschließlich mit Geld der dänischen Investoren. Vom Erlös des Gasverkaufs erhält die Stadt die Hälfte.

Kommendes Jahr wird Bilanz gezogen, ob sich das Vorhaben rechnet und weiterverfolgt wird.

650 Jahre Schmauch

Polnische Verwaltung würdigt zwei Vertriebene mit der Ehrenbürgerschaft

Von Klaus Frank

Gemeinsam reisten 37 Schmaucher und Angehörige in einem Omnibus zur 650-Jahr-Feier des im Kreis Preußisch Holland gelegenen Ortes Schmauch, der zur Gemeinde Göttchendorf gehört. Ein besonderer Höhepunkt war die Übergabe und Weihe eines Feuerwehrautos – es war bereits der zweite Spritzenwagen – an die dortige Feuerwehr (*PAZ* 37 und 34/2003). Schon seit vielen Jahren bestehen zwischen den vertriebenen Schmauchern sowie den heutigen Dorfbewohnern, deren Verwaltung und der dortigen Kirchengemeinde enge Verbindungen, die durch viele Zusammentreffen von Jahr zu Jahr vertieft und verbessert werden konnten. Einige Mitglieder der deutschen Volksgruppe im Kreis Preußisch Holland konnten auch schon an Treffen der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland in Itzehoe teilnehmen.

In den letzten Jahren machten die Schmaucher durch zwei außergewöhnliche Leistungen auf sich und die Kontakte zu der Gemeinde Schmauch besonders aufmerksam. So hatte Kurt Jordan vor sieben Jahren eine bis 1945 reichende Chronik des Dorfes publiziert. Gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung hatte er die 650-Jahr-Feierlichkeiten organisiert, in deren Rahmen auch ein Feuerwehrauto übergeben wurde, was nun wiederum das Verdienst von Horst Heck war. Heck hatte nach dem Kriegsende bei der Feuerwehr in Braunsdorf nahe der Lutherstadt Wittenberg gedient. Bei einem Besuch in Schmauch hatte er miterlebt, wie ein Brand im Dorf nur sehr schwer unter Kontrolle zu bekommen war. Mit seinen Freunden von der Feuerwehr war es ihm nach der Wende gelungen, ein Feuerwehrauto aus Wittenberg mit voller, ja sogar verbesserter Ausstattung der Feuerwehr in Schmauch zu schenken. Nun sollte die Übergabe und Weihe eines zweiten folgen.



Deutsche Reisegruppe an der neuen Gedenkstätte in Schmauch: Links die Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, rechts der Gedenkstein an das Jubiläum, in der Mitte die bei der Einweihung der Anlage gepflanzte Linde Foto: Frank

Die Leitung der 650-Jahr-Feier lag in den Händen von Gemeindebürgermeister Bogdan Pobiarzyn und Frau Danuta Lastowska. Als Ehrengäste mit persönlicher Einladung waren neben Horst Heck und Kurt Jordan der Ortsbürgermeister und stellvertretende Wehrleiter der Feuerwehr Braunsdorf-Reinsdorf, Reinhard Rauschning, der Chef der Feuerwache in Wittenberg Knut Stephan sowie der derzeitige Wehrleiter von Braunsdorf Thomas Heck anwesend. Ihre Grüße übermittelten zudem der Wittenberger Oberbürgermeister Eckhard Naumann, der Bundestagsabgeordnete Engelbert Wistuba und der Preußisch Holländer Kreisvertreter Bernd Hinz.

Das verlängerte Festwochenende begann am Freitag mit einer festlichen Gemeinderatssitzung in der ehemaligen Schule, in deren Rahmen die 650jährige Geschichte von Schmauch gewürdigt wurde. Höhepunkt dieser Sitzung war aber die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Kurt Jordan und Horst Heck. Diese Ehrung bedeutet eine große Anerkennung ihrer Leistungen über die Staatsgrenze hinweg, die erst durch die Verbesserungen der deutsch-polnischen Beziehungen nach der Wende möglich wurde. Beide erhielten eine Urkundenrolle, trugen sich in das Goldene Buch der Gemeinde ein und bekamen einen symbolischen Gemeinde-Schlüssel. Bei den Ehrungen und der Überreichung der Gastgeschenke der Geehrten war die tief empfundene Freude auf beiden Seiten spürbar. Jordan hatte Weinpräsente – „in die Flasche gebannte Sonne" – mitgebracht. Heck überreichte eine von ihm zusammengestellte Chronik über die Kontakte zwischen den Feuerwehren Wittenbergs und Schmauchs. Als von einem aus der Bundesrepublik mitgebrachten Tonband das Geläut der Schmaucher Glocken und das von Emil Stern getextete und von den Brüdern Klaukien vorgetragene Heimatlied der Schmaucher erklang, erhoben sich Gäste und Gastgeber in Ehrfurcht von ihren Plätzen. Am Ende der offiziellen Veranstaltung erfreute eine Gruppe polnischer Jugendlicher mit einem großartigen, 30minütigen Vortrag die Festgemeinschaft. In Liedern, Versen und kurzen Vorträgen bot sie eine Bühnenvorstellung, in der sie auf die alte Geschichte Schmauchs und die Ereignisse zum Kriegsende – aus der Sicht beider Seiten – eingingen.

Im Anschluß an diese Festveranstaltung hatten die Gemeindeverwaltung und die Bewohner von Schmauch zu einem üppigen Festmahl eingeladen. Neben den überreichlichen Speisen und Getränken waren die persönlichen Gespräche zwischen früheren und heutigen Bewohnern das Wichtigste. Es besteht ein unendlicher Informationsbedarf auf beiden Seiten, von Jung und Alt.

> Feier mit neuem Spritzenwagen und Gedenkstein

Der Sonnabend begann mit einem Erntedank-Gottesdienst, an dem auch die Feuerwehren teilnahmen. An diesem Tage erhielt das zweite Feuerwehrauto seine Weihe. Das weitere Festprogramm sah diverse Sport- und Feuerwehrwettbewerbe vor. Die vertriebenen Schmaucher nutzten die Gelegenheit, um die heutigen Bewohner ihrer Häuser und deren Nachbarn persönlich zu besuchen. Sie waren immer wieder von der Herzlichkeit bei den Empfängen überwältigt und freuten sich, wenn die Häuser und Gärten wieder gepflegt und gehegt waren. Leider sind viele Gebäude verfallen und abgetragen, dafür aber auch anderes renoviert und zum Teil modernisiert.

Ein besonderes Ereignis bot der Sonntag. Schmauch erlebte wohl den ersten ökumenischen Gottesdienst in seiner schon vor einigen Jahren renovierten Kirche. Der örtliche katholische Pfarrer leitete den katholischen Teil des Gottesdienstes und der evangelische Pfarrer Pra aus Braunsdorf den protestantischen. Die deutschen Schmaucher trugen mit den Liedern „Lobe den Herrn" und „Nun danket alle Gott" zum gemeinsamen Lobpreis bei. Mit katholischem und evangelischem Segen beschlossen die beiden Geistlichen den Festgottesdienst.

Doch damit nicht genug. Im Anschluß an den Gottesdienst weihten die beiden Männer Gottes und die Bürgermeister sowie Kurt Jordan für die vertriebenen Schmaucher und ihre Angehörigen vor der Kirche in einem mit Feldsteinen ummauerten Karree neben dem Standort der heutigen Mariensäule (dem ehemaligen Kriegerdenkmal) einen G e d e n k s t e i n. Dieser erinnert mit der Aufschrift „Skorwony / Schmauch 650 – Lecie" an das Jubiläum. Mit enthüllt und geweiht wurde eine „Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges".

Zwischen beiden Gedenksteinen pflanzten Jordan und der Bürgermeister der Gemeinde Göttchendorf eine Linde. Pfarrer Pra stimmte mit den deutschen Besuchern daraufhin „Am Brunnen vor dem Tore" an.

Ein gemütliches Grillfest rundete die drei Tage während 650-Jahr-Feier des Dorfes Schmauch ab.

MELDUNGEN

Westernstadt für Sensburg

Sensburg – Sensburg erhält für viereinhalb Millionen Zloty (fast 1,2 Millionen Euro) ein Cowboy-Städtchen im Stile des Wilden Westens. In dem „Städtchen" soll ein Saloon, ein Rathaus, eine Bank, ein Stationsgebäude und eine Western-Straße entstehen. Das dafür ausersehene Gelände ist bereits ans Kanal- und Stromnetz angeschlossen. Eine entsprechende Entscheidung des zuständigen Woiwodschaftsamtes von Ermland und Masuren liegt bereits vor. Die Kosten übernimmt die Europäische Union. Sinn und Zweck des Projektes ist die Anziehung von Touristen.

Neu ist die Idee nicht. Ein ähnliches „Städtchen" wurde bereits im niederschlesischen Krummhübel errichtet.

Windkraftrad-Park

Pr. Holland – Die Stadt Pr. Holland und ein Investor aus Warschau haben vertraglich den Bau eines Windkraftrad-Parks vereinbart. Übernächstes Jahr soll mit dem Bau der 150 Millionen Zloty (fast 40 Millionen Euro) teuren Energieproduzenten begonnen werden. In der unterzeichneten Absichtserklärung verpflichtet sich die Stadt, alles zu tun, damit das Unternehmen realisiert werden kann, während der Investor seinerseits garantiert, daß am Bau örtliche Unternehmen und Arbeitskräfte der Stadt beteiligt werden. Die Vorbereitung der Investition haben bereits vor einigen Monaten begonnen. Stellungnahmen der Umweltschutzbehörde und des Elektrizitätswerkes liegen bereits vor.

Mercedes statt Ost-BMW

Königsberg – Georgij Boos, Gouverneur des Königsberger Gebiets, will seinen im Königsberger „Avtotor"-Automobilwerk gefertigten Dienst-BMW der Siebener-Klasse gegen einen Mercedes der S-Klasse auswechseln. Dimitrij Piskunow, Chefredakteur des Wochenblattes „Avtorynok Kaliningrada" begründet die Entscheidung mit fehlender Qualität des bisherigen Dienstwagens: „Grund dafür ist der technische Zustand des BMW. Der BMW stand auch dem früheren Gouverneur Wladimir Jegorow zur Verfügung. Obwohl er erst Anfang 2002 produziert wurde, ist es bei ihm schon ein halbes Jahr später zu einer Motorverkeilung gekommen. Auch die Lenkung und das Getriebe sind in einem Zustand, der die Sicherheit des Regionsoberhauptes nicht garantieren kann."

Das angegriffene Automobilwerk „Avtotor" wies den Vorwurf mangelnder Qualität zurück. Die in Königsberg gefertigten BMW stünden denen aus der Bundesrepublik qualitativ in nichts nach.

Erstmals auf dem linken Weichselufer

Die Burg Mewe bildet einen wichtigen Meilenstein beim Vordringen des Deutschen Ordens gen Osten

Von Christofer Herrmann

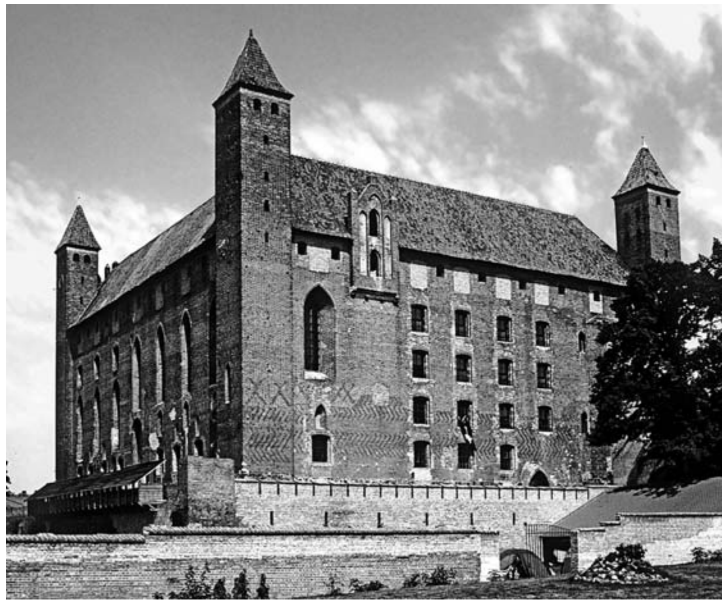
Mit der Gründung der Burg Mewe am linken Weichselufer sicherte der Deutsche Orden seine ersten Besitzungen in Pommerellen ab. Das bald nach 1290 begonnene große Konventshaus bildete bis 1309 den westlichen Außenposten des Ordensstaates und erhielt dieser politischen Bedeutung entsprechend ein modernes repräsentatives Erscheinungsbild.

In Mewe entstand eine der frühen klassischen Konventsburgen, ein vierflügeliger Bau über quadratischem Grundriß mit einer Seitenlänge von rund 47 Metern, dessen Ecken mit schlanken Türmchen versehen waren. In die Nordostecke eingestellt erhob sich ein mächtiger Bergfried mit einem Durchmesser von 12,5 Metern, der heute nur noch bis zur Höhe des Hauptgeschosses erhalten ist. Er hat im unteren Bereich einen quadratischen Grundriß und ging vermutlich im oberen Abschnitt in ein Achteck über.

In Mewe entwickelte man die bei der Gruppe der frühen regelmäßigen Konventsburgen – Marienburg, Brandenburg, Bischöflich Papau und andere – entworfenen Prinzipien weiter und steigerte die Architektursprache zu größerer Vollkommenheit. So wurden von Anfang an vier Flügel und ein quadratischer Grundriß der Gesamtanlage konzipiert. Die Errichtung eines mächtigen Bergfrieds in einer der Kastellecken setzte einen weiteren wichtigen Akzent der das Erscheinungsbild der Deutschordensburgen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts prägen sollte. Die hohe Tornische in der Mittelachse des Südflügels bildete ein weiteres Element zur Perfektionierung der Symmetrie im Bild der Hauptfassade. Beim Dekorsystem verloren die kleinteiligen, nur in der Nahsicht wirkenden Terrakottaplatten mit ornamentalen Motiven und die Buchstabensteine an Bedeutung. Stattdessen traten nun großflächig angeordnete Muster aus schwarz gebrannten Backsteinen in den Vordergrund, die ihre optische Wirkung erst aus der Distanz entfalteten und zur Monumentalität des äußeren Gesamtbildes beitrugen.

In Mewe fallen die zahlreichen Varianten von Rauten- und Zickzack-Mustern ins Auge, welche die gesamte Burg umziehen. Man gewinnt den Eindruck, als ob die Maurer in Mewe mit den Möglichkeiten dieser neuen Dekorform experimentierten. Eine derartige Mustervielfalt wie in Mewe findet man bei den späteren Burgen nicht mehr, denn es etablierte sich das regelmäßige Rautenmuster, das bei der Burg Rehden zur Perfektion geführt wurde.

Im großen Innenhof fallen die mächtigen Konsolsteine auf, die jeweils in der Mittelachse eines jeden Flügels über dem Erdgeschoß aus der Wand herausragen. Sie trugen einen zweigeschossigen Kreuzgang, dessen genaue Konstruktion jedoch noch Rätsel aufgibt, da ein den Konsolen entsprechendes Stützelement in den Hofecken fehlt.



Konventsburg Mewe: In der Ansicht von Südosten Foto: Herrmann

Bezüglich der Innenraumstruktur folgte Mewe dem schon bei den frühen Kastellburgen tradierten System. Das erkennt man insbesondere an der klassischen dreiteiligen Raumfolge des südlichen Hauptgeschosses: Kirche, Zwischenraum und Kapitelsaal.

Schon um 1200 bestand in der Umgebung von Mewe eine Burg der pommerellischen Herzöge. Das Gebiet gelangte 1229 in den Besitz des Zisterzienserklosters in Oliva, wurde aber 1276 durch eine Schenkung Herzog Sambors II. dem Deutschen Orden testamentarisch übereignet, der damit erstmals auf dem linken Weichselufer Fuß fassen konnte. 1281/83 errichtete der Orden eine erste Burg aus Holz, zu deren Bau Teile der Burg Pottersberg nach Mewe übertragen wurden. Als erster Komtur ist 1283 Dietrich von Speier erwähnt. Die mächtige Kastellburg aus Backstein wurde in den 1290er Jahren begonnen und dürfte gegen 1320 vollendet gewesen sein. 1334 hielt Hochmeister Luther von Braunschweig eine große Versammlung in Mewe ab. Die Burg wurde 1410 durch polnische Truppen besetzt, gelangte aber nach dem Thorner Frieden von 1411 wieder an den Orden. 1422 nahm der scheidende Hochmeister Michael Küchenmeister seinen Ruhesitz in Mewe, nachdem die Burg zu diesem Zweck einige Umbauten erfahren hatte, etwa den Einbruch eines neuen Tores im Ostflügel. Zu Beginn des Dreizehnjährigen Krieges besetzte der Preußische Bund 1454 die Burg, verlor sie aber recht bald wieder an den Deutschen Orden. Nach mehrmaligen Belagerungen durch Polen und die Danziger, mußte der Orden Mewe 1464 schließlich aufgeben. Die Burg diente danach dem polnischen König als Sitz eines Starosten. Während der Nordischen Kriege wurde die Burg zweimal durch schwedische Truppen besetzt und erlitt dabei Schäden. Der spätere König Jan Sobieski war ab 1667 Starost in Mewe und errichtete einen barocken Wohnbau in der Vorburg. Nach einer Beschreibung von 1765 stand die Hauptburg leer. Sie wurde nach 1772 zunächst als preußische Kaserne und anschließend als Getreidespeicher genutzt. 1856 bis 1859 erfolgte ein Umbau zum Gefängnis, wobei man die mittelalterlichen Gewölbe entfernte. 1921 brannte die Burg aus und erhielt danach ein Notdach. Nach kriegsbedingten Beschädigungen 1945 kam es seit 1965 zu einem schrittweisen Wiederaufbau der Burg, verbunden mit archäologischen Untersuchungen. In der Burg befinden sich heute ein Museum, ein Kulturzentrum, ein Restaurant und eine Jugendherberge.

> Ruhesitz von Hochmeister wurde Jugendherberge

Anreiseweg: Mewe liegt am westlichen Weichselufer, etwa 25 Kilometer südlich von Dirschau, und ist über die Hauptstraße A 1 von Danzig nach Bromberg zu erreichen. Die Burg befindet sich unmittelbar östlich der Altstadt.

Mewe liegt am westlichen Weichselufer, etwa 25 Kilometer südlich von Dirschau, und ist über die Hauptstraße A 1 von Danzig nach Bromberg zu erreichen. Die Burg befindet sich unmittelbar östlich der Altstadt.

*Aus: **„Burgen im Ordensland – Deutschordens- und Bischofsburgen in Ost- und Westpreußen“**, Bergstadtverlag, Würzburg 2006, 160 Abb., 288 Seiten, 24,90 Euro, Bestell-Nr.: 5489*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da können wir uns wieder einmal freuen, denn es kamen allerhand Zuschriften auf die auf unserer Familien-Seite veröffentlichten Fragen und Wünsche. Und wenn manche auch nur einen kleinen Hinweis enthielten oder Mut zur weiteren Suche machten, so beweist das doch, wie aufmerksam unsere Kolumne gelesen wird. Das bekam auch unsere Landsmännin **Ilse A. Bannick** aus Husum zu spüren – wieder einmal, muß man da schon sagen, denn die aktive Ostpreußin hat bisher nur sehr gute Erfahrungen mit ihren an unsere Familie gestellten Wünschen gemacht. Als wir in Folge 20 einige der Fotos veröffentlichten, die **Renate Galonsky** in einem alten Fotoalbum gefunden und diese Frau Bannick zur Vermittlung überlassen hatte, wußte ich gleich: Das wird ein Erfolg. Denn es waren Aufnahmen aus den 20er Jahren vor allem aus Heydekrug und Jugnaten, die mit den Namen der darauf abgebildeten Personen und anderen genauen Angaben versehen waren. Ich hatte recht: Schon bald meldete sich Frau Bannick und übersandte mir Kopien von den ersten Zuschriften, sogar aus England meldete sich eine Leserin, die sich noch gut an die abgebildete Gastwirtschaft Kissuth erinnern konnte. Die interessanteste Reaktion kam aber von **Herbert Kissuth** aus Zülpich, der einwandfrei seine väterlichen Verwandten erkannte, obgleich er als „Nachgeborener“ die Heimat seiner Vorfahren nur vom Hörensagen kannte. Er freute sich sehr, so unerwartet diese Fotos zu entdecken, die ja für seine Familie dokumentarischen Wert haben. Frau Bannick bekam aber noch weitaus mehr Zuschriften, wie sie mir jetzt am Telefon sagte: „Ein ganzer Tisch ist voll!“ Da werden wir wohl noch mehr hören!

Daß sich sogar nach 60 Jahren noch Spuren auffinden lassen, beweist ein Schreiben von **Elisabeth Krahn** aus Celle. Sie las in Folge 24 die Geschichte von einer nach Rußland verschleppten Ostpreußin, die nach der Entlassung nach Amerika ausgewandert war und nun beim Aufräumen eine alte Bibel fand, die sie aus der Gefangenschaft mitgebracht hatte. In ihr lag ein Zettel, auf den sie damals die Namen von fünf im Lager verstorbenen Leidensgenossinnen notiert hatte. Sie sandte die Namen an ihre ehemalige Kollegin **Hildegard Förster** in Suthfeld, die uns bat, diese zu veröffentlichen, weil vielleicht Verwandte noch immer im Ungewissen über das Schicksal der Verschleppten sein könnten. Frau Krahn konnte Frau Förster in einem Fall die Anschrift der Angehörigen mitteilen, diese kannten aber bereits das Schicksal der jungen Frau aus Miswalde.

Aber dann kam etwas Erstaunliches: Eine der Genannten, **Inge Jek** aus Mohrungen, ist nicht im Lager verstorben, sie hat geheiratet und lebt heute ebenfalls in Amerika! Ihr Bruder hat Frau Krahn dies auf einem Kreistreffen persönlich bestätigt. Das ist nun wirklich eine wundersame Geschichte, die vielleicht noch weitergeht, wenn die beiden in Amerika lebenden ehemaligen Schicksalsgefährtinnen zueinander Kontakt finden. Angehörige der drei anderen Frauen – **Anna Dobschinski** aus Hütta, **Ottilie Kowalewski** aus Bertung und **Margarete Haufstein** aus Frauenburg – haben sich nicht gemeldet. Ich danke jedenfalls Frau Krahn für diese Mitteilung, die wieder einmal aufzeigt, was unsere Ostpreußische Familie bewirken kann.

Aus Amerika kam auch der Suchwunsch von **Gunter Hartmann**, der in Rauschen aufwuchs – sein Vater führte dort das bekannte Restaurant „Seestern“ – nach zwei ehemaligen Jugendgefährten aus dem schönen Ostseebad. Hierzu konnte ihm der Ortsvertreter von Rauschen, **Hans-Georg Klemm**, nach eigenen Recherchen nur soviel mitteilen, daß der eine der Gesuchten schon jung verstorben, von dem Schicksal des anderen nichts bekannt sei. Herr Hartmann wird sich aber über dieses sehr persönliche Schreiben sehr gefreut haben, denn Herr Klemm konnte dessen Erinnerungen noch mit netten Schilderungen ergänzen. Es gab noch weitere Zuschriften, aber hier gib es noch einiges zu klären, ehe ich darüber schreibe.

Ruth Geede Foto: privat

Als „sehr bescheiden“ hatte ich den Wunsch **von Irmgard Sablewski** bezeichnet, die so gerne etwas über die Heimatorte ihrer Vorfahren wissen wollte. Sie hat diese nie kennengelernt, da sie 1939 in Dortmund geboren wurde. Ihr Vater stammte aus dem westpreußischen Rosenberg, die Mutter aus Berent. Unsere Leserin **Lucia Schwarz** übermittelte die Bitte, sie selber hatte auf Heimattreffen schon vergeblich nach diesen Orten gefragt. Alle wollten Erkundigungen einziehen, aber dabei blieb es auch. Nicht so bei unserer Ostpreußischen Familie. Denn jetzt bekam ich eine Briefkarte von Frau Sablewski, mit der sie sich für die vielfältigen Zuschriften aus verschiedenen Bundesländern sehr herzlich bedankt, die durch unsere Veröffentlichung und die Vermittlung von Frau Schwarz veranlaßt wurden. Frau Sablewski hat sich sehr gefreut, etwas über die Geburtsorte ihrer Eltern – beide 1899 geboren und 1979 gestorben – zu erfahren. Unsere Ostpreußische Familie schließt doch auch die westpreußischen Leserinnen und Leser mit ein, denn wir sind ja eine Sippe, nämlich Alt-Preußen. Kleine Geschichtskunde: Ostpreußen erhielt bei der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 diesen Namen, als Westpreußen und das Ermland wieder mit dem Königreich Preußen verbunden wurden.

„Mein Dankeschön ist schon lange überfällig, aber ein altes Pferd geht eben langsamer“ – so launig beginnt der Brief unserer langjährigen Leserin **Frieda Lukner** aus Florida. Ganz herzlich bedankt sie sich für die Veröffentlichung ihres „so unwichtigen Wunsches“ – nach den Winkler-Spezialitäten mit den herrlich verrückten Namen –, aber so „kleinnuschig“ war er gar nicht, denn er erweckte bei vielen Leserinnen und Lesern Erinnerung an heitere, sorglose Stunden in der noch unversehrten Heimat. So wie bei Herrn Dr. med. **Frank Neumann** aus Moers, der als Student regelmäßig mit seinen Kommilitonen das in ganz Ostpreußen bekannte Lokal anlief. Ihm sind als hochprozentige Getränke neben dem berühmten „Elefantendoubs mit Setzei“ noch „Pschismokatzky“ und „Schneegestöber“ in Erinnerung geblieben! Auch über diese Reaktion wird sich nun Frau Lukner freuen, die ihrem Brief ihre Erinnerungen an die Heimat beigefügt hat, sie mußte sie einfach aufschreiben. Sie enden mit dem Satz aus dem Nehrungslied, der auch über meinen späten Lebensjahren steht: „.... doch de Sehnsucht bleew!“ Und diese Sehnsucht führt sie in Gedanken noch immer an das Kurische Haff, auf die Nehrung, in die Elchniederung, in das Große Moosbruch ...

Es ist immer schwer, Wünsche zu erfüllen, die auf vor längerer Zeit erfolgte Veröffentlichungen zurückgehen – in diesem Fall sogar unmöglich. Im *Ostpreußenblatt* Folge 14 / 1994 erschien als Erinnerungsfoto 991 eine Aufnahme aus dem RAD-Lager Groß Borken. Im Text wurde erwähnt, daß Frau **Waltraut Wilken** geborene **Schwarzenberger**, die dieses Foto einsandte, auch noch ein weiteres vom Gutshaus Groß Borken übermittelte, das nicht abgedruckt und an die Einsenderin zurückgesandt wurde. Dieses Foto sucht nun unsere Leserin **Erna Staubert** geborene **Mohr**, weil ihre Großeltern seit 1885 Pächter des Gutes gewesen waren. Durch den frühen Tod des Großvaters **Friedrich Schmidt** war seine Frau **Therese** gezwungen, bereits 1896 mit ihren neun Kindern Groß Borken zu verlassen. Für ihre Enkelin hätte ein Bild vom Gutshaus schon einen ideellen Wert. Leider ist die Einsenderin des Fotos vor drei Jahren verstorben. Ob diese Aufnahme vom Gutshaus Groß Borken noch existiert, ist nicht feststellbar, aber vielleicht ist in unserm Familienkreis noch ein anderes Foto von dem Gutshaus zu finden, da es ja RAD-Lager war und eine der anderen ehemaligen Maiden auch ein Erinnerungsfoto besitzen könnte. Einen ganz persönlichen Gruß an Sie, liebe Frau Staubert, denn wir sind im selben Jahr in Königsberg geboren und haben beide in der Dinterstraße gewohnt – das verbindet schon! Zuschriften sind zu richten an die Tochter von Erna Staubert, die den Wunsch ihrer Mutter übermittelte. (Sigrid Müller-Staubert, Ahltener Straße 9 in 31275 Lehrte.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Szallies, Helene, geb. Lange, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, jetzt Vor dem Hopey 20, 58642 Iserlohn, am 10. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Machhein, Maria, geb. Bass, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Karrenweg 17, 47239 Duisburg, am 11. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Rothgänger, Max, aus Treuburg, Mühlenstraße 9, jetzt Bahnwinkel 7, 49163 Bohmte, am 6. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Raeder, Martha, geb. Paeger, aus Kauken, Kreis Ebenrode, jetzt Langgasse 8, 65550 Limburg, am 2. November

Wittke, Felix, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Wietoldstraße 16, 93047 Regensburg, am 6. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lutz, Edith, geb. Soyka, aus Treuburg, Goldaper Straße 24, jetzt Thermalbadstraße 4 b, 96476 Rodach, am 11. November

Michalzik, Anna, geb. Jankowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Teichstraße 44, Vivantes Forum für Senioren, 13407 Berlin, am 12. November

Schwittay, Auguste, geb. Milewski, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, jetzt Erichstraße 14, 45888 Gelsenkirchen am 9. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Haase, Frieda, geb. Kerber, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, jetzt Compesmühlenweg 43, 41065 Mönchengladbach, am 9. November

Krieger, Johanna, geb. Marian, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Rietburgstraße 20, 67141 Neuhofen, am 11. November

Pollak, Gustav, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Schleitkamp 100, 46244 Bottrop, am 8. November

Wieczny, Emma, geb. Bednarz, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Weg 8, 33829 Burgholzhausen, am 11. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Koitka, Herta, geb. Tomath, aus Kischen, Kreis Elchniederung, jetzt Voccartstraße 29, 52134 Herzogenrath, am 7. November

Sakals, Charlotte, geb. Stawitz-Stalbert, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 47, 37120 Bovenden, am 6. November

Trobisch, Elisabeth, geb. Klan, aus Neidenburg, Deutsche Straße 57, jetzt Karl-Marx-Straße 3, 01983 Großräschen, am 12. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grenz, Lene, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Hermann-Löns-Straße 3, 42499 Hückeswagen, am 10. November

Orgassa, Hans, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt In der Taufe 4, 51427 Bergisch-Gladbach, am 7. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buttkus, Ella, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Niddastraße 19, 38120 Braunschweig, am 10. November

Klagge, Elisabeth, geb. Grabowski, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Eugen-Rosner-Straße 8, 83278 Traunstein, am 7. November

Neufert, Charlotte, geb. Lindemann, aus Treuburg, Goldaper Straße 26, jetzt Königsberger Straße 26, 63477 Maintal-Dörnigheim, am 7. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Messerschmidt, Gerda, aus Danzig, jetzt Birkenstraße 45, 28195 Bremen, am 3. November

Przygodda, August, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Nonnenbusch 67, 45770 Marl, am 4. November

Rettkowski, Hedwig, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wikingeck 2, 24837 Schleswig, am 8. November

Rogalla, Erich, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 21, 16775 Badingen, am 6. November

Sendzik, Heinrich, aus Lyck, jetzt Sedanstraße 44, 30161 Hannover, am 7. November

Theophile, Minna, geb. Lange, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Schmalenfelde-Mühle 3, 21439 Marxen, am 8. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Benkmann, Dorothea, geb. Drope, aus Königsberg, jetzt Wohldkamp 2-024, 23669 Timmendorfer Strand, am 25. Oktober

Kainz, Frieda, geb. Ollesch, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, jetzt Böcklerstraße 26, 45966 Gladbeck, am 9. November

Korlies, Fritz, aus Grieben, Kreis Ebenrode, jetzt An der Spree 3, 30938 Burgwedel, am 6. November

Krieg, Wilhelmine, geb. Fischer, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Scheringer Weg 4, 74743 Seekach, am 8. November

Nadolny, Paul, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Krausbergweg 33, 51143 Köln, am 10. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Behrendt, Charlotte, geb. Ammon, aus Wehlau, Markt, jetzt Hauptstraße 61, 32457 Porta Westfalica, am 9. November

Belgardt, Herta, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ottendorfer Weg 20 (Heim) in 24107 Ottendorf, am 12. November

Bellier de Launay, Ingeborg, geb. Marquardt, aus Treuburg, Bahnhofstraße 24, jetzt Silcherweg 30, 89275 Elchingen, am 11. November

Bernhard, Leonore, geb. Motzkuhn, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Feldstraße 87, 19348 Perleberg, am 7. November

Biallas, Martin, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Nibelungenstraße 8, 50354 Hürth, am 11. November

Bratka, Heinz, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Am Tannenhof 17, 53721 Siegburg, am 11. November

Chrosziel, Anneliese, geb. Ludwigkeit, aus Wehlau, Memeler Straße, jetzt Sudetenstraße 13, 31515 Wunstorf, am 9. November

Dinnups, Alfred, aus Rohren, Kreis Ebenrode, jetzt Hadwigastraße 45, 51069 Köln, am 12. November

Eggert, Elisabeth, geb. Käding, aus Gründann, Kreis Elchniederung, jetzt Brauhof 20, 44866 Bochum, am 11. November

Felderer, Erna, geb. Paulekuhn, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Strengen Weg 2, 39052 Kaltern / Südtirol, am 9. November

Fischer, Paul-Karl, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Oskar-von-Miller-Straße 8, 97688 Bad Kissingen

Gaupties, Gertrud, geb. Chmielewski, aus Prostken, Kreis Lyck und Lötzen, jetzt Goethestraße 2, 08412 Leubnitz-Werdau, am 10. November

Gizynski, Kurt, aus Staßwinnen, Kreis Lötzen, jetzt PL 11-531 Milki Staswiny, am 11. November

Jablinski, Ilse, geb. Losigkeit, aus Heiligenbeil, Alte-Post-Straße 10, jetzt Breites Driesch 34, Senioren-Residenz, 65549 Limburg-Blumenrod, am 24. Oktober

Karp, Fritz, aus Königsberg, jetzt An der Obererft 122, 41464 Neuss, am 6. November

Kloss, Hedwig, geb. Rautenberg, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kastanienweg 21, 72770 Reutlingen, am 7. November

Kowalsky, Kurt, aus Allenburg, Königstraße, Kreis Wehlau, jetzt Vechtaer Hof 6, 49088 Osnabrück, am 7. November

Kowalzik, Gertrud, geb. Michalowski, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Bromberger Straße 37, 21629 Neu Wulmstorf, am 7. November

Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Sülzberg 7, 23843 Bad Oldesloe, am 11. November

Meier, Else, geb. Wietoska, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Eickedorfer Straße 33, 28215 Bremen, am 6. November

Müller, Werner, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Falkenstraße 19, 47652 Weetze, am 9. November

Nowatzki, Marta, geb. Gardinowski, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Anne-Frank-Straße 2, 19060 Schwerin, am 12. November

Radeck, Paul, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hummetröther Straße 22, 64732 Bad König, am 10. November

Rading, Herta, geb. Gerlach, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt St.-Hedwig-Straße 27, 73529 Schwäbisch-Gmünd, am 6. November

Rüdiger, Erika, geb. Jonetat, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Erlhofer Straße 10-12, 95032 Hof, am 6. November

Schönfeld, Siegfried, aus Heiligenbeil, Rotgerberstraße 14, jetzt Elisabethstraße 14, 42859 Remscheid, am 6. November

Schröder, Johann-Friedel, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, Am Twischkamp 2 a, 27568 Bremerhaven, am 6. November

Schweiger, Max, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Am Lehstrom 2, 27474 Cuxhaven, am 8. November

Sterzik, Ida, geb. Klesz, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Drovsenstraße 13, 10629 Berlin, am 8. November

Stutz, Hildegard, geb. Gugat, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Straße 2, 16792 Zehdenick, am 12. November

Toplarski, Hildegard, geb. Skowronek, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Walsroder Straße 1, 28215 Bremen, am 8. November

Weinert, Edith, geb. Nischk, aus Lyck, jetzt Kirchstraße 65 a, 13158 Berlin, am 11. November

Weldert, Helene, geb. Sostak, aus Draheim, Kreis Treuburg, jetzt An der Flurscheide 9, 61352 Bad Homburg, am 12. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alshuth, Hans-Jürgen, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, jetzt An der Gete 96, 28211 Bremen, am 8. November

Baltsch, Helene, geb. Macheit, aus Pillkoppen, Kurische Nehrung, Kreis Fischhausen, jetzt Spandowerhagener Weg 6, 17509 Lubmin, am 7. November

Bastian, Erika, geb. Feyerabend, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt, Drake-Straße 4 a, 12205 Berlin, am 7. November

Böttcher, Gerda, geb. Renz, aus Michelau, Kreis Samland, jetzt Platz des Friedens 1, 39291 Steglitz, am 11. November

Bröhan, Edith, geb. Nötzel, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Mehlandsredder 29 e, 22143 Hamburg, am 10. November

Diesler, Annemarie, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Zamenhofstraße 64, 70197 Stuttgart, am 9. November

Dittrich, Erika, geb. Rupnow, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Steige 11, 97209 Veitshöchheim, am 11. November

Florian, Christina, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Raabestraße 13 A, 45525 Hattingen, am 5. November

Freiberg, Anita, geb. Lange, aus Moptau, Kreis Wehlau, jetzt Südring 23 B, 39288 Burg bei Magdeburg, am 6. November 1926

Gonschorek, Gerhard, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Am Kremershof 4, 40880 Ratingen, am 11. November

Halas, Hedwig, geb. Seyda, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Mühlenweg 133, 46483 Wesel, am 10. November

Heid, Charlotte, geb. Schipporeit, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Rektor-Block-Straße 10, 06217 Merseburg, am 10. November

Herfer, Manfred, aus Lyck, jetzt Götzmühlenweg 25, 61350 Bad Homburg, am 8. November

Hofmann, Christel, geb. Chosz, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, jetz Waldstraße 12, 73614 Scharndorf, am 9. November

Honnacker, Irmgard, geb. Zielasko, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Eigen 1, 45219 Essen, am 10. November

Jäkel, Marta, geb. Lork, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, jetzt Emanuel-v.-Kettler-Straße 91, 59229 Ahlen, am 11. November

Kauß, Waltraut, geb. Schwarz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Wilksheide 8, 30459 Hannover, am 6. November

Kirchner, Hildegard, geb. Brodowski, aus Giesen, Kreis Lyck, jetzt Am Häusel 144, 66953 Pirmasens, am 9. November

Knieschweski, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Brüder-Grimm-Straße 59, 60385 Frankfurt / Main, am 8. November

Krause, Elsa, geb. Pohl, aus Skaisgirren, jetzt Rauwolff-Straße 5, 86152 Augsburg, am 11. November

Listing, Elfriede, geb. Bogumil, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt 2 Callala Street, Callala Bay / 2540 Ausstralien, am 8. November

Makulla, Horst, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Beethovenstraße 2/59, 38104 Braunschweig am 9. November

Marquard, Fritz, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rötelweg 12/1 in 88437 Maselheim, am 7. November

Nethe, Waltraut, geb. Biegay, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Elberfelder Straße 10, 10555 Berlin, am 12. November

Pakuscher, Dr. Eva, geb. Nolde, aus Lyck, Hindenburgstraße 34, jetzt Auguste-Viktoria-Straße 34, 14193 Berlin, am 11. November

Philipp, Edith, geb. Kasperowski, aus Steintal, Kreis Neidenburg, jetzt Knüllkamp 2, 22549 Hamburg, am 7. November

Piotrowski, Irene, geb. Hinz, aus Garbseiden, Kreis Samland, jetzt An der Mühle 1, 19399 Dobbertin, am 10. November

Radschat, Richard, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Vennhauser Allee 198 A, 40627 Düsseldorf, am 7. November

Sackel, Margot, geb. Mielenz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Max-Planck-Straße 15, 44652 Herne, am 12. November

Sterz, Heinz Günther aus Königsberg, jetzt Lipkenskothen 15, 42113 Wuppertal, am 29. Oktober

Wilhelm, Gertrud, geb. Sütterlin, verw. Ziegenhardt, aus Grünsee, Kreis Lyck, jetzt Thälmannstraße 1, 39291 Karith, am 10. November

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Dudda, Walter, aus Farienen-Abbau, Kreis Ortelsburg, und Frau Ilse, geb. Kruse, aus Großaspe, jetzt Schleusberg 8 A, 24534 Neumünster, am 8. November

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Mehling, Bodo, Rev. ret., Pfarrer i. R., aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, Lehrhöferstraße 32, (Klein Amerika) und Roswitha, geb. Richter, aus Breslau / Schlesien, jetzt Elissabethstraße 4, 8924 Weißenhorn, am 11. November

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@lm-ostpreussen.de

BdV-Nachwuchsorganisationen – Das Bundestreffen der BdV-Nachwuchsorganisationen findet vom 10. bis 12. November im Ostheim, Bad Pyrmont, statt. Hier sollen Perspektiven der Zusammenarbeit diskutiert und konkrete Schritte in diese Richtung geplant werden. Das vollständige Programm ist unter www.ostpreussen-info.de und in der BJO-Geschäftsstelle erhältlich.



Baden-Württemberg

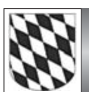
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Sonnabend, 18. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Wimpina-Haus". Motto: „Hermann Löns – Grün ist die Heide" mit dem Rosenau-Trio. Anschließend eine „Jagd-Vesper".

Freiburg – Sonntag, 9. November, 15 Uhr, Stilles Gedenken mit kleiner Ansprache am Heimatkreuz auf dem Hauptfriedhof. Anschließend Beisammensein mit Kaffee und Gesprächen.

Schwenningen – Sonnabend, 18. November, 10.15 Uhr, Fahrt der Gruppe zur Erntedankfeier nach Aasen bei Donaueschingen. Es wird ein Diavortrag über die Erntezeit in der Heimat und das Leben der Bauern im Osten Deutschlands gezeigt.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 16. November, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben" zum gemütlichen Beisammensein.



Bayern

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 18. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie". Auf dem Programm steht ein „Königsberger-Klopse-Essen – ein genüßlicher Abend mit Geschichten von der Kartoffel".

Augsburg – Mittwoch, 8. November, 14 Uhr, Frauennachmittag in den „Zirbelstuben".

Erlangen – Donnerstag, 9. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20, mit Grützwurstessen und Vortrag von Gedichten. – Beim Heimatabend hielt Lm. Klemm, Besitzer einer reichhaltigen Briefmarkensammlung und Gründer der Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Ostgebiete" auf dem Gebiet der Philatelie, einen Vortrag über den Postversand während der letzten Kriegstage und nach der Kapitulation. Bis gegen Weihnachten 1944 erreichte die damals bereits aus den Ostgebieten Evakuierten Post noch recht zuverlässig. Ab Ende Januar 1945 gelang das Versenden nur noch über Feldpost und aus der eingeschlossenen Festung Königsberg sogar noch bis Anfang April. Mit der vollständigen Besetzung Königsbergs durch die Rote Armee trat zunächst Nachrichtenstille ein; während der Postverkehr im Reichsgebiet noch recht lange funktionierte, ruhte er mit den besetzten Ostgebieten und dem Ausland noch längere Zeit, und wurde vom Alliierten Kontrollrat erst ab April 1946 wieder zugelassen. Pfarrer Linck, noch in Ostpreußen, erhielt am 1. Mai 1945 einen über Moskau geleiteten Brief aus Hamburg. 1946 wurde ein deutsches Postamt in Königsberg dem russischen angegliedert. Der Berg bis dahin angekommener Post aus dem Reich wurde verbrannt. In den Provinzorten organisierten die deutschen Bürgermeister das Einsammeln der Post, die durch Boten nach Königsberg gebracht wurde. Die inzwischen dort angekommene Post wurde von ihnen mitgenommen, bis in den Kreisstädten zum Teil eigene Postämter errichtet wurden. Ende 1947 wurden dann die noch in Ostpreußen verbliebenen Deutschen fast restlos „ausgesiedelt".

Hof – Sonnabend, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen. Christian Joachim hält einen Diavortrag über ostpreußische Reiseeindrücke. – Es war wieder soweit, daß sich die Gruppe zu ihrem Monatstreffen, dieses Mal mit Erntedankfest, im Restaurant am Kuhbogen traf. In Vertretung des Ersten Vorsitzenden Christian Joachim begrüßte Jutta Starosta die zahlreich erschienenen Mitglieder und auch Gäste. Es folgte das traditionelle Gratulieren der gewesenen Geburtstagskinder. Hildegard Drogomir gedachte mit einem ernsten Gedicht, des oberfränkischen Heimatdichters Otto Knopf, an die damalige Erntezeit: dem Wachsen, Gedeihen und Ernten mit den alten Bräuchen. Ein „Erntedank" galt im Rückblick auch der ostpreußischen Heimat. Lm. Hüttner erinnerte in seinen Gedanken zum Erntedank an das Einbringen der Ernte, an die Dankgottesdienste und auch an die Opfergaben und die verschiedenen Bräuche in der Heimat. Nach gemeinsam gesungenen Liedern berichtete Jutta Starosta in einer lustigen Geschichte von der Sorge der Getreidemaus Franzl, deren Körnervorrat zwar durch die neue Aussaat aufgebraucht war, aber durch das neu entstehende Mehl ihr Überleben gesichert wurde. Es ist schon eine jahrelange Tradition, daß Lm. Kiutra jedem Anwesenden ein Sträußchen Ähren überreicht, passend zu den wunderschön herbstlich mit Obst und Blumen geschmückten Tischen. Mit einem lustigen Sketch, von H. Drogomir und Lm. Starosta vorgetragen, einigen Gedichtvorträgen und Singen war dieser herbstliche Erntedank-Nachmittag voll ausgefüllt. Bei angenehmen Gesprächen und Verzehr des ausgelegten Obstes saß man noch lange zusammen.

Kitzingen – Freitag, 17. November, Treffen der Gruppe im „Deutschen Kaiser" zum Kaffeenachmittag.

Nürnberg – Freitag, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu" am Opernhaus. Diavortrag von Prof. Peter Bungartz über die Kaschubei und Danzig sowie Hinterpommern.



Berlin

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren. Geschäftsführung: Telefon (0 30) 2 16 43 38, Großgörschenstraße 38, 10827 Berlin

HEIMATKREISGRUPPEN

Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, Berlin-Schöneberg. Anfragen Tilsit: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2 75 18 25. Anfragen Ragnit: Emil Drockner, Telefon 8 15 45 64.



Brandenburg

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Oberhavel – Horst Haut begrüßte herzlich die zahlreichen Gäste zum Erntedankfest. Mit großer Freude wurde der Ehrenvorsitzende der Landesgruppe, Georg Vögele, mit Gattin begrüßt. Ein schöner Herbststrauß wurde dem Paar überreicht. Horst Haut gab weitere Informationen zum großen Treffen in Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Danach begann der Chor „Viva la Musika" mit seiner Darbietung; neu einstudierte Herbstlieder erfreuten die Teilnehmer. Lm. Hartung und eine Landfrau trugen mit ihren Vorträgen zur Heiterkeit bei. Bei Kaffee und Kuchen sowie Wein verging die Zeit viel zu schnell. Anschließend konnte getanzt werden. Der neue „Discomann" traf genau den Musikgeschmack der Besucher. Mit einer köstlichen Grillwurst wurde die Veranstaltung beendet. An diesem Nachmittag wurde viel gelacht und Gedanken ausgetauscht. Den Organisatoren der Veranstaltung wurde vielfach Dank und Anerkennung ausgesprochen und gefordert, zu gegebener Zeit, wieder einen solchen Nachmittag zu organisieren. Auch der Gastwirtschaft Niegisch wurde herzlichst gedankt.



Bremen

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Dienstag, 14. November, 14 Uhr, Treffen Wandergruppe, „Roter Turm", Domsheide. – Donnerstag, 16. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel Westfalia. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.



Hamburg

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 18. November, 10 Uhr, ostdeutscher Christkindlmarkt aller Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (S-Bahnstation Stadthausbrücke). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten, Büchern und Zeitschriften. Die Landesgruppe ist mit ihrem Stand im 1. Stock vertreten und freut sich auf Ihr Kommen. Die Veranstaltung endet gegen 17 Uhr.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Sonntag, 3. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfest der Gruppe im Seniorentreff, Am Gojenboom, gegenüber Hausnummer 35. Gemeinsam sollen ein paar besinnliche Stunden mit Geschichten und Liedern zur Weihnachtszeit verbracht werden. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 3 Euro. Anmeldungen bis zum 1. Dezember beim Lm. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Gäste sind herzlich willkommen.

Insterburg – Mittwoch, 8. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, Hamburg.

Osterode – Sonnabend, 7. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler Straße 757, direkt am Bahnhof Ohlsdorf. Bei Musik und Gesang wird das Erntefest gefeiert. Spenden für den Erntetisch sind willkommen. Der Eintritt ist frei.

Sensburg – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Günter Kröger hält einen Diavortrag über das Riesengebirge, Breslau, Krakau, Warschau und Posen.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.



Hessen

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel wird der erste Teil des Videos „Reise durch Ostpreußen" gezeigt. Eventuell werden noch einige Landsleute Hand- und Bastelarbeiten ausstellen.

Hanau – Der Herbstausflug der Frauengruppe ging in den Odenwald. Auf der Neunkirchener Höhe stand schon das Mittagessen bereit, das allen mundete. Anschließend konnten Spaziergänge durch den Ort oder im Wald unternommen werden. Zum Kaffeetrinken trafen sich alle wieder im Lokal, von wo aus man später die Heimfahrt antrat. – Wie alljährlich war auch in diesem Jahr zum Erntedankfest eingeladen. Fleißige Helfer hatten die Bühne mit den Fahnen und Wappen der Vertriebenen geschmückt, rechts und links daneben die großen Gemälde des Königsberger Schlosses und des Danziger Krantors. Von der Frauengruppe war der Saal festlich geschmückt worden mit Erntetisch und Erntekrone in der Saalmitte. Fast 200 Gäste wurden vom Vorsitzenden Ewald Okrafka begrüßt. Kulturreferent Hans Preißler hatte ein gutes Programm zusammengestellt. Die Großauheimer Musikanten sorgten für den musikalischen Teil, ein Männerchor sang Lieder aus der Heimat und eine ausgezeichnete Volkstanzgruppe zeigte ihr Können. Frau Baer hielt in Vertretung des Landtagsabgeordneten Lenzeine eine eindrucksvolle Festansprache. Vertreter der Stadt und des Kreises überbrachten Grüße – eine gelungene Veranstaltung.

Wetzlar – Montag, 13. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den „Grillstuben". Dr. Peter Wörster vom Herder-Institut referiert über: „Das Preußenland und die baltischen Länder". Gäste sind herzlich willkommen.

Hörfunk & Fernsehen

Sonntag, 5. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Montag, 6. November, 21 Uhr, ARD: Die großen Schlachten: 1529 – Die Türken vor Wien.
Dienstag, 7. November, 20.15 Uhr, ZDF: Die großen Diktatoren – Stalin.
Dienstag, 7. November, 20.40 Uhr, Arte: Kosovo – Eine unvollendete Mission.
Mittwoch, 8. November, 20.40 Uhr, Arte: Der Soldat, der sein Gedächtnis verlor.
Mittwoch, 8. November, 22.05 Uhr, N24: Die Mauer – Todesstreifen in Berlin.
Mittwoch, 8. November, 22.30 Uhr, NDR: Gütestempel für Gammelfleisch – Die Ohnmacht der Kontrolleure.
Mittwoch, 8. November, 0 Uhr, ARD: Müll-Geschäfte.
Donnerstag, 9. November, 20.15 Uhr, 3sat: Sphinx: Ludwig II. – Tod des Märchenkönigs.
Freitag, 10. November, 20.15 Uhr, 3sat: Als die Deutschen weg waren – Groß Döbern, Schlesien.



Mecklenburg-Vorpommern

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Landesgruppe – Sonnabend, 11. November, 10 Uhr, Großes Herbsttreffen der Ostpreußen in der Mehrzweckhalle „Volkshaus", Baustraße / Nähe Markt, Anklam. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Es gibt einen „Nachschlag" vom Landestreffen in Neubrandenburg punkt 11.11 Uhr mit einer Saalrunde Bärenfang. Das Kulturprogramm gestalten die Usedomer Jagdhornbläser mit einem Großen Halali zum Hubertustag, der Stralsunder Shanty-Chor „De Saalhund" mit Seemannsgarn und -liedern sowie der Ostpreußensänger „BernStein" aus Lübeck. Außerdem startet wieder die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen". Die Heimatkreise sind wie immer ausgeschildert. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang und Königsberger Marzipan ist gesorgt. Parkplätze sind genügend vorhanden. Das Große Herbsttreffen der Ostpreußen 2006 endet gegen 17 Uhr.



Niedersachsen

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Helmstedt – Sonnabend, 18. November, 12.30 Uhr, Teilnahme am Volkstrauertag auf dem St.-Stefanie-Friedhof.

Osnabrück – Freitag, 17. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bürgerbräu".



Nordrhein-Westfalen

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 16. November, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düren – Freitag, 17. November, 18 Uhr, Heimatabend der Gruppe.

Ennepetal – Donnerstag, 16. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube.

Essen – Freitag, 17. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Sternquelle", Schäferstraße 7, 45128 Essen, nähe RWE-Turmes.



Rheinland-Pfalz

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Kaiserslautern – Sonntag, 17. November, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.



Sachsen

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Landesgruppe – Die Landesgruppe feierte ein frohes Herbstfest zum Gedenken an die Heimat. Der Landesvorsitzende Kühnappel eröffnete die Veranstaltung. Er wünschte allen frohe, gemeinsame Stunden. Als besonderer Gast war Herr Patt (MdL / CDU) erschienen. Er hielt die Festrede und versprach unter anderem auch, die Zusammenarbeit mit dem Landesverband zu verbessern. Es folgten Grußworte, unter anderem von Kurt Weihe und Max Duscha. Für sehr gute Arbeit erhielt der Vorsitzende der Gruppe Freiberg die silberne Ehrennadel. Als weitere Ehrung wurde dem Ehepaar Weihe der Kulturpreis 2006 der Landesgruppe verliehen. Sie halten engen Kontakt zum Deutschen Verein in Lyck und unterstützen diese Gruppe bei ihrer Arbeit. Kultur und Brauchtum der Heimat sind ihr oberstes Gebot. Mit kulturellen Beiträgen und Musik sind sie stets bereit, die Veranstaltungen in Sachsen zu bereichern. Am Nachmittag folgte ein Kulturprogramm. Die neunjährige Helene unterhielt mit einigen Musikvorträgen am Keyboard. Kurt Jurgeit erfreute die Zuhörer mit vielen lustigen Beiträgen in ostpreußischer Mundart. Gelegenheit zum Plachandern hatten die Teilnehmer bei Unterhaltungsmusik, dargebracht von Dr. Scheffler und Lm. Harwardt. Gemeinsames Singen der Heimatlieder unterstrich die Zusammengehörigkeit der Landsleute. Der Vorsitzende bedankte sich für die rege Teilnahme.

Chemnitz – Die Gruppe ist jetzt im Internet zu erreichen: www.low-kreisgruppe-chemnitz.de. Diese Internetseite soll Zeugnis sein für die Arbeit

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Siegfried Kugies feierte 80. Geburtstag – Die Angerburger werden älter. Am 3. Oktober konnte auch Siegfried Kugies seinen 80. Geburtstag feiern. Aus nah und fern waren die vielen Gäste angereist, um dem Ehrenvorsitzenden der Trebuer Gemeindevertretung am Tag der Deutschen Einheit zu gratulieren. So unter anderem der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach, Vertreter der „Stiftung Bundesbahn Sozialwerk" und hohe Offiziere der US-Air Force in Deutschland. Natürlich waren auch Familienangehörige, Freunde und Nachbarn gekommen. Dazu spielte eine Dixie Band der US-Streitkräfte aus Schwetzingen. Er wurde in Eschingen im Kreis Angerapp am 3. Oktober 1926 geboren, 1932 übernahmen die Eltern einen größeren Bauernhof in Klein Budschen im Kreis Angerburg. Zunächst besuchte Siegfried Kugies die Volksschule in Klein Budschen. Dann wechselte er zur Hindenburg-Schule in Angerburg und lebte dort in einer Pension. An den Wochenenden fuhr er mit dem Fahrrad von Angerburg nach Klein Budschen. Das waren 16 Kilometer. Im schneereichen kalten ostpreußischen Winter kam er nur alle vier Wochen mit dem Zug und mit dem Schlitten nach Hause. Im Sommer 1944 endete für ihn diese schöne Zeit. Am 7. Juni 1944 wurde er als 17jähriger zur Ardennen-Offensive eingezogen. Als gerade 18jähriger geriet er am 22. Januar 1945 in Belgien in amerikanische Gefangenschaft. Am 23. März 1945 wurden die deutschen Kriegsgefangenen mit einem Truppentransporter in die USA verlegt. Die Überfahrt nach New York dauerte vier Wochen und war nicht ungefährlich, denn deutsche U-Boote griffen den Geleitzug an. 1946 wurden die Kriegsgefangenen von den USA den Engländern zur Arbeit übergeben. In Wales arbeitete Siegfried Kugies auf einem Bauernhof und verabschiedete sich am 10. April 1948 von den neuen Freunden. Am 17. April 1948 traf er dann in Trebur ein, da seine Eltern hier eine bescheidene Unterkunft gefunden hatten. Nun ging es darum, sich beruflich neu zu orientieren. Das gelang mit der Einstellung bei der Deutschen Reichsbahn am 7. Juni 1948. Danach ging es beruflich langsam aufwärts. Am 23. Mai 1952 wurde geheiratet. Ehrenamtlich engagierte er sich in der Gewerkschaft der Eisenbahner, beim „Bundesbahn-Sozialwerk" und in der Arbeitsgemeinschaft der SPD plus 60. aber auch in der Kommunalpolitik war Lm. Kugies tätig und übte 16 Jahre das Amt eines Vorsitzenden der Gemeindevertretung in Trebur aus. Für sein beispielhaftes Engagement wurde ihm am 5. Juli 1990 vom Bundespräsidenten auf Antrag der Deutschen Bundesbahn das „Verdienstkreuz am Bande" verliehen.

Auch für die deutsch-amerikanische Freundschaft setzte er sich ein und wurde dafür von den US-Streitkräften mit einer besonderen Auszeichnung für Zivilpersonen geehrt. Ebenso am Herzen liegt ihm die deutsch-polnische Verständigung. Der Schüleraustausch zwischen Benkheim (Banie Mazurskie) im Kreis Angerburg und Trebur geht auf seine Initiative zurück. Dafür hat sich der Jubilar auch finanziell engagiert. So verzichtete er auch diesmal auf Geburtstagsgeschenke zu Gunsten einer Spende für den Jugendaustausch mit Benkheim (Banie Mazurskie). Für die Johanniter-Sozialstation in Angerburg (Wegorzewo) werden bereits Medikamente gesammelt, die im kommenden Jahr dort angeliefert werden sollen. Diese vielen Aktivitäten konnte Siegfried Kugies aber nur ausüben, weil seine Frau Rosel geb. Jäger das nötige Verständnis dafür aufgebracht und ihn unterstützt hat. Herzlichen Glückwunsch auch dieser Stelle zu diesem hohen Geburtstag von der Kreisgemeinschaft Angerburg.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

28. Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen / Ostpreußen 2006 – Das vorweihnachtliche Treffen wird am Sonnabend, 25. November 2006, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr im Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, stattfinden. Diese Jahreszeit, die im besonderen schmerzliche Erinnerungen bei den Vertriebenen an die Heimat weckt, wird Anlaß sein, ein besonderes kulturelles Programm zu erstellen und darzubieten. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 Abzweig Neustadt-Glewe oder mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet für den Weitgereisten zu Sonderkonditionen eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefon (03 87 26) 8 80 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (0 38 71) 22 62 38, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@gmx.de

Sondertreffen 2006 – Zu dem dreitägigen Brandenburger Sondertreffen Mitte Oktober in Rotenburg an der Wümme, das von dem Kirchspielvertreter Andreas Knitsch geleitet wurde, waren 74 Landsleute angereist, die gemeinsam an diesem Wochenende der ostpreußischen Heimat gedachten. Der Kirchspielvertreter hatte wieder viele interessante Beiträger zusammengetragen, und seine Zuhörer so begeistern können, daß das nächste Sondertreffen gleich vereinbart wurde.

Die Stadtvertreterin vom Stadtteil Heiligenbeil-Nord – Ursula Godzina, erinnert ihre Landsleute an das „Heiligenbeiler Treff" in Düsseldorf am 11. November 2006. Sie wird wieder viel Neues aus der ostpreußischen Kreisstadt und vom Hauptkreistreffen in Burgdorf für die Landsleute mitbringen können. Der Heimatfreund Walter Hennig hat einen Diavortrag vorbereitet und freut sich auf interessierte Zuhörer. Die Stadtvertreterin hofft auch dieses Mal wieder auf rege Beteiligung. Sie wird ab 10 Uhr die Landsleute im Veranstaltungszentrum des Gerhard-Hauptmann-Hauses begrüßen. Für das leibliche Wohl ist vorgesorgt. Ursula Godzine bittet um Anmeldungen unter der Telefon (0 21 54) 73 44 und bietet eine Heimatreise in der Zeit vom 9. bis 17. Juni 2007 an. Die Fahrt geht von Düsseldorf zur pommerschen Hauptstadt Stettin und zur Zwischenübernachtung nach Kolberg. Weiter über Gdingen, Zoppot und Danzig nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung und über das Haff nach Frauenburg. Weiter über Elbing nach Heiligenbeil. Anmeldungen nimmt die Stadtvertreterin gerne entgegen.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (0 22 34) 7 19 06, Am Clarenhof 18, 50859 Köln

Hauptkreistreffen in Köln – Seit rund 14 Jahren treffen sich im zweijährlichen Rhythmus die Mitglieder der Kreisgemeinschaft. Für die letzten Vorbereitungen haben sich neun der „ganz Getreuen" eingefunden. Es gilt zunächst, die repräsentativen und schweren Schautafeln mit Bildmaterial aus der Heimat und Begleittext zu versehen. Dazu müssen diese erst mal aus ihrer festen Verpackung gelöst werden. Auch wenn die „Hilfstruppe" überwiegend das 70. Lebensjahr überschritten hat, packt jeder so kräftig zu, wie er kann. Beeilen tut not, denn schon gegen 10 Uhr will man am ermländischen Gottesdienst teilnehmen. Dort erwartet der Neupriester Arnold Margenfeld schon auf seine „Schäfchen". Die „Hilfstruppe" ist überrascht, daß ein Spätberufener soviel Elan und Freude ausstrahlen kann und die zumeist viel ältere ermländische Gemeinde so erfrischend mitreißt. Kein Wunder, schließlich ist er auch Ermländer. Andere lassen sich spätestens in seinem Alter pensionieren. Leider wird hier deutlich, daß sich die Reihen der einst mit Ermländern gefüllten Kirche nun merklich gelichtet haben. Anschließen wanderte man gemeinsam zurück zum Veranstaltungsort, dem Kolpinghaus. Viele begrüßten sich schon hier oder unterwegs und freuten sich, das ein oder andere bekannte Gesicht wiederzusehen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist immer wieder erstaunlich. Der Saal war inzwischen prächtig geschmückt. Der Kreisvertreter Steffen begrüßte die Ankommenden. Er hieß sie herzlich willkommen und gedachte der inzwischen Verstorbenen. Besonders erinnerte er an Dr. Horst Köpnick, der durch seine Arbeit für den Heimatbrief große Verdienste erworben hatte. Es wird schwer sein, einen geeigneten Nachfolger für ihn und seine selbstlose Arbeit zu finden. Aber auch Alfred Krassuski, ein langjähriges Mitglieder der Kreisgemeinschaft, wird eine Lücke hinterlassen. Der Saal war inzwischen ziemlich gefüllt, wenn auch nicht alle Tisch voll besetzt waren. die Lücken werden größer – von mal zu mal. Aber ist es nicht ein „Wunder", daß 61 Jahre nach Flucht und Vertreibung noch so viele Menschen zusammenfinden, um miteinander Gedanken und Erinnerungen auszutauschen? Steffen berichtet unter anderem über das Jubiläum der Patenschaft Landkreis Emsland – Kreisgemeinschaft Heilsberg. Danach, von dem Engagement der Kreisgemeinschaft in der Heimat, wo zum Beispiel die Sozialstation der Johanniter unersetzlich gute Arbeit leistet. Er bedauerte den Umstand, daß keine Gruppe des

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

Deutschen Vereins aus Heilsberg zugegen war. Auch die zur Zeit bestehenden politischen Differenzen zwischen Polen und Deutschland blieben nicht unerwähnt. Auf das Jubiläum von 700 Jahren Heilsberg im Jahre 2008 machte er aufmerksam und bat um die Teilnahme an den Feierlichkeiten.

Schließlich kam Lm. Poschmann zu Wort. Er berichtete über verscheidende Aktivitäten, unter anderem erzählte er von Pfarrer Perles, der im Sommer einige Schüler aus Guttstadt mit ihrem Lehrer in Berlin zu Besuch hatte. Diese hatten den Deutsch-Wettbewerb im dortigen privaten Gymnasium gewonnen und diese Reise als erster Preis erhalten. Ein erfrischender Bericht einer 13jährigen Schülerin wird in den Ermlandbriefen stehen. Natürlich warb er auch um Engagement für die dortige Orgel, deren Renovierungskosten bisher nur zu 50 Prozent gedeckt sind. Erwähnt wurde von ihm auch, daß die Instandsetzung des Guttstädter Doms noch über Jahre hinweg viele Mittel verschlingen wird. Für den Nachmittag hatte ein Freund aus Berlin einen neuen Heimat-Erlebnisfilm zur Verfü-gung gestellt. Danach ging es zurück zu Kaffee und Kuchen. Währenddessen trat eine Gesangsgruppe auf, die mit Heimat- und Volksliedern zu begeistern wußte. Wessen Herz schmolz nicht beim „Ännchen von Tharau“. Es war bedauerlich, daß der Tag so schnell vorbei war und viele zur Heimreise drängen mußten. Auf die „Restgemeinde“ der Getreuen wartete dann das Ab- und Aufräumen sowie Wegtragen. Am Vormittag gab es noch eine kleine Fortsetzung. Die „Restgemeinde“ traf sich an der Kölner Gemäldegalerie des Wallraf-Richartz-Museums, wo eine engagierte junge Kunsthistorikerin anhand von erlesenen Gemälden zunächst in die Zeit des frühen Mittelalters entführte bis hin zum Impressionismus, wo die „Reise“ in die Vergangenheit zu früh endete. Eine letzte gemütliche „Tischgemeinschaft“ folgte, bis dann endgültig Abschied genommen werden mußte.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83-21 51

Wahlen zur Königsberger Stadtvertretung – Ende September wurden in Duisburg die folgenden Landsleute in die neue Königsberger Stadtvertretung gewählt. Die Wahlzeit läuft bis 2009: Dora Arnold, Barbara Becker, Hermann Bock, Heinke Braß, Prof. Dr. Günter Brilla, Gotthard Conrad, Katrin Ehlert-Kaid, Dr. Lothar Förmer, Siegfried Fritsch, Johannes v. Gottberg, Charlotte Gottschalk, Lorenz Grimoni, Annelies Kelch, Franz Ulrich Klein, Lothar Lamb, Günter Lange, Dr. Heinrich Lange, Harald Mattern, Viktor Napierski, Lea Naß, Dr. Erhard Neuhoff, Dr. Eberhard Neumann von Meding, Marianne Neuman, Ferdinand Nolte, Christa Pfeiler-Iwohn, Beatrice Quast, Gerhard Rautenberg, Martin Schmidtke, Prof. Dr. Ulrich Schoenborn, Dr. Wolfgang Schulz, Willi Skulimma, Gerhard Thal, Dr. Wulf D. Wagner, Dr. Christean Wagner, Horst Warthun, Klaus Weigelt, Andreas Wendler, Dr. Christian Will, Luise Wolfram, Ursula Zimmermann, Dietrich Zlomke. Die neue Stadtvertretung tritt am 24. und 25. März 2007 zu ihrer Konstituierenden Sitzung mit Wahl des neuen Stadtausschusses in Mülheim an der Ruhr zusammen. Eine gesonderte Einladung erfolgt rechtzeitig durch die Geschäftsstelle.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Tel. (02 31) 37 37 77, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

Kreistreffen in Herne – 60 Jahre nach Flucht und Vertreibung, aus der uns angestammten Heimat Ortelsburg und Ostpreußen bezeugen immer noch Tausende unserer Landsleute ihre feste Verbundenheit mit der Heimat und ihre Zusammengehörigkeit als eine Schicksalsgemeinschaft. So konnte der Kreisvertreter Edelfried Baginski zu Beginn der Feierstunde im Herner Kulturzentrum mehr als 1000 Besucher begrüßen. Unter ihnen waren die Bürgermeisterin Erika Wagner von der Patenstadt Herne in Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters Horst Schiereck, aus Ortelsburg (Szczytno) der Bürgermeister Pawel Bielinowicz mit seiner Frau, der stellvertretende Landrat Szubka und der Schuldirektor Dr. Kudrzycki, die Abordnung des deutschen Kulturvereins „Heimat“ mit dem Vorsitzenden Edmund Kucinski. Besonders begrüßt wurden auch der frühere Kreisvertreter Wilhelm Geyer, die ehemalige Bürgermeisterin Helga Höffgen sowie die Vertreter unserer schlesischen Schicksalsgefährten, Bärbel Gräsner und Siegfried Töpfer. Weiterhin Landsleute die aus den USA und Kanada angereist waren. Andere Eingeladene wie Ingrid Fischbach (MdB), Landrat Andrzej Kijewski und Else Ritzenhoff ließen Grußworte übermitteln. Nach einem musikalischem Intermezzo hielt der Kreisvertreter seine Ansprache. Themen waren Heimatliebe, Patriotismus, Flucht und Vertreibung sowie der Neubeginn im freien Teil Deutschlands, wobei er mit Dankbarkeit feststellte, daß die Stadt Herne in den vergangenen Jahrzehnten unabhängig vom Wechsel der verantwortlichen Personen stets zu der Patenschaft zu den Ortelsburgern gestanden hat.

Zu unseren Bemühungen um Versöhnung und Zusammenarbeit mit den heutigen Bewohnern Ortelsburgs (Szczytno) führte er die Anwesenheit der polnischen Gäste als einen Beweis an, daß der gute Wille auf polnischer kommunaler Ebene dazu vorhanden ist, auch wenn es Kräfte gibt, die dieser von uns

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

der Heimatvertriebenen vor Ort. Für einen regen Informationsaustausch steht unter anderem ein Gästebuch zur Verfügung. Sollte eine Verknüpfung erwünscht sein, setzen Sie sich bitte mit Alexander Schulz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, in Verbindung. – Mit Trauer vernahmen die Mitglieder der Gruppe die Nachricht vom Tode der Leiterin der Frauengruppe, Ruth Baumgart. Sie war Ostpreußen und ihrer Geburtsstadt Königsberg in besonderer Weise verbunden. Die Vertreibung und der Verlust ihrer Familie hat sie nachhaltig geprägt. Elternlos irrte sie als Kind jahrelang durch Litauen. In Erinnerung bleibt sie für die Gruppe als ein Mensch, der Verehrung und Hochachtung für die Zielstrebigkeit in seinem Leben verdient hat. Alle Hoffnung auf Genesung war seit kurzer Zeit vergebens. Neben der Trauer über den Verlust ist die Gruppe dankbar, daß sie so uneigennützig das Vereinsleben bereichert hat. In Würdigung ihrer Verdienste wurde ihr das Silberne Ehrenzeichen der LO verliehen. Für die Erhaltung der Werte von ostpreußischem Brauchtum und Tradition wurde ihr 2005 der Kulturpreis vom Landesvorsitzenden Kühnappel überreicht. Das Abschiednehmen fand in aller Stille statt.

Dresden – Dienstag, 7. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3. Es wird einen Videovortrag: „Kurische Nehrung und Erlebnisbericht Segelfliegen / Rossitten“ gegeben.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 15. November, 14 Uhr, Handarbeits-Frauennachmittag im Bestehornhaus, Zimmer Nr. 6.

Dessau – Montag, 13. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Motto: „Wir waren zu hause“.

Halle – Montag, 4. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der „Volkssolidarität“, Reilstraße. Das Seniorenkabarett „Die Oldies“ führt ihr neues Stück „Kindisch sein ist fein.“



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Oldesloe – Prächtige Sträuße bunter Herbstblumen leuchteten auf der Kaffeetafel, dazwischen Äpfel und Kürbisse – alles aus den Gärten der Mitglieder. Die Geburtstagskinder des letzten Monats wurden mit einem Blumenstrauß geehrt und einem Gedicht von Frau Kosuch. Dann hörten die Teilnehmer eine kleine Geschichte über das Brot, die ein Vertreter der jungen Generation geschrieben hatte. Die Lesung löste Zustimmung und Erinnern bei den Zuhörern aus. Redewendungen und Bibelzitate las Katharina Makarowski, und Herta Nowack sprach über das Essen in Ostpreußen, bei dem auch das Trinken nicht vergessen werden durfte. Leider mußte auch in diesem Jahr das Erntegedenken des Kreisverbandes, aus Kostengründen, im Rathaus entfallen – an dem sich die Oldesloer stets rege beteiligten.

Bad Schwartau – Mittwoch, 8. November, „Königsberger-Kaliningrader Spezialitäten“, unter diesem Motto bringt Harald Breede Neues aus Königsberg mit. – Der Landesvorsitzende Edmund Ferner hielt einen Vortrag über „Ernst Wiechert – Ein Dichter von Weltgeltung“. Er brachte diesen einst sehr bekannten und oft gelesenen, heute aber in Deutschland zu Unrecht fast vergessenen Schriftsteller nahe. Das literarische Erbe Wiecherts paßt sehr gut in die heutige Zeit, wie Edmund Ferner in seinem Vortrag darlegte. Sein Bemühen nach Verständigung zwischen den Menschen in seinen Werke macht ihn zu einem auch heute noch aktuellen Dichter. Seine Romane und Novellen sind ein bleibendes Denkmal seiner Heimat Masuren geworden. Mit seiner zeitlichen Übersicht des Lebens Wiecherts nahm Ferner die Zuhörer mit auf eine Zeitreise durch das bewegte, zeitweise tragische Leben des Schriftstellers. Dabei ließ er Ernst Wiechert immer wieder selbst zu Wort kommen. Birgit Kreil, die jeweils passend zum Vortrag einige Passagen aus Wiecherts Werken las, ließ den Dichter allen gegenwärtig werden. Ein bewegtes Leben, das am 18. Mai 1887 im Forsthaus Kleinort in Ostpreußen begann und am 24. August 1950 in Frieden auf dem Rütihof endete.

Fehmarn – Dienstag, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“. Willi Börke zeigt Dias von Rußland. – Ein großes Theatererlebnis für die 40 Landsleute aus Fehmarn, Neustadt, Eutin und Schönwalde a. B. war die Aufführung der „Dittchenbühne“ mit dem 1904 geschriebenen Stück „Der Storm“ von dem Schriftsteller und Dramatiker des Naturalismus Max Halbe. Ein Stück, das unter die Haut ging, in erster Linie Verdienst des großartigen Ensembles des Theaters und deren Regisseurin Vilija Neufeldt. Eine Aufführung, die man noch lange in Erinnerung behalten wird.

Neumünster – Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé konnte viele Mitglieder und Gäste zur Erntedankfeier begrüßen. Günther Bogdahn, Manfred Heinrich, Gerd Höpfner und Brigitte Profé konnten mit Erntedank- und herbstlichen Gedichten und Geschichten erfreuen. Natürlich wurde auch über ostpreußische Bräuche und Sitten von damals berichtet. Mit musikalischer Begleitung wurden viele Lieder gesungen, und Zeit zum Plachandern blieb auch.

Uetersen – Freitag, 17. November, Treffen der Gruppe im „Ueterst End“. Joachim Rudat hält einen Vortrag über die geschichtliche Entwicklung von Estland und den anderen baltischen Staaten. – Bei der letzten Veranstaltung waren die Sängerinnen der Moorreger Liedertafel mit ihrer Chorleiterin Irina Schefer sowie der Vorsitzenden Ingrid Weinberg anwesend. Es war nicht das erste Mal, daß die Moorreger Liedertafel dort gastierte. Die Vorsitzende Ilse Rudat begrüßte die Gäste sehr herzlich und bedankte sich bei der tüchtigen Helferschar, die wieder für die Ausgestaltung dieses Nachmittags gesorgt hatte. Vor dem Kaffeetrinken erfreuten die Moorreger Sängerinnen alle zur Einleitung mit dem schönen Lied „Ännchen von Tharau“. Die Chorleiterin schien hiermit die richtige Wahl getroffen zu haben, denn es wurde kräftig applaudiert. Nach der Kaffeepause übernahm die Dirigentin die weitere Programmgestaltung und brachte mit einem Herbstlied die Zuhörer in die richtige Stimmung. Weitere ähnliche Lieder folgten. Zum Schluß gab es viel Applaus von den Zuhörern und für die Vereinsvorsitzende Ingrid Weinberg und Chorleiterin Irina Schefer Blumen vom stellvertretenden Vorsitzenden der Uetersener, Wolfgang Fiedler, überreicht.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

gewünschten Aussöhnung ablehnend gegenüberstehen. „Es wäre ein sichtbares Zeichen der Versöhnung, wenn sich Deutsche und Polen gemeinsam der Vertreibung und ihrer Opfer erinnern, denn auch Polen sind vertrieben worden. Der von uns angestrebte Gedenkstein in Ortelsburg wäre ein Symbol für eine bessere gemeinsame Zukunft, denn Erinnerung und Trauer sind nach diesem Zeitablauf von 60 Jahren kein Hindernis, sondern Voraussetzung für einen freundschaftlichen Neubeginn“. Im letzten Teil seiner Rede beschrieb und begründete er die Langlebigkeit und Vitalität unserer Kreisgemeinschaft. Dabei erwähnte er die Heimattreffen, den Ortelsburger Heimatboten, die Heimatstube in Herne, die Heimatliteratur, die immer noch erweitert wird, die zahlreichen Reisen in die Heimat und die Hilfe und Unterstützung unserer deutschen Schwestern und Brüder in der Heimat. Nach einem gemeinsamen Lied und dem Gedichtvortrag von Helga Frankiewicz, sprach der 2. Vorsitzende Dieter Chilla die Totenehrung – begleitet durch ein Trompete mit dem Lied vom guten Kameraden.

Die Bürgermeisterin Erika Wagner begrüßte die Anwesenden und dabei besonders die deutsche und polnische Abordnung aus Ortelsburgs (Szczytno). Sie zeigte sich beeindruckt von der Lebendigkeit und dem Zusammenhalt der Ortelsburger Kreisgemeinschaft. Der Verlust der Heimat war eine traumatische Situation, die nur jene allein ermessen können, die es miterlebt haben. Lobend betonte sie die Intensität der Patenschaft, die auch künftig nicht nachlassen sollte, wobei Heimatstube, Martin-Opitz-Bibliothek und die Heimattreffen immer wieder Gelegenheit zum Austausch und zur Begegnung bieten. Sie begrüßte den Dialog mit dem heutigen Ortelsburg (Szczytno) über die Geschichte, über leidvolle Erfahrungen und den Willen, gemeinsame Wege in eine friedliche Zukunft zu gehen. Dabei zitierte sie aus der Rede des Bundespräsidenten zum „Tag der Heimat“ in diesem Jahr. Sie schloß mit den Worten: „Und ich hoffe, Sie fühlen sich hier so wohl wie zu Hause und daß dem diesjährigen Kreistreffen in Herne noch viele weitere folgen werden“.

Anschließend dankte Edmund Kucinski der Kreisgemeinschaft für die Einladung zum Kreistreffen und für die langjährige Unterstützung des deutschen Kulturvereins „Heimat“ und der deutschen Landsleute. Nach ihm sprach Bürgermeister Bielinowicz Grußworte, übersetzt durch Herrn Kwoka von der Martin-Opitz-Bibliothek. Er überbrachte im Namen der Einwohnerschaft des „Ortelsburger Landes“ herzliche Grüße und lud die Ortelsburger zu Besuchen ihrer Heimat ein. Unter anderem sagte er, daß der Bau eines gemeinsamen Europas in den Herzen anfängt. Auf solchen Fundamenten wächst dann das Gebäude der Versöhnung, Zusammenarbeit und gegenseitige Achtung. Kinder, Jugend und Studenten des Lehrerkollegs nehmen an vielen internationalen Treffen teil, sie haben inzwischen Kollegen und Freunde in Rathenow, Bad Kreuznach, Braunschweig und anderen Orten. Dazu passend wurde am Vortag, zwischen dem Herner Bürgermeister Dr. Uli Paetzel und dem Bürgermeister von Ortelsburg (Szczytno), Herrn Bielinowicz, eine möglichst rasche Unterzeichnung der Partnerschaft der Städte vereinbart. Er bedankte sich für die Einladung sowie den herzlichen Empfang und lud zu einem Wiedersehen nach Ortelsburg (Szczytno). Nach einem weiteren Lied sprach Dieter Chilla die Schlußworte. Er dankte allen, die an dieser eindrucksvollen, festlichen Veranstaltung mitwirkten, und nannte dabei unter anderem die Original Resser Musikanten, die Mitarbeiter der Stadt Herne sowie Willi Becker und seine Mannschaft. Kritisch vermerkte er den scharfen Ostwind, der den Vertriebenen in den vergangenen Wochen aus dem politischen Polen entgegenwehte. Das hat ihn und auch viele der nach dem Krieg geborenen Generation irritiert, die sich seit Jahrzehnten in den verschiedensten Einrichtungen aktiv um Völkerverständigung zwischen Deutschen und Polen bemüht haben. Bezugnehmend auf den US-amerikanischen Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Dr. Martin Luther King mit den Worten „Ich habe einen Traum“, beschrieb Chilla seine Vorstellungen von einer guten Zukunft der Kreisgemeinschaft und damit aller Vertriebenen. Alles dafür Nötige zu unternehmen, dieses Ziel zu verwirklichen, gilt auch die Arbeit der Kreisgemeinschaft. Eine grenzüberschreitende, völkerversöhnende Arbeit – dies ist einer der Gründe für die Treffen, aber auch um Gemeinsamkeiten zu erleben, zu schabbern und plachandern.

Danach wurde zunächst für das leibliche Wohl gesorgt. Reger Betrieb herrschte an den Bücherständen und der Fotoausstellung im Foyer. Lm. Goetz stellte eine CD mit von ihm komponierten Liedern mit dem Titel „Heimatgedanken“ vor, die auf einiges Interesse stieß. Die frohe Wiedersehensfeier dauerte bis 18 Uhr, als auch die letzten Heimattreuen den Saal verließen mit dem Vorsatz: im kommenden Jahr wieder am 16. September dabei zu sein. Die polnischen Gäste und der Kreisvorsitzende wurden am Montag noch vom Oberbürgermeister Horst Schiereck zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen, bevor sie die Heimreise antraten.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, Tel. (0 22 23) 2 45 33, Fax (0 22 23) 90 52 52, lehmann.vinxel@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 20 09 89, Fax (0 41 01) 51 19 38, E-Mail: manfred.klein.rositten@malletech.de.

Sowjetisches Lager 7533 in der Preußisch Eylauer Infanteriekaserne: Gibt es noch Zeitzeugen? Hinweise zum Verbleib der Toten gesucht – Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sucht gegenwärtig in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau auf dem südlich und westlich an die Infanteriekaserne angrenzenden Gelände, das „in deutscher Zeit“ als Standortübungsplatz diente, die Massengräber von Lagertoten, die dort wahrscheinlich in Schützen- oder Panzergräben beerdigt wurden. Bisher konnte trotz intensiven systematischen Suchens noch keine Grablage entdeckt werden. Die Zeit geht dahin, und fast alle, die damals den Lageraufenthalt überlebt haben, sind inzwischen verstorben. Vielleicht wird durch diesen Aufruf doch noch jemand gefunden, der Hinweise darauf geben kann, wohin die Lagertoten transportiert wurden. Wer eigene Erinnerungen hat oder jemanden kennt, der von den – in der Anfangszeit täglichen – Beisetzungen mehr wissen könnte, wird dringend um möglichst baldige Auskunft gebeten. In dem Lager wurden vorwiegend Zivilpersonen, aber auch ein Anteil Kriegsgefangene festgehalten. Die Zivilisten stammten nicht nur aus der Umgebung von Pr. Eylau, sondern aus vielen Teilen Ostpreußens.

Folgende Angaben sind für das Auffinden der Grablagen bedeutsam – Welche Richtung schlugen die Totenwagen nach Verlassen des Kasernentors ein? Welchen Weg / welche Wege nahmen sie? Bitte Orientierungspunkte angeben und möglichst Skizzen fertigen! Wo genau befanden sich damals Gräben beziehungsweise Gruben, die für die Massengräber in Frage kamen? Wahrscheinlich wurden die Toten nicht unmittelbar neben der Kaserne, aber auch nicht allzuweit von ihr entfernt beigesetzt. Der Volksbund und die Kreisgemeinschaft bitten ferner um Angaben, wo 1941 bis 1945 deutsche Soldaten in Preußisch Eylau begraben wurden. Hierzu sind in den Listen des Volksbunds verschiedene Friedhofsbezeichnungen zu finden: „Evangelischer Friedhof“, „Gemeindefriedhof“, „Heldenfriedhof“. Wir bitten um die möglichst genaue Angabe der Grablage, ebenfalls nach Möglichkeit mit Skizze. Wichtig ist auch die Unterscheidung, ob ein Grab vor der sowjetischen Besetzung (auch Gräber aus dem Ersten Weltkrieg) oder danach angelegt wurde. Natürlich ist der Volksbund auch an anderen Orten interessiert, wo im Krieg oder nach dem Krieg im Kreis oder generell in Ostpreußen Soldaten bestattet worden sind. Die Angaben werden erbeten an den Kreisvertreter Martin Lehmann, Im Taufenbachsgarten 2, 53639 Königswinter, bitte nur schriftlich oder per Fax (0 22 23) 90 52 52 oder per E-Mail: lehmann.vinxel@t-online.de.



WEHLAU

Kreisvertreter (kom.): Hans Schlender, Telefon (0 4 0) 20 97 67 35, Fax (040) 20 97 30 80, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, E-Mail: hans.schlender@freenet.de

Hauptkreistreffen 2006 im Kurhaus in Bad Nenndorf – Bei diesem Hauptkreistreffen ist dem Cheforganisator Otto Daniel, auch liebevoll „der Kurdirektor der Wehlauer“ genannt, mit seiner Programmgestaltung unter Mithilfe von Magdalena Dörfling ein großer Wurf gelungen. Mit ihrem Programm „Vom Herzen kommt es, zum Herzen geht es“ baute die Folkloregruppe Wandersleben im Landesverband Thüringen unter der Leitung von Irene Rommeis bei ihrem Auftritt am Sonnabendnachmittag im großen Saal des Kurhauses für jeden der Anwesenden eine Brücke zur geliebten Heimat Ostpreußen mit unbeschwerter Kindheit. Diese vielseitige Gruppe sang und spielte ostpreußisches Brauchtum in verschiedenen Variationen. Herrlich das alte Lied „Anne Memel, anne Memel do wull wi nu gohn ....“, der „Bleich-Tanz“, der Tanz vom Erntefest mit dem Ausdreschen mit Flegeln und vieles, vieles mehr. Lieder wie „Ännchen von Tharau“ und andere bildhafte Weisen sowie die getanzte „Annen-Polka“ von Johann Strauß in historischen Kostümen rundeten den Beitrag am Sonnabendnachmittag ab. Es gab tosenden Beifall für diese eindrucksvollen Darbietungen.

Am Abend des ersten Treffenstages (Freitag, 22.9.) gab es für die über hundert Besucher ein musikalisches Unterhaltungsprogramm mit dem bewährten Alleinunterhalter Robert Thorn und seinem musikalischen Partner Kaz Samujlo aus Kanada, einem erstklassigen Trompeter. Am Sonnabendabend erfreuten die Bordenauer Dorfmusikanten mit kerniger Blasmusik die Wehlauer. Später spielte in bewährter Weise Wilfried Alf zum Tanz auf. Es wurde erfreulicherweise tüchtig getanzt. Der Kreisvertreter Joachim Rudat konnte beim Hauptkreistreffen 260 Besucher begrüßen. Während der drei Tage herrschte im geräumigen Foyer des Nenndorfer Kurhauses ein buntes Treiben, belebt durch die schmucken Verkaufsstände mit Königsberger Marzipan, vielen Büchern und Bernsteinschmuck.

Hans Schlender und Harry Schlisio hatten tüchtig zu tun an ihren Laptops, und die Bildschirme mit der Foto-Datei waren ständig besetzt. Mit diesem Service haben die Macher der Kreisgemeinschaft für ihre Besucher total ins Schwarze getroffen.

Am Sonntag, dem dritten Treffenstag, besuchten die Landsleute in schöner Tradition das Denkmal der sehr verehrten ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel, um es mit Blumen zu schmücken und einem Beitrag von Magdalena Dörfling erleben. Die Feierstunde im Saal des Kurhauses begann um 10.30 Uhr. Nach der Begrüßung durch den Kreisvertreter Joachim Rudat und einer musikalischen Einleitung kam man zur Totenehrung, die wie immer von Magdalena Dörfling gestaltet wurde. Ihr vorgetragenes Gedicht von Gustav Saltkowski: „Kennst du das Land, wo breit der Pregel fließt ...“ ging allen unter die Haut. Nach einem ehrenvollen Gedenken an das viel zu früh verstorbene Vorstandsmitglied Oberstleutnant a. D. Klaus Schröter und seinen vorbildlichen Einsatz für das Wehlauer Heimatmuseum erklang ergreifend als Trompeten-Solo „Ave Maria“. Er war ein Mitarbeiter mit Visionen, eine Zeitlang stellvertretender Kreisvertreter und dann erfolgreicher Leiter des Wehlauer Heimatmuseums in Syke. Seine Verdienste waren sehr groß, denn er hat das Museum so umgebaut, daß wichtige Exponate hinter Glas bewahrt wurden und das Museum ansonsten ohne Aufsicht betreten werden konnte. Zum Schluß seiner Amtszeit hatte er noch viel zusätzliche Arbeit mit der Beseitigung der Schäden eines Schwelbrandes. Nach einer Gedenkminute spielte ein Trompeter aus Kanada (Kaz Samujlo) das „Ave Maria“. Viel Beifall erhielt die älteste Wehlauerin, Hildegard Lange mit ihren 99 Jahren, die am 12. Januar 2007 100 Jahre alt werden wird.

Dann ehrte der Kreisvertreter Joachim Rudat die verdienstvollen Mitglieder der Kreisgemeinschaft Wehlau: Lothar Suhrau mit dem Wehlauer Ehrenzeichen in Silber, Bruno Tengler ebenfalls mit dem Ehrenzeichen in Silber und den Organisationsleiter der Kreisgemeinschaft Otto Daniel mit einem Ehrenteller der Kreisgemeinschaft. Während Lothar Suhrau von vielen der „Wehlauer Heimatdichter“ genannt wird, wurde Bruno Tengler gewürdigt für sein Buch „Der Friede ist da“ und Otto Daniel als „Kurdirektor der Wehlauer“ in Bad Nenndorf. Die übliche Festansprache hielt diesmal der scheidende Kreisvertreter Joachim Rudat. Er hielt eine Rückschau auf seine 20jährige Amtszeit als Kreisvertreter der Wehlauer und verabschiedete sich mit dieser Rede von seinen Landsleuten mit vielem Dank für ihre Treue und Standhaftigkeit. Diese Rede finden Sie, liebe Landsleute, abgedruckt ab der Seite 8 in unserem Heimatbrief, Folge 76.

Neben dem Heimatbrief stellt die Heimatkreisdatei einen Erfolg unserer jahrelangen Arbeit dar. Dankbar wurde bei dieser Gelegenheit auch der ehemaligen Aktiven und der bereits Verstorbenen Willi Preiß, Werner Lippke, Christa Benz und Hans-Peter Mintel gedacht, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, daß die Kreisgemeinschaft Wehlau unter den ostpreußischen Kreisgemeinschaften eine führende Rolle einnimmt. Erwähnt werden sollen hier nur kurz die 46 000 Namen ehemaliger Bewohner des Kreises Wehlau, die in der Datei erfaßt werden konnten. Es werden zweimal 5600 Heimatbriefe im Jahr versandt. Wichtig sind auch die abgeschlossenen Arbeiten an den Ortsplänen und die Fertigstellung von 116 Ortsbüchern durch Harry Schlisio. Damit ist ein echtes Nachschlagewerk für die Generationen, die nach uns kommen, geschaffen worden. Vergessen dürfen wir auch nicht die 16 000 Bilder aus dem Kreis Wehlau, die Werner Schimkat betreut. Dank ging auch an alle, die mitgeholfen haben, daß das Museum der Wehlauer ein echtes Kleinod geworden ist. Die eindrucksvolle Ruine der alten Wehlauer Ordenskirche ist ein zentrales Denkmal für alle Preußen geworden. Sehr fruchtbar ist die Zusammenarbeit durch den Schüler- und Lehreraustausch mit den russischen Schulen.

Hans Schlender, 2. Vorsitzender, würdigte den scheidenden Kreisvertreter Jochen Rudat für seinen immensen Einsatz, 20 Jahre lang ein aktiver Kreisvertreter zu sein, in einer umfangreichen Laudatio, ebenfalls abgedruckt im Heimatbrief, Folge 76. Während dieser Zeit erhielt Jochen Rudat 1996 das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Im Laufe der Jahre hat er viel Positives bewirkt für die Kreisgemeinschaft, und als Dank verlieh Hans Schlender ihm im Auftrage des Vorstandes die Wehlauer Ehrennadel in Gold und ernannte ihn im Namen des Kreistags zum Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft Wehlau. Mit viel Lob und Dank in schöner Harmonie klang dieses große Treffen mit 260 Besuchern langsam aus.

Ostpreußen unter einem Dach

Das 11. Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern fand wieder regen Zuspruch

Von FRIEDHELM SCHÜLKE

Über 1900 Besucher waren zum 11. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in das Jahn-Sport-Forum gekommen – soviel wie noch nie in Neubrandenburg. Diese Teilnehmerzahl war Lohn der von den Organisatoren geleisteten Arbeit. So wurden zum Beispiel 70 Zeitungen angeschrieben, 3000 Einladungen verschickt und viele Handzettel verteilt. Erfreulich war, daß das Norddeutsche Fernsehen die Veranstaltung filmte und am selben Abend im „Nordmagazin" einen Kurzbericht in Wort und Bild ausstrahlte. Mehr als 40 Helfer aus Neubrandenburg und Anklam hatten die Halle festlich geschmückt, sorgten für einen reibungslosen Ablauf und die anschließende Beräumung. Auf den Tischen standen wie immer große Schilder aller 40 ostpreußischen Kreise mit den beiliegenden Listen, so daß sich die Landsleute anhand der Eintragungen schneller finden konnten.

Zum Auftakt intonierte das Landespolizeiorchester M-V aus Schwerin einen Festmarsch. Manfred Schukat, Landesvorsitzender der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, eröffnete das Treffen und begrüßte die Teilnehmer und Ehrengäste, darunter 130 Landsleute direkt aus der Heimat. So gebe es dreierlei Ostpreußen, die heute als eine Familie unter einem Dach versammelt seien. Die einen landeten im Westen, wo es nach den Entbehrungen der Flucht durch Lastenausgleich und Wirtschaftswunder jedoch bald aufwärts ging. Die anderen blieben in der sowjetisch besetzten Zone mit 40 Jahren SED-Diktatur und DDR-Mangelwirtschaft. Hier war der Anfang mühsamer, und über Ostpreußen oder gar Flucht und Vertreibung zu sprechen war tabu. Am schlimmsten traf es jene Landsleute, die im Osten zurückblieben oder bleiben mußten. Ihnen wurde die eigene Heimat zur Fremde, die Muttersprache verboten; Name geändert, und oft gab es Verschleppungen nach Sibirien oder Einweisungen in Kinderheime. Die ostpreußische Restbevölkerung werde heute als „deutsche Minderheit" bezeichnet. Manfred Schukat nannte es ein desto größeres Wunder, daß die Ostpreußen heute und hier in Neubrandenburg zusammenkommen können. Er rief sodann 26 Fahnen ostpreußischer Heimatkreise auf, die unter Marschklängen des Landespolizeiorchesters in die Halle getragen und von den Landsleuten mit stehendem Applaus begrüßt wurden. Für das folgende geistliche Wort war eigens Kaplan André Schmeier aus Allenstein gekommen. Er thematisierte die massive Entkirchlichung in den neuen Bundesländern und rief die Landsleute zur Rückbesinnung auf. Wer zu spät kommt, den bestrafe auch hier das Leben. Ostpreußen ohne christlichen Glauben ist ein Widerspruch in sich selbst.

Heimatliche Grußworte überbrachten Magdalena Piklaps für die Ostpreußen aus dem Memelland und Heinrich Hoch für den Dachverband der Deutschen in Ermland und Masuren. Beide gaben ihrer Freude Ausdruck, daß sie solch einen Tag unter Landsleuten erleben dürfen. Heinrich Hoch lud alle ein zum Gegenbesuch beim nächsten Ostpreußischen Sommerfest am 21. Juli 2007 in Hohenstein. Marion Haedge vom Heimatkreis Neidenburg übermittelte die Grüße der Kreisvertreter und des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen. Das Grußwort des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband M-V, sprach Reinhard Wegener aus Schwerin, selbst gebürtiger Braunsberger. Eine Spendensammlung im Saal erbrachte über 1600 Euro zugunsten des Volksbundes. Und schließlich hieß der Neubrandenburger Stadtpräsident Günter Rühs, gerade frisch in den Landtag von M-V gewählt, die Ostpreußen in seiner Stadt willkommen. Er ging auf eigene familiäre Bindungen nach Ostpreußen, Pommern und Schlesien ein und traf damit die Wellenlänge seiner Zuhörer. Zum Dank erhielt der Redner einen Bierkrug mit dem Königsberger Wappen und eine Flasche russisches Königsberger Bier.

Das Landespolizeiorchester gestaltete den weiteren Vormittag mit einem erfrischenden Platzkonzert. Aus Kostengründen hatten die Ostpreußen in M-V erstmals die Ausgabe von Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Getränken in eigene Regie genommen.

Eine frohe Atmosphäre bis zum Schluß



Über 1900 Besucher hatten ihren Spaß beim Ostpreußentreffen. Foto: FS

Die ehrenamtlichen Helfer hatten alle Hände voll zu tun, fast 2000 Essenportionen und ebensoviel Kaffee und Kuchen auszugeben. Doch sie bestanden diese Bewährungsprobe hervorragend und trugen damit wesentlich zur Kostendeckung bei. Dicht umlagert wurden ebenso der Büchertisch mit Heimatliteratur und Landkarten sowie der Stand mit Königsberger Marzipan, großen und kleinen Flaschen „Bärenfang". Auch *Das Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung* aus Hamburg und der „Bund Junges Ostpreußen" stellten sich vor und fanden viel Zuspruch.

Die Veranstalter hatten diesmal ein besonderes Programm vorbereitet und die Chöre der Deutschen Vereine aus Ostpreußen eingeladen. Die Landsleute aus Heydekrug, Lötzen, Heilsberg, Bartenstein und Osterode hatten die weite Anreise nach Neubrandenburg nicht gescheut. So richteten sich am Nachmittag alle Augen, Fotoapparate und Kameras auf die mit Fahnen und großen Sonnenblumen festlich geschmückte Bühne. Unter der bewährten Moderation von Heimatsänger Bernd Krutzinna alias „BernStein" kamen am Nachmittag alle Ensembles zum Zuge. Festlich gekleidet und stimmgewaltig trug zunächst der Chor „Heide" aus Heydekrug deutsche und litauische Volks- und Heimatlieder vor. Über die Geschichte und Arbeit ihres Vereines gab Gerlinde Stunguriene als Vorsitzende kurze Informationen. Eine Augenweide war auch die Kinder- und Jugendtanzgruppe „Saga" aus Bartenstein, die in ihren ostpreußischen Trachten ansprechende Volkstänze aufführte. Danach zeigten in bunten Kostümen die Chöre „Stimme der Heimat" aus Lötzen, „Warmia" aus Heilsberg und „Tannen" aus Osterode ihr Können, indem sie ebenfalls Heimatlieder und Gedichte vortrugen. Moderator „BernStein" verstand es, einige Mitwirkende an das Mikrofon zu holen und selber zu Wort kommen zu lassen. So berichteten aus ihrem Leben und der Arbeit ihrer Vereine unter anderem Barbara Ruzewicz aus Lötzen, die auch im Vorstand des deutschen Dachverbandes tätig ist, und Elli Waszkiewicz aus Osterode, die viele Ostpreußen von Besuchen in der Heimat kennen. Ein etwas moderneres, aber um so flotteres Programm boten danach die „Tannen" aus Osterode mit Liedern und Tänzen, und auch der Sänger „BernStein" brachte bekannte und neue, oft selbstverfaßte Ostpreußenlieder aus seinem beliebten Repertoire zu Gehör.

So herrschte bis zum Schluß eine frohe Atmosphäre in der großen Halle. Abgerundet wurde das Programm durch weitere Darbietungen der Folkloregruppe „Saga" und des Chores „Heide", bevor alle Mitwirkenden auf die Bühne gerufen wurden.

Anschließend sprach Manfred Schukat das Schlußwort. Er dankte den fleißigen Helfern für ihren enormen Einsatz und lud die Ostpreußen zu den nächsten Veranstaltungen ein. Für das neue Jahr sind auch wieder zahlreiche Heimatfahrten geplant. Die Ostpreußen gehören zusammen, das hat dieses Landestreffen einmal mehr gezeigt. So hieß es zuletzt: Auf Wiedersehen zum 12. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am 1. September 2007 in der Stadthalle Rostock.

Zahlen-Kreuzwort

Das Ausgangswort ist ATMEN. Wandeln Sie nun auch die restlichen Zahlen in Buchstaben um. Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Buchstaben im Rätsel und im Zahlenschlüssel.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A	T	M	E	N								

14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

6	7	8	9	2		10	11	4	6	12	2	4	13		9		14	4	1	5	12
15		7		4	6	4	5	12	15		1		4	6	4	13		11	13	4	
4	13	16	4	10		1	5	2	13	4	2	4	5		17	4	10	18	19	7	20
	15		21	10	1	13		11		10		9	15	12	2	11	4		5		1
22	7	1	10		3		21	5	4	11	16	4		11		5	11	23	4	1	7
	2		1 A	2 T	3 M	4 E	5 N		12	2	1	13	13	4	5		12		11		10
24	4	12	2		4		1	12	2	4	13		4		1	5	2	11		17	
						1	6	4	13		2	13	11	4	6		4	3	16	15	13
						5	4	16	1	10		15	17	17	4	5		3		5	
						13		1	18	11	4	7		4		1	6	4	5	18	12
						4	9	13	4	5		20	13	7	6	4		13	15	12	4
						18		4		19	24	4	11		15	9	13		23		20
						4	10	4	5		1		3	1	1	13		3	7	12	4
							25		1	13	8	9	11	23		4	26	1	3	4	5
						2	13	1	6		9		5	4	15	5		26		5	
						1	1	13	15	5		3	11	5	4		4	11	12	11	20
						17		11	6	11	19	1		7	13	11	20		21		7
						2	4	4		4		11	18	4	4		21	10	11	3	2

So ist's richtig:

Zahlen-Kreuzwort:

BUCHT■LIEBSTER■H■JEANS
O■U■EBENSO■A■EBER■IRE■
ERPEL■ANTRETEN■FELDZUG
■O■KLAR■I■L■HOSTIE■N■A
QUAL■M■KNEIPE■I■NIVEAU
■T■ATMEN■STARREN■S■I■L
WEST■E■ASTER■E■ANTI■F■
ABER■TRIEB■EMPOR
NEPAL■OFFEN■M■N■
R■ADIEU■E■ABENDS
EHREN■GRUBE■ROSE
D■E■ZWEI■OHR■V■G
ELEN■A■MAAR■MUSE
■Y■ARCHIV■EXAMEN
TRAB■H■NEON■X■N■
AARON■MINE■EISIG
F■IBIZA■URIG■K■U
TEE■E■IDEE■KLIMT

Schüttelrätsel:

■■P■■A■■■■
AUFMERKSAM
■LUKAS■AGA
■MN■REPLIK
WEDELN■ZOO

Mittelworträtsel: 1. Bezug, 2. Stern, 3. Fenster, 4. Muster, 5. Wunder, 6. Stein, 7. Quartier – Zentner

Magisch: 1. Vogesen, 2. Bestand, 3. Meineid

Schüttelrätsel

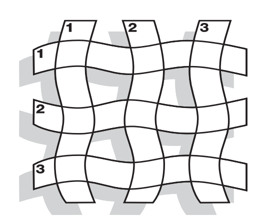
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAEF KMMR SU	ELMU		DFNPU	AELR		AENRS	ALSZ	AGIO	AKMO
AKLSU						AAG			
DEEL NW			EIKL PR						
						OOZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gewichtseinheit.

1	BETT		SCHEIN
2	MORGEN		BILD
3	SCHAU		FLUEGEL
4	SCHNITT		HAFT
5	WELT		BAR
6	EDEL		HART
7	HAUPT		SUCHE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Gebirgszug westlich des Oberrheins,
2 augenblicklicher Vorrat,
3 falscher Schwur

Tiefer Glaube an das Gute

Die Kunsthalle in Emden zeigt Paarbilder von Emil Nolde

Von SILKE OSMAN

Wer nicht träumen und schauen kann, kommt nicht mit", sagte der Maler Emil Nolde einmal und meinte damit „Ausflüge ins Traumhafte, ins Visionäre, ins Phantastische". Träumen und schauen, genau hinschauen werden die Besucher einer Ausstellung, die derzeit in Emden zu sehen ist, ganz gewiß. „Emil Nolde – Paare" lautet der Titel einer wunderbaren Präsentation eines der bedeutendsten Künstler des 20. Jahrhunderts. Die Kunsthalle in Emden macht sich mit dieser hochkarätigen Schau von rund 40 Gemälden und 30 großformatigen Aquarellen, die dort exklusiv zu sehen ist, ein Geschenk zum 20. Geburtstag und beweist, daß Kunst auch abseits der großen Metropolen ein interessiertes Publikum findet. Zu sehen sind darüber hinaus 60 sogenannte „Ungemalte Bilder", die Nolde während seines Malverbots durch die Nationalsozialisten heimlich schuf und von denen viele nun erstmals öffentlich gezeigt werden.

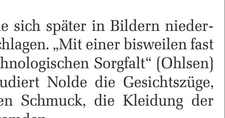
Emil Nolde (1867–1956), der Sohn nordfriesischer Bauern, ist vielen vor allem als Maler eindrucksvoller Landschaften bekannt. Seine mit virtuoser Farbigkeit gemalten Küstenlandschaften oder auch die Blumenmotive gehören „zu den zeitlosen Schätzen deutscher Kunst", werten Kunsthistoriker. Doch Nolde hat sich auch der Darstellung des Menschen, der Beziehung zwischen einzelnen Menschen zugewandt. Das Menschliche an sich interessierte den Künstler sehr: „Ganz gleich, ob arm oder reich, ob Knecht oder Fürst, wir alle sind Menschen und nackt geboren: lediglich nur das Menschliche gibt Wert und Maßstab, ob schlecht, ob gut, materiell oder geistig, kleinmütig oder großzügig."

Emotionen und Begegnungen stellte Nolde in seinen Paarbildern dar. „Die einfachste Regung ist ihm dabei bildwürdig genug", erläutert Nils Ohlsen, Kurator der Ausstellung, im Katalog. „Nolde feiert das bloße Dasein als etwas Wunderbares, ja Heiliges. Er zeigt Dummheit, Unwissenheit, Starrsinn und Hochnäsigkeit, beläßt seinen Figuren jedoch ihre Würde. Nie überzeichnet er sie ins Monströse oder gänzlich Lächerliche."

Oft sind es ungleiche Paare, die der Künstler auf die Leinwand bannte, alte Männer und junge Mädchen, Häßliche und Schöne. Doch: „Je mehr man versucht, das Paarmotiv bei Nolde in einzelne Kategorien einzuteilen, desto klarer tritt die übergeordnete Motivation hervor, die ihn zeitlebens immer veranlaßt hat, Menschen in allen Medien seiner Kunst paarweise aufeinandertreffen zu lassen", erläutert Ohlsen.

„Nolde versteht sich nicht als Chronist, sondern als ein ‚aus dem Nichts schaffen wollender' Künstler."

Die Eindrücke sind vielfältig, die der junge Emil Hansen, der sich später nach seinem Geburtsort Nolde nennt, empfängt. Die Ausbildung zum Holzschnitzer führt ihn in fremde Städte und Länder. Die Ostseeinsel Alsen, seine nordfriesische Heimat, aber auch die Großstadt Berlin geben die Impulse für die farbenprächtigen Bilder. Eine abenteuerliche Expedition führt Emil Nolde und seine dänische Frau Ada 1913 / 14 in die Südsee; auch von dort bringt er wertvolle Eindrücke mit, die sich später in Bildern niederschlagen. „Mit einer bisweilen fast ethnologischen Sorgfalt" (Ohlsen) studiert Nolde die Gesichtszüge, den Schmuck, die Kleidung der Fremden.



Aber auch und vor allem sind es die Beziehungen zwischen Menschen, die ihn interessieren. Spannungen, seien sie nun positiv oder seien sie negativ, will er ins Bild setzen. Drama oder Harmonie, Märchen und Mythen kommen bei Noldes Paarbildern meisterhaft zum Ausdruck.

Emil Nolde, der Beobachter, der Künstler, der mit offenen Augen – und Ohren – durch die Welt ging. Schon als junger Mann entdeckte er seine „Lust an der bildlichen Darstellung und seine Rolle als distanzierter Beobachter". Und so entstanden seine Menschenbilder, die Experten durchaus mit denen eines Rembrandt, Hals oder Goya vergleichen.

„Hinter den verschiedenen Werkgruppen seiner Paardarstellungen stößt man auf ein unstillbares Interesse am Menschen schlechthin", so Ohlsen. „Ihn bewegt die Faszination für das ‚Wunder Mensch' und ein tiefer Glaube an das Gute."

Die Ausstellung „Emil Nolde – Paare" in der Kunsthalle in Emden, Hinter dem Rahmen 13, 26721 Emden, ist dienstags von 10 bis 20 Uhr, mittwochs bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 8 / 5 Euro, Kinder bis 15 Jahre frei, bis 14. Januar 2007. Zur Ausstellung erscheint ein Katalog (Hatje Cantz Verlag, Ostfildern, 176 Seiten, 146 Abb. davon 118 farbig, im Museum 25 Euro, im Buchhandel, geb. mit Schutzumschlag, 29,80 Euro).



Emil Nolde: Blonde Mädchen (Öl auf Leinwand, 1918) Foto: Nolde Stiftung Seebüll

Spuren hinterlassen



Es sind beileibe nicht die großen Städte, die das Dichtervolk bevorzugt. Die kleinen verschwiegenen Orte sind es, wo sie Ruhe finden, die Luft zum Atmen und zum Schreiben. So haben sich Norbert Weiß und Jens Wonneberger auf die Suche gemacht und sind rund um Leipzig fündig geworden: **„Dichterhäuser um Leipzig"** heißt ihr neues Buch, das in der edition q im be.bra Verlag herausgekommen ist (80 Seiten, 32 Abb., geb., 9,95 Euro). Mit launigen Worten erzählen sie von Goethes Aufenthalt im Musenhof Löbichau, berichten von Nietzsche und Ringelnatz, die beide das Licht der Welt in kleinen Dörfern bei Leipzig erblickten, und informieren über die Tragik im Leben des Hans Fallada. Entstanden ist ein literarischer Reiseführer, der Lust macht, sich mit dem Werk des einen oder anderen Dichters intensiver zu befassen. Ein Serviceteil enthält die Anschriften der beschriebenen Dichterhäuser, so daß man sich durchaus auch selbst auf die Suche begeben kann. *SiS*

Wandern durch die Großstadt

Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion" – diesen Gassenhauer kennt wohl jeder Berlinfreund. Doch der Grunewald steht noch und ist heute das größte zusammenhängende Waldgebiet der Hauptstadt. Kein Wunder, daß es immer wieder namhafte Zeitgenossen dorthin gezogen hat. In **„Prominente in Berlin-Grunewald und ihre Geschichten"** (berlin edition im be.bra Verlag, 312 Seiten, 124 Abb. und Karten, brosch., 19,90 Euro) werden sie vorgestellt. Entstanden ist ein kultureller Stadtführer, der zu immer wieder neuen Rundgängen einlädt. *o-n*

Wo Künstler ein Zuhause auf Zeit finden

Schloß Wiepersdorf wird jetzt als Künstlerhaus genutzt – Eine lange Tradition wird fortgeführt

Das Künstlerhaus Schloß Wiepersdorf im brandenburgischen Landkreis Teltow-Fläming wurde jetzt wieder eröffnet. Unter der Leitung von Anne Frechen kann damit die lange Tradition des Hauses als Ort für bildende Künstler, Schriftsteller, Komponisten, Geisteswissenschaftler und Publizisten aus dem In- und Ausland fortgeführt werden. Die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz" (DSD) hatte sich Ende 2005 wegen der besonderen Bedeutung des Schlosses und seiner langjährigen Tradition entschlossen, das Schloß Wiepersdorf zu übernehmen, um es mit Unterstützung des Landes Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft zu erhalten und weiterhin für kulturelle Zwecke zu nutzen.

Ist der General tatsächlich ermordet worden?

Anstelle des heutigen Schlosses stand zunächst ein Herrenhaus der Familie von Leipzig. Um 1730 erwarb der preußische Offizier Gottfried Emmanuel von Einsiedel den Besitz und ließ auf den Grundmauern des Herrenhauses das Schloß erbauen. Als General bei König Friedrich II. von Preußen in Ungnade gefallen, starb Einsiedel 1745 auf dem Schloß und wurde in der Schloßkapelle beigesetzt. Gerüchte um seine angebliche Ermordung auf Befehl des Königs wollten nie verstummen. Angeblich soll der Geist des Generals nachts ruhelos durch Schloß und Park wandeln.

Um die Gerüchte über die angebliche Ermordung des vormaligen Schloßherrn endlich auszuräumen, ließ König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 1856 das Grab des Generals öffnen. Da das Skelett unversehrt und vollständig war, schloß man das Grab wieder und betrachtete von Staats wegen die Sache als erledigt. Die Spukgeschichten in Dorf und Schloß konnte man dadurch jedoch nicht beenden.

Das im Niederen Fläming gelegene Schloß Wiepersdorf nimmt in der Geschichte der Künste, insbesondere der Literatur, eine besondere Stellung in Deutschland ein. 1814 übersiedelte das Dichterpaar Ludwig Achim und Bettina von Arnim von Berlin nach Wiepersdorf und machte es zu einem Ort des geistigen Austausches mit Vertretern der künstlerischen und wissenschaftlichen Elite. An das Dichterpaar wird im „Bettina und Achim von Arnim Museum" erinnert, das in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Schloß Wiepersdorf eingerichtet wurde. In dem Museum werden das Leben und Werk des Dichterpaares und die Geschichte des Hauses dokumentiert. Die Sammlung umfaßt darüber hinaus Bilder des Malers Achim von Arnim und gibt Auskunft über den damaligen Gesprächskreis des Dichterpaares, zu dem Friedrich Carl von Savigny, Clemens v. Brentano, Tieck, Schleiermacher, Humboldt und die Gebrüder Grimm gehörten.

Nach 1947 diente Schloß Wiepersdorf als Arbeits- und Erholungsstätte für Schriftsteller und Künstler. Im Jahr 1992 wurde es als Künstlerhaus und Einrichtung der Stiftung Kulturfonds von den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wieder eröffnet. Künstler wie Arnold Zweig, Anna Seghers, Christa Wolf und Sarah Kirsch waren in Wiepersdorf zu Gast.

Ende 2004 wurde der vorherige Träger des Künstlerhauses, die „Stiftung Kulturfonds", aufgelöst, nachdem Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen den Staatsvertrag über die Errichtung dieser Stiftung gekündigt hatten. Im Oktober 2005 wurde der Vertrag unterzeichnet, der die Zukunft des Künstlerhauses

Die Zukunft des Hauses ist gesichert

absichert. Im Vertrag wurde auch die Errichtung eines treuhänderischen Stiftungsfonds bei der DSD festgeschrieben, der aus dem Anteil des brandenburgischen Liquidationserlöses der Stiftung Kulturfonds gespeist wurde.

Die Erträge des Land Brandenburg-Fonds werden für Schloß Wiepersdorf eingesetzt, insbesondere für die Restaurierung, Erhaltung und Pflege des Schlosses und der zugehörigen Anlagen sowie die Nutzung als Künstlerhaus für Stipendiaten. Darüber hinaus gibt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien dem Künstlerhaus drei Jahre lang 450 000 Euro für das Künstlerhaus. *pm*



Schloß Wiepersdorf: Hinter schöner Kulisse erholen und arbeiten Foto: Schloß Wiepersdorf

Als die Türken noch Turban trugen

Schloß Charlottenburg geht eigene Wege, seine Schätze den Besuchern nahezubringen

Von REBECCA BELLANO

Keck zwirbelt er an seinem Schnurbart, wedelt mit seinem Fächer Richtung Gemälde und zeigt auf die mit orientalischem Kopfschmuck abgebildete Henriette Charlotte von Pöllnitz, das erste Kammerfräulein Sophie Charlottes. Der Kammertürke Friedrich Aly, alias Gerhard Vondruska, führt die Besucher des Schlosses Charlottenburg durch die Räume und schärft ihren Blick für die orientalische Seite des preußischen Königssitzes.

Etwas Besonderes sollte es sein, so hatte es sich die Marketingabteilung der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ vor gut eineinhalb Jahren gewünscht. Man wollte sich absetzen von den typischen Schloßführungen, mal neue Wege gehen, andere Dinge zeigen. Inzwischen schlüpft der Berliner Schauspieler und Stadtführer Gerhard Vondruska regelmäßig in das Kostüm des Kammertürken Friedrich Aly, der wahrscheinlich zwischen 1683 und 1686 im Alter von Anfang 20 nach der Eroberung von Budapest anläßlich der Abwehr der Belagerung Wiens durch osmanische Truppen und dem anschließenden Großen Türkenkrieg in preußische Gefangenschaft geraten war.

Damals gelangten mehrere tausend Türken als lebende Kriegsbeute in die christliche Gesellschaft. Allein bei der Eroberung von Budapest, damals Ofens, wurden 4000 bis 5000 Gefangene unter den Offizieren, Soldaten und dem Staat aufgeteilt. Sie wurden in alle Gesellschaftsschichten integriert, machten sich als Tabakpfeifenschnitzer, Sattler oder sogar Kirchendiener und Pfarrer in der Gesellschaft nützlich. Einige eröffneten Kaffeehäuser, eine Lokalität, die es so zuvor nicht gegeben hatte.

Friedrich Aly wurde vom preußischen General Albrecht Graf von Barfuß nach Berlin gebracht, wo er die deutsche Sprache erlernte und zum christlichen Glauben bekehrt wurde. 1693 wurde der junge Osmane in der Berliner Domkirche getauft, und da Türkentaufen zur damaligen Zeit eine beim Adel beliebte Mode waren, erhielt er wie üblich eine blaublütige Patin. Kurfürstin Sophie Charlotte (1668–1705), die Frau des Großen Kurfürsten und späteren Königs in Preußen Friedrich I., übernahm höchstpersönlich bei dem jetzt den Vornamen Friedrich tragenden Türken die Patenschaft. Aber nicht nur die Türkentaufen waren beim Adel beliebt, auch schmückte man sich gern mit Bediensteten aus diesem fernen Land. Alles Orientalische galt damals als exotisch und geheimnisumwittert und so wurde Friedrich Aly einer von zwei Kammertürken am preußischen Hofe. 1694 heiratete er die ebenfalls getaufte Türkin Sophia Henriette, die vorher den Namen Marusch getragen hatte und mit der er zusammen sechs Kinder bekam.



Ein Hauch von Orient: Der Schauspieler Gerhard Vondruska führt als Kammertürke Friedrich Aly Besucher durch das Schloß Charlottenburg. Foto: Schloß Charlottenburg

Gerhard Vondruska zeigt den Schloßbesuchern nicht nur orientalisch anmutende Gemälde, Porzellane und Möbel, sondern erzählt auch über die Aufgaben eines Kammertürken, die körperlich nicht sonderlich anstrengend, aber prestigeträchtig und relativ gut bezahlt waren. So erhielt der Kammertürke, dessen Aufgabe es war, der Königin Getränke zu servieren, kleine Besorgungen zu erledigen, Briefe wegzubringen und Gäste zur Königin zu führen, 366 Taler jährlich, während beispielsweise der adlige Kammerjunker von Grothe nur 255 Taler bekam. Der barocke Geltungswille und die Vorliebe für das Fremdartige und Exotische ließ sich der preußische Hof zu Zeiten Friedrich I. auch etwas kosten. Allerdings nutze auch der König die Dienste der beiden Kammertürken, denn damals war es „en mode“ in geselliger Runde die neuen Luxusgetränke Kaffee, Schokolade und Tee einzunehmen. Auch wurde Tabak – von Damen und Herren gleichermaßen – geschnupft und geraucht. Hierzu erschien es angebracht, sich alles von einem echten, mit Kaftan und Turban gekleideten Osmanen reichen zu lassen. Auch bei den beliebten Maskeraden bei Hofe waren die beiden Turbanträger gern als Bedienung gesehen, auch wenn sie sich häufig nicht von den Gästen unterschieden, die sich mit Vorliebe als Sultan und Sultanin verkleideten. Auch wirkte ein echter Osmane trefflich bei den zur Zerstreuung nachgespielten Türkenfeldzügen. Friedrich Aly und sein Kollege Hassan erhielten für ihre vorzüglichen, treuen Dienste sogar von Sophie Charlotte Grundstücke in der Berliner Schloßstraße geschenkt. Dort bauten sie sich Häuser, die sogar vom Grundzins befreit wurden.

Friedrich Aly, der als einer der ersten Bürger Charlottenburgs 1711 den Bürgereid leistete, wurde jedoch von Sophie Charlottes sparsamen Sohn Friedrich Wilhelm I. kurz nach dessen Thronbesteigung 1713 von der Gehaltsliste gestrichen. Der Soldatenkönig verachtete die luxuriöse Hofführung seiner Eltern und beschränkte sich auf das nötigste, so daß Friedrich Aly seine Anstellung verlor, in finanzielle Schwierigkeiten geriet und 1715 sein Haus verkaufen mußte. Ein Jahr später starben er und seine Frau kurz hintereinander und wurden auf dem Friedhof der Parochialkirche beigesetzt. Mit dem Tod des Kammertürken Aly endete auch eine exotisch anmutende, auf Pomp fixierte barocke Epoche am preußischen Hofe, in die Gerhard Vondruska interessierte Besucher mit zahlreichen, teils auch fiktiven Details entführt.

Wer die ungewöhnliche Schloßführung mit dem Kammertürken Aly buchen möchte, kann dies bei der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“, Telefon (03 31) 9 69 42 01.

Der Siegeszug des dunklen Bitter

Obwohl Kaffee auch in Europa schon länger ein Begriff war, hatte das bittere teure Luxusgetränk seinen „Durchbruch“ doch erst nachdem der türkische Gesandte Soliman den französischen Sonnenkönig Ludwig XIV. von dem Schick der orientalischen Spezialität überzeugt hatte. Als das für europäische Gaumen zu ungewöhnliche Getränk mit Zukker gesüßt wurde, begann der Siegeszug von Versailles aus durch Europa. Da der Orient damals die Menschen faszinierte, gehörte es auch zum guten Ton, Kaffee, Schokolade und Tee zu trinken. Man ließ sich in orientalischer Kleidung porträtieren, kaufte Möbel und Porzellan im Orient-Stil, dekorative Lackmalereien, Gobelins und Gemälde mit orientalischen Motiven. Auch der Tabakkonsum, in der Pfeife oder als Schnupftabak, kam in Mode, und auch hier stellte man einen direkten Bezug zum Orient her. Orientalisch verzierte Schnupftabakdosen zeugen noch heute von der Entwicklung. Das gehobene Bürgertum übernahm schließlich die Passion des Adels für alles Orientalische. Die von einst kriegsgefangenen Türken errichteten Kaffeehäuser machten es reichen Kaufleuten und Gebildeten möglich, Kaffee, Schokolade und Tee in orientalischem Ambiente zu verköstigen. Später eröffneten auch mehr und mehr Nicht-Osmanen Kaffeehäuser, die aufgrund sich von den Etablissements ihrer orientalischen Gründer abhebenden Eleganz immer mehr betuchte Bürger und Adlige anlockten. Der Besuch von Kaffeehäusern wurde auch für Frauen zur gesellschaftlich anerkannten Freizeitbeschäftigung.

Aufgeklärt bürgerlich

Vor dem Hintergrund der Aufklärung – zur Zeit Kaiser Josephs II. – vollzog sich in der Personendarstellung ein rigoroser Wandel. Diese Veränderungen soll eine gezielte Auswahl von internationalen Kunstwerken veranschaulichen, die derzeit im Oberen Belvedere Wien präsentiert wird.

Es wird gezeigt, wie die distanzierten, unpersönlichen Formeln, welche die Porträtmalerei, ebenso die Porträtskulptur bislang bestimmt hatten, gegen die individuelle Note des Dargestellten im Sinne der aktuellen Realismusdebatte „ausgetauscht“ wurden.

Ausgehend vom aggressiven Porträtstil eines Franz Xaver Messerschmidt und von der veristischen Wachsskulptur der Aufklärung wird der Bogen über die klassizistische Porträtauffassung in den frühen Realismus des 19. Jahrhunderts wie auch der Zeit des Biedermeiers hineingezogen. Ein besonderes Anliegen ist das Aufzeigen eines zeitlichen Kontinuums. Dadurch wird ersichtlich, daß die Übergänge vom Feudalzeitalter zum Beginn der „Moderne“ fließend sind.

Diese Entwicklung wird mit Gemälden von Friedrich Heinrich Füger, der als Galionsfigur an der Wiener Akademie eine führende Rolle innehatte, veranschaulicht, außerdem durch den weit gereisten Johann Baptist Lampi d. Ä., der an den führenden Höfen in Wien, Warschau und St. Petersburg tätig war.

Neben Werken von dem aus Graz stammenden und in München wirkenden Josef Georg von Edlinger, der in Italien und England hoch geschätzten Malerin Angelika Kauffmann und dem in Wien und Rom wirkenden Friedrich von Amerling gipfelt die Entwicklung in den Gemälden des Ferdinand Georg Waldmüller, der durch seine schonungslose Charakterisierungskunst zu den bedeutendsten Malern des frühen Realismus zählt.

Französische Einflüsse werden durch Arbeiten der klassizistischen Schule von Jacques Louis David, Francois Gérard und Jean-Antoine Houdon aufgezeigt, außerdem durch Elisabeth Vigée - Le Brun, die sich unmittelbar nach Ausbruch der Französischen Revolution zwei Jahre lang in Wien aufgehalten hat.

Die Engländer Joshua Reynolds, Thomas Gainsborough und Joseph Wright of Derby sind ebenso mit Werken vertreten wie die Schotten Andrew Geddes und vor allem David Wilkie, dessen Bedeutung bislang unterschätzt wurde. *obw*

Die Ausstellung im Oberen Belvedere, Prinz-Eugen-Straße 27, 1030 Wien, ist täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 9 / 7,50 Euro, bis 18. Februar 2007.

Handwerkskunst für die Serie

Das Stadtmuseum Berlin zeigt Berlin-brandenburgische Keramik aus den 20er Jahren

Im Mittelpunkt einer Ausstellung des Märkischen Museums in Berlin steht eine repräsentative Auswahl von Künstlermodellen der 1920er Jahre aus dem breiten Produktionsspektrum der Steingutfabriken Velten / Vordamm GmbH / Werk Velten. Sowohl die Entwürfe für die Serienproduktion als auch handbemalte, signierte Fayenceunikate, deren Farbigkeit und plastische Lebendigkeit beeindrucken, vermitteln einen Einblick in die Keramikkultur dieser Zeit.

Der Leiter der Steingutfabriken, Dr. Hermann Harkort, bekannt als Keramikforscher und Vorsitzender der Deutschen Keramischen Gesellschaft (1925 – 1929), stellte in seinem Werk in Velten bei Berlin bereits seit 1919 zweckmäßige, von Künstlern gestaltete Keramiken in preiswerter Serienproduktion her.

Das Märkische Museum kaufte 1931 etwa 1000 Modelle aus der Musterkammer der Fabrik, welche den Grundstock der Berlin-brandenburgischen Keramiksammlung des 20. Jahrhunderts bilden.

Eine Auswahl von 70 Exponaten der Veltener Künstlermodelle wird nun der Öffentlichkeit präsentiert. Allein etwa 700 Keramiken befinden sich noch heute in der Studiensammlung des Stadtmuseums.

Als Verfechter der Reformideen des Deutschen Werkbundes und begeisterter Anhänger des Staatlichen Bauhauses in Weimar warb Harkort Maler wie Walter Stock, sowie Bildhauer wie Gerhard Marcks, Richard Scheibe und Alexander Archipenko für die Umsetzung seiner Produktionsstrategien. Zudem übernahm Harkort die Umsetzung baukeramischer Entwürfe von Walter Sutkowski.

Im Jahre 1919 übertrug man die künstlerische Leitung des Unternehmens Charlotte Hartmann. Sechs Jahre später wurde der Bauhaus-Keramiker Theodor Bogler Leiter der Modell- und Formwerkstatt, und im Jahre 1928 siedelte Walter Burri aus der Werkstatt Otto Lindigs von Dornburg an der Saale nach Velten über. Die Graphikerin Elisabeth Dörr lieferte ab 1919 Entwürfe nach Velten.

Von Hedwig Bollhagen stammen zahlreiche Modelle und Dekore bedeutender Fayence sowie Seriengeschirre aus Steingut. Mit neuen Modellen, handbemalten Geschirren aus Steingut und Fayence sollte der Keramik eine neue Geltung verschafft werden. Alles, was im Haushalt dem Gebrauch diente, so der Wortlaut des Angebotskatalogs, konnte „dem verfeinerten Geschmack eine Augenweide“ bieten.

Das Werk Velten, welches in den 20er Jahren zunächst erfolgreich produzierte und Exportverbindungen nach England, Holland, sogar bis nach Nordamerika hatte, mußte unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931 seine Tore schließen.

In der Berliner Ausstellung wird auch an den Förderer des Märkischen Museums, den Direktor der „Bötzow-Brauerei“ Julius Maria Ludwig Bötzow, erinnert. Vor 80 Jahren (1926) konnte auf Grund des von ihm hinterlassenen Vermächtnisses die „Julius-Bötzow-Stiftung“ gegründet werden. Der Erlös von Aktienpapieren im Wert von 100 000 Reichsmark ermöglichte dem Museum die Einrichtung einer Sammlung zeitgenössischen Kunstgewerbes und den Ankauf weiterer bedeutender Erwerbungen. *pm*

Die Ausstellung im Ephraim-Palais / Stadtmuseum Berlin, Poststraße 16, 10178 Berlin, ist dienstags und donnerstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs von 12 bis 20 Uhr geöffnet, Eintritt 3 / 1,50 Euro, bis 7. Januar 2007.

»Weißes Gold« auf Tischen und Tafeln

Das Westfälische Landesmuseum in Münster zeigt Prachtstücke der Königlichen Porzellanmanufaktur

Porzellan – das „weiße Gold“ – spielte in der aristokratischen Lebenswelt des 18. Jahrhunderts eine zentrale Rolle. Es war Ausdruck verfeinerter Tischkultur, diente der Selbstinszenierung, entfachte Sammlerinteresse und Begehrlichkeit, war kostbares Geschenk im Dienste der Freundschaft und Diplomatie und verband sich auch mit handfesten wirtschaftlichen Interessen. Mit dem Besitz einer Manufaktur gebot ein Herrscher nicht nur über das begehrteste Luxusgut der Zeit, sondern hielt auch einen handelspolitischen Trumpf in Händen.

Eine Ausstellung des „Westfälischen Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL)“ gibt in Münster einen repräsentativen Überblick zur Produktion einer der bedeutendsten Manufakturen Europas – der „Königlichen Porzellanmanufaktur Berlin“ (KPM). 255 Objekte einer Privatsammlung machen die Besonderheiten der Service und Dekore der KPM in ihrer Mischung aus höchstem kunsthandwerklichen Können und immer wieder neu belebter künstlerischer Phantasie von der Anfangszeit bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts anschaulich. Gezeigt werden vornehmlich Einzelstücke und kleine Ensembles, ergänzt durch einige figürliche Porzellane.

Die von Dr. Angelika Lorenz kuratierte Schau präsentiert die Exponate eingebettet in die Kultur- und Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts und vermittelt gleichzeitig Tisch- und Eßkultur als ein sinnliches Erlebnis, das in veränderter Form auch in unserem heutigen Leben nachwirkt.

„Die Ausstellung“, so Museumsdirektor Dr. Hermann Arnhold, „lenkt seit längerem wieder den Blick des Publikums auf einen wichtigen Sammlungsbestandteil unseres Mehrspartenhauses, den Bereich des Kunsthandwerks mit Möbeln, Silber und eben Porzellan.“

Das große Vorbild für alle deutschen Porzellanunternehmungen war Meißen, wo man das Geheimnis der Porzellanherstellung Chinas wiederentdeckt und 1710 die erste deutsche Manufaktur unter dem Patronat des Landesherrn, des sächsischen Kurfürsten, gegründet hatte. Er fand in Preußen einen Seelenverwandten. Friedrich der Große erwarb die vom Konkurs bedrohte Berliner Porzellanmanufaktur Gotzkowsky aus seiner privaten Schatulle, begründete 1763 die KPM und sollte ihr bester Kunde werden. Die Ausstellung zeigt das Profil und künstlerische Niveau einer Manufaktur, die über Jahre durch einen kunstsinnigen und großzügigen König geprägt war.

So sind es vor allem die Tafelservice, die Friedrich der Große für seine Schlösser bestellte oder die er Freunden schenkte, in denen sich der Stil der Manufaktur formt im Zusammenklang einer ausdrucksvollen plastischen Durchbildung mit einer subtilen Malerei.

Des Königs Geschmack – das friderizianische Rokoko – in der Ausstattung seiner Schlösser in Potsdam, Berlin und Breslau findet sich auch in den Produkten seiner Porzellanmanufaktur. Sie gaben den Tafeln und Gesellschaften Glanz und verblüffen den heutigen Betrachter durch ihre Vielfalt: Große und kleine Platten und Teller, Anbietschalen, filigran durchbrochene Obstkörbe, Terrinen, Gewürzschalen, Kannen und Kännchen zum Zelebrieren der neuen Luxusgetränke Tee, Kaffee und Schokolade, der Formenreichtum der Tassenmodelle, Dessertteller, deren Durchbrucharbeit die Speise wie von einer Spitzenmanschette umhüllt sein läßt; sie zeigen die Freude an dem neuen Material und höfische Tischkultur.




Königliche Eßkultur: Tasse mit Untertasse (um 1800, Antikglatt) Foto: Museum

Reliefzierat, Antikglatt, Ozier, Königsglatt – die berühmten Berliner Modellschöpfungen sind in ausgewählten Exemplaren präsent bis hin zum Kurländischen Muster – einem „Bestseller“ der Manufaktur bis in die Gegenwart. Kennzeichnend für die KPM ist eine besonders qualitätvolle Malerei.

Es sind die galanten Szenen nach Antoine Watteau, dem Lieblingsmaler des Königs, die sich auch auf Kannen und Tassen finden, eine übermütige Puttenschar, Schäferidyllen und ländliche Szenen, in denen die Realität transformiert ist in das Sehnsuchtsland Arkadien – der Kosmos des Rokoko entfaltet sich auf Porzellan.

Im Wechselspiel der Dekore bleibt eine Konstante: die Blumenmalerei. Die Blumenfülle des Berliner Porzellangartens ist überwältigend. In den Anfängen sind es aquarellhaft getupfte, zarte Bouquets und wie herangeweht erscheinen Einzelblüten. Später entfalten sich auf den glänzenden Flächen sinnlich-vitale Blüten; dann wieder in oft kühnen Farbzusammenstellungen oder Arrangements in delikater Ton-in-Ton-Malerei. Botanisch genau, zum Greifen schön und farblich delikat bleiben die Berliner Blumen über alle Epochen hinweg eine Spezialität der Manufaktur, ein Ausweis für die hohen künstlerischen Standards der Manufaktur.

Die Rokokoheiterkeit machte schließlich einem vernunftbetonten Zeitalter Platz; die Aufklärung fordert einen neuen Menschen mit verbindlicher Moral und Lebensausrichtung. Es zählt die Kraft des Geistigen, die Ernsthaftigkeit des Gedankens, Selbstbestimmung aber auch der intensivere Blick zum Mitmenschen – in diesen Wünschen entdeckte man die Schriften der antiken Denker wieder.

Innere Klarheit, Ordnung und Strenge sollen sich auch in den Dingen widerspiegeln, mit denen man sich umgibt. Die Porzellanmodelle verlieren ihre Reliefs und Schwünge, werden gradliniger und schlichter, die Üppigkeit der Dekore weicht graphischen Mustern, kleinen Motiven und glatten Farbflächen, die auch das reine Weiß wieder mehr zur Geltung kommen lassen.

Durch die Ausgrabungen in Pompeji und Herculaneum, in deren Verlauf der ästhetische Formenschatz der Antike wiederentdeckt wird, kulminiert die Antikenbegeisterung in Europa und findet in vielen Lebensbereichen ihren Widerhall.

Auch die KPM bietet nun Tassen, Kannen, Dosen und Terrinen an, die sich formal an antiker Gefäßkeramik orientieren, sie führt Terrakottatöne, Schwarz und Pompejianisch-rot in die Farbpalette ein, läßt Abbildungen von Göttern und Helden auf dem Porzellan erscheinen.

Mit der schön gestalteten Tasse, die sogar einzeln erworben werden konnte, beginnt um 1800 schließlich ein Demokratisierungsprozeß der Porzellankultur. Nicht allein die höchsten Kreise können nun an ihr teilhaben, sondern auch das wohlgestellte Bürgertum erwirbt sich mit einer Tasse ein kleines Vitrinendenkmal und erhält die Möglichkeit, schlichter bemalte einfachere Geschirrmodelle zu erstehen, zur Abrundung biedermeierlicher häuslicher Behaglichkeit. *pm*

Die Ausstellung „Berliner Porzellan – Glanz und Eleganz von Tischen und Tafeln“ ist im Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), Domplatz 10, 48143 Münster, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt 3,50 / 2,10 Euro, Telefon (02 51) 5 90 72 01, bis 7. Januar 2007.

Bedrohtes Kulturgut vor Verlust bewahren

Achim Reichel, der »Vater der deutschen Rockmusik«, hat deutsche Volkslieder für sich entdeckt

Von Silke Osman

Zwei Studenten aus Königsberg wanderten durch ein samländisches Dorf“, berichtete die Schriftstellerin Hedwig v. Lölhöffel. „Sie sprachen bei einer Bauernfamilie an und fragten im Laufe des Gesprächs nach Volksliedern. ‚Volksleeder – nee, so sägg wi nich‘, meinte die junge Frau, ‚wi häbbe Schoolleeder on Kercheleeder on denn noch ons Leeder.‘ Die Studenten baten um Beispiele. ‚Schoolleeder‘, also Lieder, die der Lehrer den Kindern beibrachte, das waren gewöhnlich vertonte Gedichte aus der Romantik: ‚Der Mai ist gekommen‘, ‚In einem kühlen Grunde‘, ‚Am Brunnen vor dem Tore‘ und viele andere, in ganz Deutschland bekannte. Später übten sie die jungen Leute vierstimmig im Gesangverein im Wechsel mit Chorälen. Aber ‚ons Leeder‘, also unsere Lieder“, so die Schriftstellerin und Volksliedexpertin weiter, „das war, was auch Eltern und Großeltern sangen, was man in jungen Jahren von den etwas Älteren singen hörte und gleich auswendig konnte, auch wenn das Lied 20 Strophen hatte. Das war, was im Sommer bei der Heimkehr von Feld und Wiese durchs Dorf klang, im Winter auf dem Speicher beim Kornfuchteln oder in der Spinnstube, zu jeder Jahreszeit in der Küche beim Geschirrabwaschen, auch in der Stadt. ‚Küchenlieder‘ nennt man heute ein wenig spöttisch viele dieser Gesänge. Man lacht über die einst so ernst genommenen Schauergeschichten von Rittern und Räubern oder von der ungetreuen Gärtnerfrau.“

Manche dieser Lieder sind noch heute in ganz Deutschland verbreitet, andere kannte man nur in bestimmten Gegenden, oft wurden sie auch mit stark voneinander abweichenden oder einander ähnlichen Texten und Weisen gesungen. Ein Volkslied zeichnet sich dadurch aus, daß es etwas Allgemeingültiges auszusagen hat. Es wurde von der Landbevölkerung, aber auch von den Gebildeten in der Stadt gesungen. Bisweilen sind auch Kunstlieder, also von Dichtern geschaffene, zu Volksliedern geworden. Überhaupt war das Volkslied in seinem Ursprung die Leistung eines einzelnen, hat die Wissenschaft herausgefunden. Wenn auch das Lied ein Erfolg war und bald überall gesungen wurde, so war der Name seines Schöpfers schließlich vergessen.

Einigen Liedern hört man an, daß sie alt sind, aus frühen Jahrhunderten stammen, andere wurden verändert, dem Zeitgeschmack angepaßt. Jede Landschaft, jeder Stand arbeitete das Volkslied durch Umstellungen, Ergänzungen oder Weglassungen und Umdeutungen um. Alte Volksballaden wurden sogar zu Moritaten. Dabei gingen schönste Melodien, aber auch Texte verloren. Der aus dem ostpreußischen Mohrungen stammende Johann Gottfried Herder war der erste, der den Begriff „Volkslied“ verwendete und zum Sammeln der Lieder aufrief. Diesen Sammlern haben wir es zu verdanken, daß es viele der ältesten, schönsten Lieder heute noch gibt.

„Je mehr Lieder wir singen, desto klarer erkennen wir, daß es im Volkslied keine ‚richtigen‘ und ‚falschen‘ Worte oder Melodien gibt“, erläuterte Hedwig v. Lölhöffel, die ansonsten sehr kritisch war und großen Wert auf das Altüberlieferte legte.

„Lieder gehen weite Wege, Strophen gingen verloren und fanden sich wieder in anderen Gesängen. Oft ergänzen sich lückenhafte Inhalte beim Vergleich mit verwandten Liedern, Märchen und Kinderreimen. Alles Volksgut aus langer Überlieferung hängt zusammen wie Glieder einer Kette, wie Blumen im Kranz. Wer sich viele Lieder aneignet, kann beim Entdecken dieser Zusammenhänge viel Freude gewinnen, kann ehrfürchtig staunen, kann meinen, er habe wie im altdeutschen Wettspiel einen Kranz gewonnen.“



Achim Reichel: Von Rockmusik bis Volkslied Foto: Archiv

Mehr als 170 der beliebtesten deutschen Lieder findet man in einer Sammlung, die Prof. Dr. Siegmund Helms im Komet Verlag, Köln, herausgegeben hat: **Die schönsten Volks- und Wanderlieder** (422 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, 12,95 Euro). Die vollständigen Texte werden durch ein klares Notenbild mit Gitarrengriffen ergänzt. Liebevoll wurden die Illustrationen ausgesucht, die Adrian Ludwig Richter (1803–1884) seinerzeit schuf. Die treffliche Auswahl der Lieder führt durch die Jahreszeiten und auf Wanderschaft. Man hört von Liebe und Leid, von Frohsinn und Schmerz. Auch geistliche Lieder sind in der Sammlung zu finden, die als ein Beitrag zur abendländischen Kulturgeschichte zu werten ist. *os*

Warum also nicht einmal alte Volkslieder für die heutige Zeit umarbeiten? Den Bedürfnissen junger Zuhörer anpassen? Achim Reichel, der alte Beat-Barde aus Hamburg und Gründer der Beatgruppe „The Rattles“, die in den 60er Jahren Erfolge feierte, gibt mit seiner neuen CD „Volxlieder“ (Tangramm / Indigo LC 13260) überzeugende Antworten auf diese Fragen.

„Am Brunnen vor dem Tore“, „Die Gedanken sind frei“, „Hohe Tannen“, „Im schönsten Wiesengrunde“, „Der Mond ist aufgegangen“, „Röslein auf der Heiden“, „Leise zieht durch mein Gemüt“, „Weißt du wieviel Sternlein stehen“ ... das sind nur einige der Titel, die Achim Reichel bearbeitet hat. Er hat den Liedern einen „anderen Atem, einen frischeren Puls“ gegeben, hat sie sozusagen „entstaubt“.

Im Beiheft sind Noten und Texte zu finden, aber auch Informationen zu den einzelnen Liedern, bei denen es sich durchaus nicht immer um reine Volkslieder handelt, die aber deshalb nicht weniger bekannt und beliebt sind.

Achim Reichel und Volkslieder – wie paßt das zusammen, wird sich der eine oder andere Beat- und Rock-Freund, der den Musiker in den wilden 60ern auf der Bühne mit den Beatles erlebt hat, fragen.

„Ich wollte Lieder finden“, so Reichel, der auch im Volksliedarchiv in Freiburg (Br.) Recherchen anstellte, „die zu meiner musikalischen Welt, zu all dem, was sich da in vielen Jahrzehnten gespeichert hat, passen. Ich hab mir gesagt, schöne Lieder sind schöne Lieder, egal, wo sie herkommen.“

Reichel: „Man sollte, wenn man über Kultur und auch über Populärkultur redet, klarstellen, daß Populärkultur nicht immer gleich fremde Kultur bedeuten muß, daß es ganz wichtig ist, daß es neben einer globalen Kultur auch noch eine regionale gibt. Das sind für mich die Triebfedern. Es ist wichtig, etwas anzubieten, was eine andere Sprache spricht als die von internationalen Markennamen und Medien gesteuerten Trends.“

Wenn vielleicht auch nicht jeder mit den neuen alten „Volxliedern“ etwas anfangen kann und so manchem Sangesfreund alter Schule der Ton im Halse stecken bleibt – zunächst –, so sind die Bearbeitungen von Achim Reichel durchaus ins Ohr gehend.

Und wer weiß? Vielleicht bleiben die so bearbeiteten Lieder doch noch ein wenig länger lebendig. Wie frisch sie tatsächlich sind, hört man auf der Einspielung.





Einweihung zum 50. Jahrestag des Beginns des ungarischen Freiheitskampfes von 1956: Die Landsmannschaft Ostpreußen unterstützte den Denkmalsbau in Csörmör. Fotos (3): Gloria Victis

Im ungarischen Fahnenmeer

Bei Budapest wird der 100 Millionen Opfer des Weltkommunismus gedacht

Von Wilhelm v. Gottberg

Etwa 3500 Menschen waren an diesem sonnigen Herbsttag mit spätsommerlichen Temperaturen nach Csörmör gekommen, um an der Einweihung eines beeindruckenden Mahnmals für die 100 Millionen Opfer des Weltkommunismus teilzunehmen. Die Veranstalter hatten die Einweihung der Anlage bewußt auf den 50. Jahrestages des Beginns des ungarischen Freiheitskampfes von 1956 gelegt. Viele Menschen hatten sich mit kleinen Fahnen mit den ungarischen Farben geschmückt. Etwa ein Dutzend patriotische Vereinigungen Ungarns hatten Abordnungen geschickt, die mit historischen Fahnen oder auch mit der ungarischen Nationalflagge bestückt waren. Die Veteranen wie auch junge Reservisten des ungarischen Militärs waren im Publikum nicht zu übersehen.

Geistliche der christlichen Konfessionen sowie hochrangige Vertreter aus Politik und Gesellschaft wirkten bei der Zeremonie der Einweihung mit.

Die gemeinnützige Stiftung „Gloria Victis“ ist Träger der Gedenkstätte. Vertreter der Stiftung sowie der Bürgermeister von Csörmör berichteten über die Probleme, die bei der Erstellung sowie beim Einwerben von Spenden für die Anlage bewältigt werden mußten.

Zahlreiche Bitten um eine Spende bei kommunistischen Opferverbänden im westeuropäischen Ausland, aber auch bei halbstaatlichen und staatlichen Organisationen blieben unerhört. Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hat ihre Solidarität mit den ungarischen Opfern des Kommunismus durch eine Spende von 2000 Euro für das Denkmal bekundet. Damit erfüllt sie einmal mehr ihren satzungsmäßigen Auftrag, der Völkerverständigung zu dienen.

Victor Orban, der Oppositionsführer im ungarischen Parlaments hatte ein Grußwort übersandt, das verlesen wurde und starken Beifall erhielt. Einige weitere Grußwortredner bekundeten ihre Verbundenheit mit den Verantwortlichen der Stiftung „Gloria Victis“ und erinnerten an die Tragödie in Ungarn vor 50 Jahren.

Gäste aus Deutschland, Österreich, Frankreich, der Slowakei und Rumänien waren zur Einweihung der Gedenkstätte angereist. Der Sprecher der LO kam als erster der ausländischen Grußwortredner zum Zuge. Bei seinem Aufruf würdigte der Moderator ausdrücklich den finanziellen Beitrag der Landsmannschaft Ostpreußen zur Erstellung der Anlage. Dies honorierten die Zuhörer mit starkem Beifall.

Aus der Bundesrepublik war auch der Vorsitzende der Bundesstiftung „Aufarbeitung des SED-Unrechtes“, Bundesminister a. D. Rainer Eppelmann, mit einer größeren Delegation nach Csörmör gekommen. In seinem Grußwort empfahl er den Ungarn, die Geschichte des kommunistischen Unrechtsregimes im eigenen Land gründlich aufzuarbeiten, auch Schuldige zu bestrafen, aber sich auch zu versöhnen und gemeinsam zusammenzustehen. Eppelmann fügte hinzu, wenn seine Zuhörer den Eindruck hätten, eine Predigt gehört zu haben, wolle er verraten, daß er evangelischer Pastor sei. Die Bundesstiftung hat zwar die erforderlichen Finanzmittel, um eine größere Delegation für mehrere Tage nach Ungarn zu schicken, aber für einen kleinen finanziellen Solidarbeitrag an die Stiftung „Gloria Victis“ war kein Geld vorhanden.

Die gesamte Einweihungsveranstaltung mit der abschließenden Kranzniederlegung – auch für die LO wurde ein Kranz vorgetragen – dauerte drei Stunden. Es war für den Autor bewegend, mitzuerleben, wie alle Gäste der Veranstaltung bis zum Schluß zusammenblieben, die allermeisten harrten stehend aus. Beeindruckend wie die Fahnenträger drei Stunden still aber straff neben der mitgeführten Fahne standen. Regelnde Polizeibeamte waren, zumindest optisch, nicht wahrnehmbar.

Dankesworte an die Landsmannschaft

Sehr geehrte Damen und Herren im Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen,

unsere Gemeinnützige Stiftung „Gloria Victis“ hat vor anderthalb Jahren beschlossen, anläßlich des 50. Jahrestages des ungarischen Volksaufstandes 1956 aus öffentlichen Spenden ein Denkmal zu Ehren der 100 Millionen Opfer des Weltkommunismus zu errichten. Gott sei Dank haben wir unser Vorhaben verwirklichen können, das Denkmal wurde am 21. Oktober eingeweiht.

Es war für uns eine große Ehre, am Samstag letzter Woche Herrn Wilhelm von Gottberg, den Sprecher Ihrer Organisation, in unserem Kreise wissen zu dürfen. Unsere Stiftung ist sehr dankbar dafür, daß die Landsmannschaft Ostpreußen in den letzten Monaten unsere Zielsetzung so moralisch wie finanziell großzügig unterstützt hat.

Wir sind der Überzeugung, daß diese – von hierab unsere gemeinsame! – Gedenkstätte der historischen Gerechtigkeit dient und hoffen darauf, daß sie als solche zur seelischen Erneuerung Europas beitragen wird!

In der Zukunft steht unsere Stiftung Ihnen mit ihren bescheidenen Mitteln in jeder Hinsicht zur Verfügung, ich gönne Ihnen im Namen unseres Kuratoriums alles Liebe und Gute

Ihr Alex Mátyàs

Im Geschichtsbuch der Europäer berücksichtigen

Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen anläßlich der Einweihung des Mahnmals der Opfer des Weltkommunismus

Exzellenzen, Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, verehrte Damen, meine Herren, ich bedanke mich für die Einladung, hier heute aus Anlaß der Einweihung dieser Gedenkstätte ein Grußwort für die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) vortragen zu können. Die LO ist ein in Deutschland beheimateter Opferverband. Der Sitz unseres Verbandes ist in Hamburg.

Obwohl regierungsamtlich nicht autorisiert, begreife ich mich bei dieser Veranstaltung als ein Vertreter der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Bemerkung vorweg: Deutschland hat zwölf Jahre unter einer menschenverachtenden Diktatur leben und leiden müssen. Millionen Menschen wurden Opfer der von Deutschland ausgehenden NS-Ideologie, insbesondere die Juden Europas.

Wir wissen, wozu ein totalitäres Regime fähig ist. Deswegen ist mit unserem Opfergedenken für die Opfer des Weltkommunismus keine Anklage gegen ein Land verbunden. Kleine und große Despoten, heißen sie nun Stalin, Polpot oder Idi Amin, wachsen gelegentlich in jedem Land heran. Bei entsprechender Beeinflussung ist auch eine mehr oder weniger große Mitläuferschar immer vorhanden.

Die kommunistische Ideologie fand schon am Ausgang des ersten Weltkrieges 1919/20 in Deutschland fruchtbaren Boden. Von deutschen Kommunisten angezettelte Spartakisten-Aufstände forderten mehrere Hundert Opfer.

Keine nationale Minderheit in der Sowjetunion hatte so schlimm zu leiden wie die Rußlanddeutschen. Da viele von ihnen wohlhabende Bauern waren, hatten sie bei der sogenannten Kulakenvernichtung extrem viele Opfer zu beklagen.

Die Auslöschung des freien Bauerntums zu Beginn der 30er Jahre hatte in der Sowjetunion eine über Jahre andauernde Hungersnot zur Folge, die für rund 15 Millionen Menschen den Hungertod bedeutete. Wir wissen, daß in der rußlanddeutschen Wolgarepublik in diesen Jahren etwa 54000 Deutsche verhungert sind.

Ab Anfang August 1941 ließ Stalin die gesamte Bevölkerung der rußlanddeutschen Wolgarepublik als Staatsfeinde in die asiatischen Gebiete der Sowjetunion deponieren. Man schätzt, daß dabei etwa 350000 Menschen ihr Leben verloren haben.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges besetzte die Rote Armee die Ostprovinzen Deutschlands. Unzählige Menschen wurden ermordet. Hunderttausende Frauen geschändet. Im nördlichen Ostpreußen – im sogenannten Königsberger Gebiet – konnten rund 110000 Menschen nicht rechtzeitig fliehen.

Etwa 80000 davon sind in Königsberg bis 1947 verhungert. Die Reste der deutschen Volksgruppe, etwa 25000, wurden bis 1948 in den Westen abgeschoben. Das Königsberger Gebiet wurde von seiner angestammten Bevölkerung durch Völkermord ethnisch total gesäubert.

In der sowjetisch besetzten Zone Nachkriegsdeutschlands wurden bis 1949 einige tausend Menschen ermordet oder in die Sowjetunion verschleppt. Nur wenige kamen nach Jahren zurück. Zehntausende kamen in KZ-Lager, die nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur weiterbetrieben wurden.

Zwischen 1949 und 1961 verließen zirka 2,7 Millionen Menschen die DDR. Viele flüchteten unter Lebensgefahr und entgingen damit ihrer bevorstehenden Verhaftung. Etwa 75000 Menschen mußten sich während der DDR-Zeit wegen versuchter Republikflucht verantworten. Die meisten wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

An der Berliner Mauer und an der innerdeutschen Grenze starben zwischen 1961 und 1989 etwa 300 Menschen eines gewaltsamen Todes. Sie alle sind Opfer der kommunistischen Diktatur.

Den Freiheitskampf der Deutschen in der DDR am 16./17. Juni 1953 möchte ich hier nicht unerwähnt lassen. Ähnlich wie drei Jahre später in Ungarn wurde er durch die sowjetischen Besatzer blutig niedergeschlagen. 475 Tote, Hunderte Verletzte und Tausende zu Kerkerstrafen Verurteilte sind hierbei zu nennen. Aber auch an 17 Sowjetsoldaten, die standrechtlich erschossen wurden, weil sie sich weigerten, auf unbewaffnete demonstrierende Deutsche zu schießen, soll hier gedacht werden. Europa, das christliche Abendland, hat in mehr als einem Jahrtausend eine Kultur des Opfergedenkens entwickelt. Wir stehen in dieser Tradition. Wir würden uns unserer Vorfahren als unwürdig erweisen, wenn wir die namenlosen Opfer des Weltkommunismus dem Vergessen anheimfallen lassen würden. Auch die Opfer des Weltkommunismus müssen im Geschichtsbuch der Europäer gebührend berücksichtigt werden. Dazu kann diese Gedenkanlage das Startsignal geben.

Ungarn und den Ungarn ein herzliches Glückauf.



Beim Gedenken der Opfer: Wilhelm v. Gottberg (r.) und Alex Mátyàs

Schlechtes Vorbild?

Betr.: „Köhler-Bild ‚stigmatisiert'" (Nr. 41)

Nicht das Bild unseres Präsidenten, auch unsere nationalen Farben passen nicht in das Weltbild der noch immer mächtigen deutschen und ausländischen Feinde unseres deutschen Landes.

Warum sollen in Kindergärten nicht Bilder unserer Bundespräsidenten und unsere Fahnen hängen, lernen kleine Kinder doch unbewußt an Vorbildern?

Und sind das etwa schlechte Vorbilder?

Sollen kleine Türkenkinder nicht etwas mehr von der neuen Heimat ihrer Eltern mitbekommen?

Sollen sie nicht ein Gefühl für ihre deutsche Umwelt, ihre neue Heimat in sich aufnehmen?

Wer haßt unser Land so, daß er/sie/es sich von unseren Fahnen und den Bildern unserer Präsidenten beeinträchtigt fühlt?

Ich empfehle die Umsiedlung in die USA, wo zu lernen ist, wie man mit nationalen Symbolen umzugehen hat. **Walter Rosen, Berlin**



Bundespräsident im Klassenzimmer: Ein Foto des obersten Repräsentanten des Staates ist hier nicht erwünscht. Foto: keystone

Ungerufene Geister

Betr.: „Willkommen im Wirtschaftswunderland" (Nr. 43)

Die Versorgung eigener Kinder ist an erster Stelle nicht Sache der Regierung, sondern der Eltern.

Mit dem Schwinden des christlichen Glaubens in Deutschland erwachen erneut ungerufene Geister der vorchristlichen Geschichte. So zum Beispiel Neid, Grausamkeit, maßloser Egoismus, ungezügelte Unzucht, Haß, lasterhafte Lebensweise ohne Verantwortung für sich selbst oder andere und der Zerfall der Ehe als heilige Institution Gottes. Deutschlands Untergang in absehbarer Zeit als Pfeiler des Christentums und damit der zivilisierten westlichen Welt scheint besiegelt. Vielleicht war der Untergang Preußens der entscheidende Faktor?

Sicher gab es diese Laster auch in der „guten alten Zeit", aber sie waren längst nicht so schamlos öffentlich verbreitet, da die damaligen Bürger noch feste Begriffe über eine anständige Lebensweise im Herzen trugen. **Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA**

Nur Gedenkstätten für »die anderen«

Betr.: „Der vergessene Tod im Russen-KZ" (Nr. 41)

Heinrich George ist nur einer von vielen Vergessenen, deren Tod in sowjetischen Lagern nicht in die getürkte deutsche Geschichte paßt. Das verantworten Politiker und Einheitsmedien, für die es zweierlei Opfer gibt, Deutsche und andere, die deutschen unter „ferner liefen", für die anderen können nicht genug Gedenkstätten errichtet werden. Das können wir bedauern, aber nicht ändern. Medien und Parteien haben die Macht, gegen die redliche Bürger nicht ankommen. **Konstantin Hafner, Berlin**

Anders, als bisher immer gedacht

Betr.: „Täterväter im Trend" (Nr. 36)

Wie der Artikel von H.-J. von Leesen wieder einmal bestätigt, hat manch einer seine Schwierigkeiten mit dieser besonderen Sorte von Vorfahren, deren Pech es war, daß sie sich ihr Geburtsjahr nicht aussuchen konnten.

Als bescheidener Mensch vermeide ich es im allgemeinen möglichst, mich in den Vordergrund zu schieben; zutreffend gilt „Eigenlob stinkt". Dementsprechend zeigt ein aktuelles Zwiebelbuch, daß Eigenkritik durchaus nützlich und auflagensteigernd zu sein vermag, auch wenn der Gedanke an Zwiebeln leicht die Augen tränen läßt. Jedoch ist dies eigentlich unnötig, da sich daraus, daß einer ein paar Wochen mit einer Einheit der Waffen-SS herumfuhr, ohne mangels eines Feindes die Landserweisheit „Wer zuerst schießt, lebt länger" beherzigen zu müssen, weder Vorwürfe noch Mitleid ableiten lassen. Aber zur Sache. Wer sich wirklich über die „Tätervölker" und darüber, wie sie in der Regel waren und sich verhielten, informieren will, könnte dies leicht mit Hilfe einer kleinen Trilogie tun, bestehend aus zwei schmalen Bändchen und einem Heft: „Einer vom Jahrgang 23", „Weder Narren noch Täter ..." und „Zwischen Kriegsgeneration und Friedensbewegung". Dazu, auf diese so dreist hinzuweisen, fühle ich mich nur berechtigt aufgrund der großen Anzahl von Anrufen, Briefen, manchmal sogar Besuchen und weiteren Buchanforderungen, die ich von Lesern erhielt und ständig noch erhalte. Übereinstimmend wird mir bestätigt, daß die Lektüre dieser Büchlein die Kinder und Enkel dazu gebracht habe, ihnen zu glauben, daß die damalige Zeit und mit ihr die „Täter" anders waren, als sie es bisher gemeint hatten. Daß letztere nämlich nicht nur Narren, Mitläufer oder gar Verbrecher waren, wie man es ihnen weiszumachen versucht, sondern einfach Kinder ihrer Zeit, was sich aber heute kaum einer vorstellen kann. **Will Seelmann-Eggebert, Ahlhorn**

Symbol ihrer Eigenständigkeit

Betr.: „Ihre Eltern kamen aus Masuren" (Nr. 38)

Gegen die Darstellung der sportlichen Geschichte des FC Schalke 04 ist sicher nichts einzuwenden, aber im Gegensatz zur Erwartung, die die Überschrift weckt, kommt die Bedeutung des Clubs für die Identität der Ruhr-Masuren zu kurz.

Das beginnt schon damit, das es in der zweiten Überschrift heißt: „Viele Westdeutsche ostpreußischer Herkunft fanden im Fußballclub Schalke 04 ein Stück Heimat in der Fremde."

Es waren nicht „Westdeutsche", sondern es waren – oft noch in der Heimat geborene – Masuren, die sich unter den Westdeutschen nicht wohl fühlten, weil sie sich mit ihrer polnisch-masurischen Sprache und ihrem evangelischen Glauben unter ihnen fremd vorkamen und zudem mit echten Polen verwechselt wurden, die es auch im Ruhrgebiet gab.

Die erwähnten „weltlichen und christlichen Vereinsgründungen" dienten also vorrangig der ungestörten Pflege der masurischen Sprache und des evangelischen Glaubens.

Der letzte masurischsprachige Gottesdienst fand nach Schiwy in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Erle statt.

Und die Gebetsvereine der Gromadkis, die im Ruhrgebiet auch weit verbreitet waren, leben noch heute in den Ev.-lutherischen Gebetsvereinen und etwa in dem 1961 gegründeten „Gemeinschaftswerk der Evang.-Lutherischen Gebetsgemeinschaften e.V." mit seinen sozialen Einrichtungen weiter, auch wenn die masurische Sprache von den Mitgliedern nicht mehr gesprochen wird.

Unter den weltlichen Vereinsgründungen war Schalke 04 für die rund 200000 Ruhr-Masuren so etwas wie ein Symbol ihrer Eigenständigkeit; denn es war ja nicht so, daß die Spieler ihr Masurentum versteckten.

Von den acht masurischen Spielern der Meistermannschaft von 1934 änderte nur Cerwinski seinen Namen. Ausgerechnet ihn erwähnt der Verfasser, aber nicht, daß Kalwitzki, Szepan, Gellesch, Badoreck, Kuzorra, Tibulski und Urban an ihren masurischen Namen festhielten.

So konnte es dann kommen, daß 1934 in der polnischen Presse Überschriften erschienen wie „Schalke 04, die Gemeinschaft unserer polnischen Landsleute" oder „Die deutsche Fußballmeisterschaft in Händen der Polen". Auf Wunsch der Spieler reagierte die Vereinsführung und veröffentlichte im „Kicker" eine Liste mit den Geburtsorten der Aktiven und deren Eltern, die alle innerhalb der Reichsgrenzen lagen; denn Schalke war eben der Club der Ruhr-Masuren! (Nach Hans Rettkowski im „Neidenburger Heimatbrief", Nr. 126; dort gibt es auch einen Hinweis auf die Arbeiten von Prof. Heinz Menge, Ruhruniversität Bochum, zum Thema). **Hans-W. Erdt, Oldendorf**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 41 40 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1212**

Anbiedern bringt Politikern nichts

Betr.: „Berliner CDU will ‚grüner' werden" (Nr. 41)

Wenn die Berliner CDU sich für Lärm und Mieterschutz einsetzen möchte, macht sie das nicht grün. Überhaupt sollte sie sich nicht mit fremden Farben schmücken wollen, schon gar nicht mit der grünen, die nur einen Überzug über einem kräftigen Rot abgibt.

Berlin braucht eine Bürgerpartei, die mitten unter den Berlinern steht, weiß, was sie bewegt, was sie brauchen und was sie wissen müssen.

Und diese Partei muß zeigen, daß sie von einem eigenen Willen getragen wird und nicht nur von den Egoismen eitler Politiker, die sich gegenseitig die Posten abzujagen suchen.

Anbiedern ist nicht nur für die Berliner CDU eine schlechte Sache, denn der Anbiedernde belegt, daß er nicht gebraucht wird, selber nichts zu bieten hat. Das hatten die Berliner auch bei der vergangenen Wahl erkannt, bei der die Berliner CDU gerade mal 13 bis 14 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich gebracht hat. **Sigrun Holzer, Berlin**

Ausdehnungswille war schon viel eher bekannt

Betr.: Vertriebenen-Ausstellung „Erzwungene Wege"

Während eines Aufenthaltes in Berlin besuchte ich natürlich auch die oben genannte Ausstellung. Fazit aller dokumentierten Vertreibungen: Wer die Macht hatte, nutzte die Gunst der Stunde und breitete seinen Bereich so weit aus, wie es nur möglich war. Die Behandlung der Bevölkerung blieb immer gleich. Entsprachen sie nicht den Vorstellungen der Regierenden, wurden diese Menschen im günstigsten Fall zu billigen Arbeitskräften degradiert. Wer noch mehr seinen Gebietszuwachs „genießen" wollte, ließ foltern, morden, vertreiben – je nach Gegebenheit.

Als Ostpreußin interessierten mich die Tafeln „Vertreibung der Deutschen 1945" besonders. Hier suchte ich nach Stolpersteinen, die den Polen und der politischen Korrektheit gar nicht gefallen. So heißt es immer: Flucht und Vertreibung sowie die entschädigungslose Enteignung privaten Grundeigentums hängt mit Hitlers angefangenem Krieg und seinen Verbrechen zusammen. Die Frage, warum dann nicht alle Deutschen vertrieben und enteignet wurden, ist mir nie beantwortet worden. In der Ausstellung las ich nun, (sinngemäß wiedergegeben) daß die polnische Exilregierung schon früh (28. September 1939) Gebietsforderungen im Westen erhoben hat; aber die Abtretung im polnischen Osten verweigerte. Diese Forderung wurde auf den Kriegskonferenzen in Jalta (1943) und Teheran (1945) gebilligt. Doch Stalin hatte „vorgesorgt". Im Juli 1944 setzte er eine kommunistische Führung in Polen ein, und am 16. August 1945 wurde ein Grenzvertrag zwischen beiden Staaten abgeschlossen, in dem die Russen das besetzte Ostpolen behielten und Polen seinen Gebietsverlust auf Kosten Deutschlands ausglich. (der Begriff „unter polnischer und russischer Verwaltung" im Potsdamer Abkommen war nur eine Verschleierung). Der Ausdehnungswille Polens war schon viel eher bekannt. In der Festrede des Mohrunger Bürgermeisters Artur Weyde zur 600-Jahr-Feier 1927 kann man unter anderem lesen: „So weit ist es gekommen, daß polnische Machtgier unverhohlen von der Einverleibung ganz Ostpreußens in den polnischen Staat spricht." Ja, und 1927 war Hitler weder an der Macht noch seine Grausamkeiten passiert. Polen ist es jetzt wohl hochnotpeinlich, daß die Wahrheit dargestellt wird. Hitler war einfach nur bequem. **Elisabeth Krahn, Celle**

CDU ist ausgefallen

Betr.: „Der Union fehlt eine konservative Schwester" (Nr. 39)

Die Union befindet sich im freien Fall. Wenn wie in Berlin von 100 Wählern 40 gar nicht erst zur Wahl gehen und von den 60 nur ein Fünftel die CDU wählen (wie viele davon mit Widerstreben?), dann liegt die Union zwischen zwölf und 13 Prozent der Wahlberechtigten. Viel ist von ihr nicht mehr zu sehen. Auch wenn es der SPD nicht viel besser geht, hat sie mit den Grünen und der Linkspartei zwei linke Genossen, ein linker Block, hinter dem die Union sich verstecken kann und wohl auch für die Regierungsmacht keine Chancen mehr haben dürfte, wenn zwischen den linken Brüdern erst noch einige Stolpersteine weggeräumt sind. Ich meine, daß es noch viele konservative Bürger in der Republik gibt, die aber keine Partei finden, der sie guten Gewissens ihre Stimme geben können. Die CDU ist weitgehend ausgefallen. **Hubert Jakobs, Leverkusen**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Pommernkirche favorisiert Brandenburg

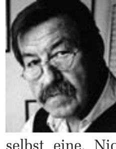
Greifswald – Die Synode der Pommerschen Evangelischen Landeskirche hat sich in geheimer Abstimmung für eine Fusion mit der Kirche Berlin-Brandenburg ausgesprochen. Dies meldet die „Pommersche Zeitung“. Zuvor war ein Zusammenschluß mit der Mecklenburgischen Landeskirche favorisiert worden. Die Vereinigung mit Brandenburg sei wegen ähnlicher Kirchenstrukturen einfacher, heißt es. Darüber hinaus entspricht sie den gemeinsamen historischen Wurzeln als preußische Provinzen.

Nachschlag für DDR-Elite

Berlin – Rund 11000 frühere Spitzenverdiener der DDR haben für die Jahre 1993 bis 2006 insgesamt 107,7 Millionen Euro Rentennachschlag erhalten. Dabei sind Berichten zufolge in einigen Fällen mehr als 100000 Euro an Ex-Partei- und Ministeriumsmitarbeiter, Kombinats- oder LPG-Chefs sowie andere einstige Hochverdiener ausgezahlt worden.

ZUR PERSON

Grass hat Ärger mit den Dänen



In „eine innerdänische Angelegenheit“ möchte sich Autor **Günter Grass** (79) nicht einmischen. Doch er ist selbst eine. Nicht beim Häuten der Zwiebel hat sich der Danziger bei den Dänen unbeliebt gemacht. Diesmal geht es ums Geld. Grass hat de facto etwas, was jedem anderen Ausländer im Königreich gesetzlich verwehrt ist: Ein eigenes Ferienhaus.

Grass' Ferienhaus auf der Ostseeinsel Møn sei illegal in dessen Besitz – so die Kritik der rechtsgerichteten „Dänischen Volkspartei“ (DVP). Der deutsche Schriftsteller habe „bewußt Gesetze umgangen“, so der DVP-Abgeordnete Morten Messerschmidt. Nach dänischem Recht ist der Erwerb von Ferienhäusern Ausländern verboten, wenn sie ihren Hauptwohnsitz nicht nach Dänemark verlegen. Diese Regelung soll einen Ausverkauf des Landes verhindern.

1992 hatte Grass, der seinen Hauptwohnsitz nach wie vor in Lübeck hat, das Haus formell „gemietet“. Auf zehn Jahre war der Vertrag festgeschrieben und wurde 2002 um weitere 15 Jahre verlängert. De facto sei das Eigentum, zumal die monatliche Miete derzeit eher symbolische 300 Euro betrage, so Messerschmidt. Jeder Normalurlauber erhält dafür mit Glück eine Woche Ferienhaus – doch was ist normal an Grass?

Besonders pikant an dem Vertrag: Eigentümer und Vermieter des Hauses ist das dänische Umweltministerium. Die DVP fordert das Ministerium nun auf zu erklären, wie der Vertrag zustande kommen konnte.

So empfindlich die DVP-Politiker mit dänischem Besitz sind, so großzügig verplanen sie indessen das Eigentum benachbarter Nationen. Messerschmidts Parteifreund Søren Krarup forderte jüngst dazu auf, Südschleswig zu annektieren. *SV*



» ... heute zum Beispiel außerhalb der Zwei-Meilen-Zone!« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Depp oder Lügner?

Warum die Schädelfotos unsere Kanzlerin retteten und weshalb wir den Kaczynski einfach auf sein Zimmer schicken sollten / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Ach, das sei doch alles nicht so wild, beruhigt uns Berlin hinsichtlich der unausgesetzten Warschauer Amokläufe gegen die Deutschen: „Hunde, die bellen, beißen nicht!“ Na gut – aber gilt das auch für keifende Kartoffeln? Noch dazu für die aus dem Gen-Labor, wo eine genauso aussieht wie die andere?

Pole sein ist in diesen Tagen alles andere als vergnüglich. Zweimal 167 Zentimeter kompakte Peinlichkeit suhlen sich in allen erreichbaren Fettnäpfen, dabei immerzu die weiß-rote Fahne schwingend. Die Kommentare aus dem übrigen Europa sind wie Salz in den Wunden polnischer Komplexe. Viele wenden sich einfach kopfschüttelnd ab und hoffen, daß Warschau so oft wie möglich einfach die Klappe hält. Andere treiben es noch übler mit unseren Nachbarn und streicheln ihnen jovial über den Kopf mit einem Text auf den Lippen wie aus dem Ratgeber über fortschrittliche Pädagogik für schwer erziehbare Kinder: Auch wenn er bloß Mist baut – immer ein wenig loben, damit er nicht völlig durchdreht.

Wir zweifeln, ob diese Therapie anschlägt. Nach Jahrzehnten des pädagogischen Fortschritts haben wir den Eindruck gewonnen, daß allzuviel Görenumschmeichelung eben gerade nicht zu einer harmonischen, toleranten Gesellschaft führt, sondern eher in einen verwahrlosten Haufen mündet, der in tumbe Rabauken auf der einen und windelweiche Allesversteher auf der anderen Seite zerfällt. Warum sollte es in der europäischen Familie anders ausgehen als bei anderen gewöhnlichen Leuten?

Also empfehlen wir der alten Tante Germania ein wenig mehr Resolutheit, wenn ihr die Kaczynski-Gören mal wieder den letzten Nerv rauben: Fieber messen, Nase putzen und ohne Nachtisch aufs Zimmer. Und ab jetzt keinen Mucks mehr, sonst gibt's morgen zum Frühstück statt eines süßen Schuldbekenntnisses nur kalten Realpolitik-Brei, von Schröder und seinem Freund Putin persönlich mit Ostseewasser versalzen!

Ach ja, der Schröder ... Hat sich gar nicht verändert, der Gute. Sein Buch geht prächtig, womit sich die Lebensdevise des Alt-Kanzlers abermals bestätigt: Gekonnt unter die Leute gejubelt läßt sich jeder Krimskrams als großer Wurf verkloppen. Klaus von D., in den 80er Jahren Bürgermeister eines deutschen Stadtstaats, kam über Schröders Buch ins Grübeln: „Warum schreiben Politiker nur so schlecht?“ Ist doch ganz einfach: Aus Volksnähe! Mit seinen schnell aufgeblasenen und noch schneller geplatzten Versprechungen hat Schröder den Massengeschmack perfekt getroffen und durfte zum Dank sieben Jahre Kanzler sein. Das Volk hat eine untergründige Schwäche für Gaukler, die ihr Publikum mit aufgetakeltem, aber inhaltsarmem Gedröhn verwöhnen. Das Gedröhn gibt es jetzt als Buch.

> Die Knochenbilder haben geholfen, die libanesische Blamage ein wenig wegzuschminken

Kanzlerin Merkel wird eines Tages auch ihre Memoiren dichten. Da wird es viel Spannendes zu lesen geben. Für das Kapitel über den Libanon-Einsatz der Marine hätten wir schon einen Vorschlag für die Überschrift. Wie wär's mit: „Vor Tisch hü, nach Tisch hott und dann mit Karacho zwischen alle Stühle!“

Die Deutschen haben das ungute Gefühl, schon lange nicht mehr dermaßen veräppelt worden zu sein wie in den Gewässern des Nahen Ostens. Die Libanesen laden die Deutschen erst ein, ihre Küste zu bewachen, und verbannen sie dann auf die hohe See. Die israelische Regierung schleimt sich aus über ihre Dankbarkeit für den deutschen Einsatz, während das israelische Militär deftige Fußtritte verteilt.

Nun gut, man hätte es ahnen können. Ein „robustes Uno-Mandat“ war den Deutschen versprochen worden, und wir Blödiane haben das tatsächlich geglaubt. „Robust“ und „Uno“ – in einem Satz! Wahrscheinlich hätte uns der Annan gleich noch einen „schwarzen Schimmel“, einen „jungen Greis“ und einen „selbstlosen Parteipolitiker“ dazu verhökern können. Wir hätten ihm den Quatsch schon abgekauft, wir Idioten.

Frau Merkel ist nun natürlich in der unangenehmen Situation, entweder einzuräumen, daß sie selbst hinters Licht geführt wurde oder aber daß sie das Volk belogen hat. Eins von beidem muß es sein, für die Kanzlerin und ihren Verteidigungminister ist das aber wie die Wahl zwischen Pest und Pocken: Depp oder Lügner, sucht euch was aus!

Was macht ein kluger Politiker, wenn er einem echten Skandal nicht mehr entwischen kann? Er erfindet einen falschen! Dazu benötigt er natürlich fachmännische Unterstützung. Die sollte nicht auf sich warten lassen: Wie früher so manches Mal dem „Medienkanzler“ Schröder eilte auch der Amtsinhaberin im richtigen Moment die lauteste der deutschen Zeitungen zu Hilfe und lieferte ihr ein paar Bundeswehrsoldaten am afghanischen Spieß. Der Ersatzskandal war da, jeden Tag füllte das Blatt den Pranger auf mit neuen Abschußkandidaten – solange, bis wir das Libanon-Desaster vollkommen vergessen hatten.

Das war die Erlösung. Merkel und Jung müssen sich gefühlt haben wie der eingeklemmte Wellington, als er die preußischen Trompetensignale vernahm. Erlöst von der Pein der Bedrängnis gingen Kanzlerin und Minister sofort tapfer zur Attacke über und ritten das Dutzend Soldaten unter fürchterlichem Geschrei so gründlich nieder, bis die verstörten Landser im letzten Kreis der Hölle versunken waren.

Auch weltweit war die Veröffentlichung der Fotos ein enormer Erfolg. Eine russische Zeitung fühlt sich gar an die Hitlerzeit erinnert. Solche Kritik trifft uns wohlig ins Mark – noch dazu aus einem Land, dessen Soldaten seit jeher für ihr untadeliges Benehmen berühmt sind.

Eine gewisse Enttäuschung bereiten uns allerdings die Afghanen. Bis Redaktionsschluß waren die von seiten der Medien dringlich bestellten Unruhen noch immer nicht ausgebrochen. Sollte danach etwas passiert sein, könnte man das kaum noch als „spontane Empörung“ verkaufen, eher schon als organisierten Radau wie damals bei den Karikaturen. Doch organisierte „Spontaneität“ ist immer noch besser als gar keine. Deutsche Medien trösteten sich Anfang der Woche denn auch mit der Vermutung, daß die Afghanen erstmal das traditionelle „Eid-Fest“, das kürzlich begangen wurde, im Kreise ihrer Familien zu Ende feiern wollten, um sich danach endlich „spontan“ zu entladen.

Wenig hilfreich sind Äußerungen wie die des afghanischen Bildungsministers Azam Dadfar. Es tue ihm „leid, daß das passiert ist“, sagte er, „aber die Leute hier sind realistisch“. Was bitte soll das denn bedeuten? *Was* tut ihm leid? Die Sache mit den Knochen oder die Veröffentlichung der Bilder? Und was heißt hier „realistisch“? Darüber wissen wir ja wohl besser Bescheid!

Nicht nur über die Realität in Afghanistan, sondern auch die in Deutschland, versteht sich. Da lassen wir uns nur sehr ungern belehren von hergelaufenen Ausländern. Vergangenen Sommer fielen sie massenhaft in unser Land ein, um uns zum zuvor mühsam niedergerungenen Patriotismus anzustacheln. Das Deutschlandbild in der Welt verzerrte sich ins ganz und gar Unrealistische. Seitdem sind wir mit Korrekturmaßnahmen beschäftigt. Charlotte Knobloch ließ verlauten, daß bei uns Zustände herrschten wie 1933, den NPD-Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern haben wir unter erheblichen Anstrengungen zum Anfang vom Ende der deutschen Demokratie aufgedonnert. Doch die Wirkung dieser Aufklärungsoffensiven auf die Welt blieb bislang bescheiden. Vielleicht haben wir es ja nun mit der Fotokampagne geschafft, daß die im Sommer schwer an Deutschfreundlichkeit erkrankte Menschheit wieder gesund und brauchbar wird.

Zumindest bei uns kehrt das richtige Selbstbild langsam zurück. Vergangene Woche stürzte der pathetisch-patriotische WM-Film „Deutschland, ein Sommermärchen“ von Platz eins. Der neue Spitzenreiter in den Kinos ist Teil zwei von „Sieben Zwerge“.

ZITATE

Der Kommentator des „Hamburger Abendblatts“ äußert sich am 30. Oktober ***kritisch zur Afghanistan-Expedition*** *der Bundeswehr:*

„Die Parole, daß die deutsche Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt werde, ist allenfalls über den Umweg amerikanischer Interessen verständlich. Vielleicht ist es in der Tat an der Zeit, die vielen Auslandseinsätze der auf manchen Feldern fadenscheinig gesparten Bundeswehr einer kritischen Neubewertung zu unterziehen.“

Der ***SPD-Verteidigungsexperte Jörn Thießen*** *fürchtet in der „FAZ-online“ vom 31. Oktober hinsichtlich des deutschen* ***Libanon-Einsatzes****:*

„Wenn der Einsatz keinen Effekt bringt, wird das die teuerste Seeübung, die wir bisher gemacht haben.“

FDP-Generalsekretär Dirk Niebel *meint gegenüber der „Bild“-Zeitung zur* ***Libanon-Mission****:*

„Diese Seefahrt ist nicht lustig. Wir sollten unsere Marine heimholen, ehe uns der Einsatz wirklich teuer zu stehen kommt. Das Mandat ist ungeklärt und darüber hinaus höchst gefährlich, wie die Zwischenfälle gezeigt haben.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 30. Oktober beklagt den Umgang mit den ***Bundeswehrsoldaten in Afghanistan****:*

„Eine verquere Debatte wie die jetzige kann man sich jedenfalls nicht häufig erlauben: Den Aufbauleistungen der Bundeswehr ist in vier Jahren weniger Aufmerksamkeit zuteilgeworden wie (sic!) den Umtrieben unreifer Soldaten in vier Tagen. Plötzlich sorgen sich Politiker um die Sicherheit der Bundeswehr in Afghanistan – und offenbaren damit nur ihre Ignoranz für tödliche Attacken, denen die Soldaten schon lange ausgesetzt sind.“

Im Wechselbad der Zeit

Wie von Brüssel anbefohlen,
war es wieder mal so weit:
Sonntag nachts auf leisen Sohlen
kam das Aus der Sommerzeit.

Ist's nicht toll, was die heut' machen:
Biegen die Bananen grad
und nebst andern krummen Sachen
drehn sie gar am Weltenrad!

Jetzo geht die Sonne munter
eine Stunde früher auf –
und entsprechend eher unter,
doch das nimmt man wohl in Kauf.

Ob sich auch die Vögel ändern,
wird ihr Dienstplan umgestellt?
Nein, die zwitschern längst in Ländern,
wo man nichts von Vorschrift hält.

Ärger bringen nur die Kühe,
die man pünktlich melken soll:
In der vorverlegten Frühe
sind die Euter noch nicht voll!

Aber wie wir alle wissen
– selbst wenn kaum es wer versteht –
wird im nächsten März beflissen
alles wieder umgedreht.

Pannonicus